

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.

SCHRIFTENREIHE THEORIE UND PRAXIS

2005

*Familienbildung !
Pflicht oder Kür ?*

Fachtagung zum Abschluss des
Bundesmodellprojektes „Mobile Elternschule“
(1960 bis 2004)



Herausgeber: AWO Bundesverband e.V.
Verantwortlich: Rainer Brückers, Geschäftsführer
Redaktion: Dr. Heidemarie Waninger

© AWO Bundesverband e.V.
Postfach 410163, 53023 Bonn
Oppelner Str. 130, 53119 Bonn
Telefon: 0228/6685-0; Fax: 0228/6685-209
www.awo.org

Juni 2005

Das Projekt „Mobile Elternschule“ wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert, die Durchführung der Fachtagung und die Dokumentation von der Lotterie „GlücksSpirale“.

Abdruck, auch in Auszügen, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages oder Herausgebers.
Alle Rechte vorbehalten.

Inhalt	Seite
Abschied von der Mobilen Elternschule	5
Tagungsprogramm	7
1. Begrüßung und Grußworte	7
1.1 Ilsa Diller-Murschall , stellvertretende Geschäftsführerin des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt e.V.	7
1.2 Rainer Brückers Geschäftsführer des AWO Bundesverbandes e.V.	8
1.3 Martin Gorholt Staatssekretär im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg	10
1.4 Dr. Marion Thielenhaus Unterabteilungsleiterin der Familienabteilung im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	14
2. Fachbeiträge	
2.1 Familienbildung! Pflicht oder Kür? - Anspruch und Wirklichkeit von Familienbildung nach dem Kinder- und Jugendhilfe-Gesetz (KJHG) Dr. Rudolf Pettinger , München	17
2.2 Beschluss der Jugendministerkonferenz zur Familienbildung (Mai 2003) - Bericht - Bewertung - Perspektiven Wolfgang Hötzel , Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit Rheinland-Pfalz	23
3. Expert/innen-Gespräch: Familienbildungspraxis: Wer für wen mit welchen Mitteln? - Moderiertes Expert/-innen-Gespräch am runden Tisch Moderation: Corinna Cleve-Naumann , Leiterin der Erziehungs- und Familienberatungsstelle des Landkreises Potsdam-Mittelmark	28
4. Erfahrungsbericht: Die „Mobilen Elternschule“ (MES) - angekommen in der Gegenwart - 44 Jahre Pionierarbeit für Familienbildung in Deutschland Dr. Heidemarie Waninger , Koordinatorin der MES, Brigitte Winkler , ehem. Koordinatorin, Claudia Lissewski und Michaela Meyfarth-Riebold , MES-Mitarbeiterinnen	45
5. Mobile Familienbildung (MoFa) – neuer Ansatz zur Festigung und Verbreitung von Familienbildung in ländlichen Regionen - Ilsa Diller-Murschall , AWO Bundesverband e.V.	56
6. Materialienanhang	59
6.1 Referent/-innen und Expert/-innen	59
6.2 Kurzkonzept der Mobile Elternschule (MES)	61
6.3 Beschluss der Jugendministerkonferenz	68
6.4 Liste der Teilnehmer/-innen	72
6.4 Internet-Tipps zum Weiterlesen	74

Abschied von der Mobilen Elternschule

Familienbildung hat bei der Arbeiterwohlfahrt eine Tradition, die bis zum Anfang des vergangenen Jahrhunderts zurück reicht. In „Mütterschulen“, später auch in mobilen „Wandermütterschulen“, konnten Frauen das Kochen, Nähen und weitere Fertigkeiten für die Versorgung der Kinder, alten und kranken Menschen im Familienhaushalt verbessern und ergänzen - Familienkompetenzen also, die junge Menschen auch damals in der Regel schon nicht mehr durch Beobachtung und Nachahmung in ihren Familien erwerben konnten.

Heute, ein Jahrhundert später, ranken sich die sozial-, familien- und bildungspolitischen Bemühungen wieder um die Stärkung von Familien, um Familienkompetenzen und um die Familienverantwortung für ein gesundes, persönlichkeitsförderndes Aufwachsen der Kinder in unserer Gesellschaft. - „Familie hat Konjunktur“ sagt Bundesfamilienministerin Renate Schmidt, und die Konferenz der Jugendminister positioniert sich mit einem schriftliche verfassten Beschluss zu den Notwendigkeiten von Bildungsangeboten für Eltern und Familien (2003) - ein Novum im Handlungsfeld Jugendhilfe.

Heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts sieht sich auch die AWO auf Bundesebene in ihrer sozialpolitischen Mitverantwortung für gute Zukunftschancen von Kindern und Familien anderen Bedingungen und neuen Anforderungen gegenüber. Konsequenterweise nimmt sie daher Abschied von Aufgaben wie etwa der Familienbildungsbasisarbeit, die sie in früheren Zeiten geleistet hat. Der AWO Bundesverband übergibt die grundständige Pionierarbeit seiner Mobilen Elternschule (seit 1960) im Jahre 2004 an die Initiative von Trägern auf Orts- und Kreisebenen. Diese sollten das bewährte Konzept übernehmen, sich davon inspirieren lassen und es den jeweils eigenen Gegebenheiten entsprechend weiter entwickeln.

Der AWO-Bundesverband selbst wird sich auf einen neuen Ansatz mit neuen Arbeitsweisen konzentrieren. Das Ziel heißt nun: Engagement für den möglichst breiten und nachhaltigen Ausbau niedrigschwelliger Angebote der Familienbildung besonders in strukturschwachen ländlichen Gebieten Deutschlands. Der AWO-Bundesverband verlegt seinen Familienbildungsschwerpunkt auf die Sensibilisierung, Beratung und Aktivierung von Familienbildungsträgern ganz besonders dort, wo Angebote und Zugänge der Information und Bildung für Familien noch fehlen oder unzureichend vorhanden sind. Auf entsprechende Bedarfslagen weist inzwischen auch der Familienatlas der Bundesregierung (2005) hin.

Diesen Wendepunkt, d.h. den Ausgangspunkt und daraus folgend die Perspektiven und Visionen des neuen Arbeitsansatzes thematisierte die Fachtagung „Familienbildung! Pflicht oder Kür?“ - In Vorträgen und in der Gesprächsrunde „Familienbildung: Wer für wen mit welchen Mitteln?“ formulierten Expert/-innen ihre Sichtweisen und ihre aktuellen Positionen zu Aspekten wie

- Welche Familienbildung hilft Familien heute?
- Wer soll Familienbildung anbieten und durchführen?
- Familienbildung für wen? Und an welchen Orten?
- Welchen Auftrag haben Einrichtungen der Familienbildung im Rahmen veränderter Familienbildungskonzepte?
- Mit welchen Mitteln kann Familienbildung finanziert werden?

Wir danken allen, die uns über viele Jahre in der Arbeit der Mobilien Elternschule unterstützt und allen, die sich engagiert an der Durchführung der hier dokumentierten Veranstaltung beteiligt haben.

Rainer Brückers
Bonn, im Juni 2005



1. Begrüßung und Grußworte

1.1 Ilsa Diller-Murschall

stellvertretende Geschäftsführerin
des Bundesverbandes der
Arbeiterwohlfahrt e.V.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich darf Sie im Namen des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt ganz herzlich zu dieser Fachtagung begrüßen.

Ich bin beim AWO-Bundesverband zuständig für den Geschäftsbereich Familienpolitik. In dieser Funktion hat mich Frau Dr. Waninger, die diese Tagung gemeinsam mit ihren Kolleginnen mit sehr viel Engagement und Umsicht vorbereitet hat, gebeten, Sie durch diesen Tag zu geleiten. Ich habe die Aufgabe sehr gern übernommen, insbesondere unter zwei Gesichtspunkten:

- Zum einen, weil ich den Stellenwert von Eltern- und Familienbildung immer sehr hoch eingeschätzt und weil ich Familienbildung in der Vergangenheit als etwas stiefmütterlich behandelt empfunden habe. Mit dieser Veranstaltung hoffen wir, dazu beizutragen, dass die Bildungsarbeit für Familien mehr Aufmerksamkeit erhält und aufgewertet wird.
- Der zweite Punkt: Nach 44 Jahren wollen wir die Mobile Elternschule des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt (MES) noch einmal in den Mittelpunkt heben und sie in Würde verabschieden. Der Aufbau der MES war die Pioniertat einer früheren Abteilungsleiterin im AWO Bundesverband. Frau Dr. Elster-Düsing hat vor 44 Jahren die Initiative ergriffen. Mich begleitet die MES seit 27 Jahren.

Wir sind sehr froh, dass diese Veranstaltung eine so große Resonanz gefunden hat.

Es sind 60 Kolleginnen und Kollegen aus dem ganzen Bundesgebiet angemeldet: aus der Praxis, aus Verbänden, Vertreter/-innen aus Politik und Wirtschaft, aus allen Ebenen, Bund, Länder, Gemeinden, also



alle, die wichtig sind, um das Thema von allen Seiten beleuchten zu können.

Wir freuen uns auch, diese Veranstaltung hier im Alten Rathaus in Potsdam durchführen zu können. Das ist ein würdiger Rahmen für die Verabschiedung der Mobilen Elternschule, auf deren Arbeit wir im Laufe des Tages noch eingehen werden.

Kurz zum aktuellen Tagesprogramm:

Leider konnte einiges von dem, was ursprünglich im Programm steht, nicht eingehalten werden. Ich denke, wir haben trotzdem eine spannende Veranstaltung vorbereitet. Leider mußte Herr Minister Reiche, Jugendminister des Landes Brandenburg, absagen. Auch der Oberbürgermeister von Potsdam, Herr Jann Jakobs, ist leider derzeit nicht in der Stadt. Stattdessen begrüße ich aber ganz herzlich den Staatssekretär für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, Herrn Martin Gorholt.

Sehr bedauern wir, dass Frau Ministerin Renate Schmidt heute nicht zu uns kommen kann. Wir hätten uns gewünscht, mit ihr in einen persönlichen Dialog zu treten. Ich darf stattdessen besonders herzlich Frau Dr. Marion Thielenhaus begrüßen, die als Unterabteilungsleiterin für den Bereich Familienbildung zuständig ist. Herzlich willkommen.

Ich möchte nun zuerst Herrn Rainer Brückers als Geschäftsführer des AWO Bundesverbandes das Wort geben.

1.2 Rainer Brückers

Geschäftsführer des AWO
Bundesverbandes e.V.

Sehr geehrte Frau Dr. Thielenhaus, sehr geehrter Herr Staatssekretär Gorholt, meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich freue mich über die gute Resonanz zu dieser Fachtagung. Als Motivation und Anlass, Sie hierher einzuladen, sind drei Aspekte zu nennen:

1. ein Abschluss
2. ein Übergang
3. eine Positionierung der Familienbildung, wie wir sie in den nächsten Jahren auf den Weg bringen wollen.

Zum Abschluss der 44 Jahre Mobile Elternschule wollen wir ein fachliches Resümee ziehen, denn diese Institution bildete über viele Jahrzehnte die Grundlage der familienpolitischen Arbeit der Arbeiterwohlfahrt. Sie vermittelte insbesondere in den ersten 20 Jahren ihrer Existenz das Gründungsinstrumentarium vieler Familienbildungsstätten in Deutschland, die auch heute nach wie vor gute Familienbildungsarbeit leisten. Ich sage „Familienbildungsstätten“ und möchte damit ausdrücklich deren Funktion als Keimzelle gemeinwohlorientierter Arbeit hervorheben. Es geht ja nicht nur darum, Bildung an Eltern heranzutragen, sondern auch um Partizipation durch Bildung und darum, ein verstärktes politisches und sozialpolitisches Engagement vor Ort zu fördern.

Nun wollen wir aus den Erfahrungen der 44 Jahre MES eine weiterführende Idee unter dem Stichwort "Mobile Familienbildung" auf den Weg bringen. Der neue Arbeitsansatz ist nicht so sehr auf den Adressat Familie, nicht so sehr auf den Adressat Eltern sondern an die Adresse derjenigen gerichtet, die für Strukturen der Familienbildung in unserem Lande zuständig sind. Wir wollen mithelfen, Familienbildung trägerübergreifend einen bedeutenderen Stellenwert zu geben als sie ihn derzeit hat und den sie aus unserer Sicht haben müsste. Was bleibt von der Institution des Mobilen? Mobile Elternschule (MES) und Mobile Famili-



enbildung (MoFa) arbeiten nicht nur mit diesem Schlagwort sondern auch mit dieser Grundeinstellung. Denn es ist wichtig, dort hinzugehen - das war auch die Idee der Mobilen Elternschule selbst - wo Unterstützung für Familien gefordert ist. Die MES war eine der ersten Institutionen, die eine Gehstruktur der Familienbildung aufgebaut haben. Dieses Modell wollen wir nun auf unsere Trägerstrukturberatung in diesem Bereich übertragen.

„Mobile Familienbildung“ weist auf die Bedeutung der Familienbildung für die Arbeiterwohlfahrt insgesamt hin. Insofern ist der Titel dieser Fachtagung in gewisser Weise rhetorisch gemeint. Es gibt auf diesem Gebiet keine Kür. Familienbildung kann nicht beliebig sein. Sie soll die Erziehungskraft der Eltern stärken, und das entspricht unserem besonderen Verständnis von der Verantwortung für Erziehung und Bildung. Die AWO ist nicht der Verband, der darauf setzt, dass der Familie und vor allem den Eltern die Alleinverantwortung für Erziehung und Bildung zugeschrieben werden soll. Wir engagieren uns dafür, dass dies zunehmend mehr eine gesellschaftliche Aufgabe wird. Natürlich spielen Eltern und Familie dabei eine besondere Rolle, müssen aber eben nicht die alleinige Verantwortung tragen. Familienbildung berücksichtigt veränderte Zugangsformen zu Eltern und vor allem zu den Kindern.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass wir seit drei Jahren ein Internetportal aufgebaut haben, was sich

insbesondere an Eltern richtet, im übertragenen Sinne auch an Kinder. Damit wollen wir durch die Kombination von moderner Technologie, traditioneller Publizistik und unseren eigenen Kompetenzen einen Beitrag leisten, um mit moderneren Methoden alle zu erreichen, die Erziehungsverantwortung tragen. Das Projekt läuft unter dem Titel „Vitawo“ und ist vielleicht dem einen oder anderen bekannt.

Unter www.vitawo.de können Sie sich einen umfassenden Eindruck verschaffen.

Beim Übergang von der Mobilen Elternschule zu einer neuen Form des Beratens und Begleitens beim Aufbau von Familienbildung zeichnet sich auch etwas ab, was uns in diesen Zeiten gut ansteht: Nicht einfach weiterzumachen mit bewährten Strukturen unter einer neuen Flagge sondern auch bewährte Strukturen aufzugeben zugunsten neuer Aufgaben. Damit haben wir die große Chance, Erfahrungen und Herausforderungen miteinander zu verbinden.

Wir stehen in der Erziehung von Kindern vor gravierenden Herausforderungen. Wir haben einen erheblichen Rückgang an jungen Menschen, besonders an Kindern, zu verzeichnen. Junge Menschen sind heute in besonderer Weise belastet, weil sie ihre Herausforderungen in einer umfassenden Konkurrenzsituation in der Industrie- und Wissensgesellschaft meistern müssen, weil sie weit mehr als alle Generationen vor ihnen Verantwortung für die ältere Generation tragen und damit für unser Gemeinwesen insgesamt.

Unser Credo: Wir können uns keine Selektion von Kindern leisten. Jedes Kind ist für unsere Gesellschaft wichtig. Es ist absurd, darüber zu diskutieren, wie wir heute oder morgen Prozentpunkte im Versicherungssystem verändern und dabei nicht berücksichtigen, dass das, was wir heute im Bereich der Erziehung und Bildung vernachlässigen, nie mehr wieder reparabel ist, auch wenn sich die Konjunktur dabei

verbessern sollte. Adressat von Familienbildung ist zuerst die Familie, ist aber gleichzeitig die Schule und natürlich auch die Jugendhilfe. Derzeit wird ganz massiv die Auseinandersetzung über die Frage geführt: „Wer hat denn nun die Gesamtverantwortung oder gibt es überhaupt einen Weg, alle drei Institutionen zu einer Gesamtverantwortung für Erziehung und Bildung zusammenzuführen?“ Dazu gebe ich nur das Stichwort „Föderalismuskommission“ unter dem Aspekt, dass möglicherweise Jugendhilfe in Deutschland von der großen Institution Schule untergepflegt werden soll. Es ist zu befürchten, dass diese Überlegungen noch ausgespielt werden mit der Verantwortung, die Familien in unserer Gesellschaft tragen. Dann ist es höchste Zeit, einen öffentlichen Diskurs anzuzetteln, um die Positionen aller drei Institutionen so miteinander zu verbinden, dass zukünftig klare Verantwortungen für Bildung und Erziehung in unserem Lande festgelegt werden.

Wir gehen davon aus, dass Familien einen wichtigen, allerdings nicht überhöhten Beitrag in dieser Gesamtverantwortung leisten sollen, und dass sie für die Rolle, die sie wahrnehmen, aktive Unterstützung brauchen. Um diesen gesellschaftlichen Diskurs zu befördern, haben wir vor zwei Jahren einen Familienverband mit dem Titel „Zukunftsforum Familie“ gegründet. Er versteht sich als trägerübergreifender Lobbyist für Familien.

Sie sehen, meine Damen und Herren, die Arbeiterwohlfahrt hat sich strategisch auf die aktuellen Herausforderungen eingestellt, und mit Unterstützung aller, auch dieser Fachtagung, wird es uns gelingen, die wichtigsten Gesellschaftsprozesse, die wir vor uns haben, in richtige Bahnen zu lenken. Ich wünsche Ihnen einen spannenden Tag. Ich hoffe, dass von hier aus noch einmal wichtige Impulse für die Familienbildungsarbeit ausgehen.

1.3 Staatssekretär Martin Gorholt

Staatssekretär im Ministerium
für Bildung, Jugend und
Sport des Landes Brandenburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe Ihnen heute Morgen ein Märchen mitgebracht. Ein Märchen nicht deswegen, weil mein Minister so gerne vorliest, oder auch nicht, weil das Vorlesen natürlich zum Familienleben gehört, sondern, weil dieses Märchen auf ein Problem aufmerksam macht, das zukünftig die Familien immer stärker betreffen wird, nämlich, dass die Älteren in der Familie eine stärkere Rolle einnehmen müssen. Die Älteren werden älter und das Verhältnis zwischen Alt und Jung verändert sich, was die Größenordnung angeht. Die Frage ist: „Wie funktioniert dieser Generationenpakt unter veränderten Alterszusammenhängen?“ - und „Welche Generation es ist, die sozusagen den moralischen Zeigefinger erhebt oder auf die moralischen Probleme aufmerksam macht und damit zur Familienbildung beiträgt?“

„Der alte Großvater und der Enkel

Es war einmal ein steinalter Mann, dem waren die Augen trüb geworden, die Ohren taub und die Knie zitterten ihm. Wenn er nun bei Tische saß und den Löffel kaum halten konnte, schüttete er Suppe auf das Tischtuch und es floss ihm auch etwas wieder aus dem Mund. Sein Sohn und dessen Frau ekelten sich davor, und deswegen musste sich der alte Großvater endlich hinter den Ofen in die Ecke setzen. Man gab ihm sein Essen in einem irdenen Schüsselchen und das nicht einmal satt. Da sah er betrübt zum Tisch hinüber und die Augen wurden ihm nass. Einmal konnten seine zittrigen Hände das Schüsselchen nicht festhalten. Es fiel zur Erde und zerbrach. Die junge Frau schalt. Er sagte aber nichts und seufzte nur. Da kaufte sie ihm ein hölzernes Schüsselchen für ein paar Heller. Daraus musste er nun essen. Wie sie da so sitzen, trägt der kleine Enkel von vier Jahren kleine Brettlein zusammen.



„Was machst du da?“ fragte der Vater. „Ich mache ein Tröglein“, antwortete das Kind. Daraus sollen Vater und Mutter essen, wenn ich groß bin.

Da sahen sich Mann und Frau eine Weile an, fingen endlich an zu weinen, holten all sofort den alten Großvater an den Tisch und ließen ihn von nun an dort mit essen, sagten auch nichts, wenn er ein wenig verschüttete.“

Soviel, meine Damen und Herren, zu der Frage, Aufgabe von Familie angesichts größerer Zahlen von alten Menschen in den Familien und zu dem Problem, dass wir immer älter werden und deshalb neue Funktionen auf die Familie zukommen.

Ich möchte im zweiten Teil auf Familienfunktionen von Kindern und Jugendlichen, was ja eigentlich mein Ressort betrifft, eingehen. Wir wissen von den spektakulären Fällen im Land Brandenburg, vom völligen Versagen von Erziehung, vom Wegbrechen ethischer Prinzipien und Werte. Das Fehlen jeglicher Erziehungskompetenz in vielen Fällen, der Fall des kleinen toten Dennis in Cottbus, des zum lebenslangen Invaliden geprügelten Pascal und der beiden verdursteten Kinder in Frankfurt/Oder, werfen die drängende Frage auf: Erreichen wir mit Familienbildung eigentlich die Menschen, die wir erreichen müssten? Wie verbessern und stärken wir Erziehungskompetenzen? Wie schützen wir damit

auch Kinder, deren Gesundheit und Leben?

Klassische Angebote der Familienbildung setzen enge Grenzen der Erreichbarkeit, gerade der problembehafteten Familien. Es wird deshalb immer mehr darum gehen, niedrigschwellige Angebote zu organisieren. Sowohl kurze Entfernungen, bekannte Orte, das Anknüpfen an konkrete Fragen bei Treffen in gemütlichem Kreise außerhalb von Seminarstrukturen sollen dazu beitragen, Zugänge für Familien und für Eltern zu schaffen und Zugangsschwellen abzubauen. Gerade Kleinfamilien, Einkindfamilien ohne Familienverband und Nachbarschaftsbezug können offene Türen und unter bestimmten ökonomischen, bildungsmäßigen sozialen Bedingungen Angebote der Familienbildung unendlich gut tun.

Der andere Pol der Risiken liegt bei Familien mit vielen Kindern. Allesamt sind sie doch in der Regel durch häufig prekäre finanzielle Verhältnisse gekennzeichnet. Familienhilfe darf sich nicht als Krisenintervention verstehen. Die Fähigkeit von Familien, Selbsthilfe zu mobilisieren, gehört zu ihren wesentlichen Ressourcen. Diese Kompetenz ist einzubetten in eine Alltagskultur des Zusammenlebens, die das Engagement des Einzelnen wie der Gemeinschaft, die Selbsthilfe und soziales Engagement stärkt.

Eine Kultur bürgerschaftlichen Engagements wirkt vorrangig auf lokaler Ebene, und auf der lokalen Ebene sind die Voraussetzungen und Gelegenheiten dazu zu schaffen. Genau hier hat das Wirken der Familienbildner und Familienbildnerin seine besondere Bedeutung.

Niedrigschwellige Familienbildung setzt also dort an, wo Familien anzutreffen und anzusprechen sind. Hier ist über die vorhandenen Projekte hinaus weitere Entwicklungsarbeit dringend notwendig. Orte und Gelegenheiten des Familienbildens sind z.B. der Kinderarzt, das Nachbarschaftszentrum, das Haus der Begegnung aber auch die Schule und die Kindertagesstätte. Es können auch Familien sein, die quasi als Bündnispartner von der Familienbildung

gewonnen werden und dann in ihren unmittelbaren sozialen Umfeldern vertrauensvolle erste Kontakte zu Familien aufnehmen, die sonst unerreichbar wären. Die pädagogische Arbeit in Krippe, Kindergarten und Hort bezieht sowieso Eltern ein und ist dadurch ausdrücklich und auch nebenbei immer Elternbildungsarbeit. Das Gespräch mit Eltern über die Entwicklung ihrer Kinder, über Vorhaben, Aktivitäten, stellt selber Elternbildungsarbeit dar. Auch wenn Eltern Ausschnitte des Erziehungsalltags der Kita erleben können, erweitern sie ihren eigenen Horizont und bilden sich. Also ist die Elternarbeit der Kita ein Teil der Familienbildung. Es wäre eine Überforderung des Systems Kita, wenn man ihm die Verantwortung für die Familienbildung auch noch auflasten würde. Wir haben in den Kindertagesstätten in Brandenburg einen Rahmen, den über 90 % aller Eltern kennen, nutzen und hoffentlich wertschätzen. Damit ist eine hervorragende Gelegenheitsstruktur vorhanden. Wir würden Chancen verschenken, wenn wir diese Struktur nicht für erweiterte Angebote der Familienbildung an Kita's nutzen würden.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle noch einige grundsätzliche Bemerkungen: Die Vermittlung dessen, dass das Leben mit Kindern als Bereicherung erlebt wird, Freude vermittelt wird und Kinder Zukunftsanker sind, scheint immer weniger zu geschehen oder einfach nicht geglaubt zu werden, trotz aller bestehenden Probleme und auch Armutrisiken. Hier handelt es sich um einen ganz wichtigen mentalen Bereich, der für den Fortbestand von Familien und somit für uns alle von eminenter Bedeutung ist. Wir müssen feststellen, ein wachsender Teil der jungen Generation verzichtet generell auf Kinder. Die Menschen wünschen sich weniger Kinder als früher, sie bekommen weniger Kinder als gewünscht und sie bekommen ihre Kinder später.

Das führt zu einem unglückseligen Kreislauf mit den entsprechenden Folgen. Kinderkriegen muss deshalb von der Schule an auf die Lebensagenda gesetzt werden. Die Kinderfrage ist die alles entscheidende Zukunftsfrage, und damit stellen sich auch die Anforderungen zur Verbesserung der Bedingungen von Eltern wie von selbst.

Kinder dürfen zum einen kein Armutsrisiko sein, denn die Entscheidung für Kinder führt heute immer noch zu prekären Lebenslagen. Das Armutsrisiko verstärkt sich durch die Tendenz, dass es immer mehr Familien aus bildungsarmen Zusammenhängen gibt und inzwischen in sieben von zehn Ehen sogenannte Ehehomogenität herrscht. Anders als früher werden in den unteren Bildungsgruppen Nachteile in der schulischen und beruflichen Ausbildung des Partners nicht durch höhere Bildung und Ausbildung des Lebenspartners ausgeglichen.

Umgekehrt führt der Heirats- und Beziehungsmarkt in oberen Bildungsgruppen zu einer vorteilhaften Verstärkung der beidseitig erworbenen Bildungsressourcen. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich so immer weiter. Brandenburg soll kinder- und familienfreundlicher werden. Unsere familienpolitischen Rahmenbedingungen sind auf gutem Niveau. Auf einigen Gebieten wie der Kita-Betreuung sind sie im Vergleich zu den anderen Bundesländern besser. Vorbild sind wir nicht nur im Kita-Bereich sondern auch hinsichtlich der hohen Erwerbsneigung ostdeutscher Frauen. Aber auch unter Berücksichtigung der Situation im öffentlichen Haushalt, an vielen Änderungen und Verbesserungen führt kein Weg vorbei.

Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Schichten und Bildungsgruppen müssen in der Schule und auch in der Kindertagesstätte noch stärker gefördert werden. Der absehbare Geburtenrückgang in den nächsten Jahren darf keinesfalls Anlass sein, kind- und jugendbezogene Infrastrukturen in gleichem Maße abzuschmelzen. Die für den Kinder- und Jugendbereich verfügbaren Mittel müssen bedarfsorientiert umgeschichtet werden. Die Förderung von Familie muss mehr auf die Verbesserung der Infrastruktur setzen, die es ermöglicht, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Die jungen Menschen und insbesondere die jungen Frauen wollen sich heute sowohl beruflich verwirklichen als auch Kinder bekommen. Dies erfordert mehr und bessere Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Die Form eines qualitativ hochwertigen und bedarfsgerechten Kinderbetreuungsangebots für Kinder bis sechs

Jahre kann vielfältig sein. Dazu gehörten Tagespflege und Elterninitiativen.

Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erfordert für Kinder im Schulalter einen deutlichen Ausbau der Ganztagschulen. Ganztagschulen haben weitere positive Effekte. Sie bieten zusätzliche Bildungsmöglichkeiten, sie schaffen Raum für die Verbesserung der Förderung von Kindern, deren Schullaufbahn schwierig ist, und sie bieten die Möglichkeit, dass sich die Schulen zu einem attraktiven Lern- und Lebensort für die Schülerinnen und Schüler entwickeln.

Innovative Familienpolitik sollte angesichts der hohen Alltagskompetenz, die Familien zum Teil haben und zum Teil unter schwierigen Bedingungen entwickeln müssen, verstärkt die Möglichkeiten der Selbsthilfe nutzen und die Entwicklungschancen von Selbsthilfe verbessern.

Ich möchte zum Abschluss, sehr geehrte Damen und Herren, der Arbeiterwohlfahrt herzlich danken, für ihre Arbeit, die sie geleistet hat. Die AWO engagiert sich schon seit 44 Jahren im Bereich der Familienbildung und gibt damit ganz wesentliche Impulse für familienpädagogische Aufbau- und Starthilfe für Menschen in Regionen, in denen es kaum Treffpunkte für Familien gibt. Das Land Brandenburg als weitläufige ländliche Region ist schwierig zu organisieren, was generell Schulen angeht und was besonders auch Elternschulen angeht. Insofern war das Wirken der Mobilen Elternschulen in den Landkreisen Havelland und Potsdam-Mittelmark besonders zu schätzen. Ihre Arbeit hat in beispielhafter Weise dazu beigetragen, Prinzipien moderner Familienbildung nachhaltig umzusetzen, die Erziehungsfähigkeit von Familien zu stärken und das Zusammenleben von Eltern und Kindern zu unterstützen. Auch wenn jetzt die Einsatzzeiten vorbei sind: wertvolle Anregungen und Anstöße haben mit dazu beigetragen, dass auch weiterhin

aktive Gruppen und weiterlaufende Kursangebote bestehen. Familienbildung ist und bleibt wichtiger Bestandteil von Kinder- und Jugendpolitik. Ich will es an dieser Stelle nicht versäumen, besonders auch der Arbeit des Kita-Museums zu danken.

Auch das Kita-Museum hat, jenseits von althergebrachten Angebotsstrukturen in einem Modellprojekt neue Möglichkeiten von Vernetzung von Familienbildung entwickelt und erprobt.

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich wünsche dieser Tagung einen guten Verlauf. Ich hoffe, dass Sie interessante

Einblicke, Einsichten und Aussichten haben werden, dass wir eine gute Diskussion haben und dass wir dann in den nächsten Tagen ein schönes Wochenende vielleicht auch hier in Brandenburg erleben mit viel Sonnenschein. Vielen Dank!

1.4 Dr. Marion Thielenhaus

Unterabteilungsleiterin der Familienabteilung im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Sehr geehrter Herr Brückers, sehr geehrter Herr Staatssekretär, liebe Frau Diller-Murschall, meine Damen, meine Herren,

ja, ich freue mich auch sehr, dass ich heute wieder hier bei den Familienbildnern sein kann und Ihnen die Grüße von Bundesfamilienministerin Renate Schmidt überbringen darf.

Der oder die Eine oder Andere wird vielleicht ein bisschen wehmütig sein, wenn die Mobile Elternschule nach 44 Jahren ihre Pforten schließt. Aber ich denke, es gibt ja etwas Neues an dieser Stelle. Und so ist es vielleicht auch ein guter Anlass, heute hier einmal Bilanz zu ziehen und zu schauen, welche Herausforderungen in der Zukunft zu bewältigen sind.

Wenn wir uns diese 44 Jahre vor Augen halten, so stellen wir fest, dass sich in der Zeit für die Familien in unserem Land viel verändert hat. Vor allem haben sich die Familien selbst verändert. Es gab auch mal Zeiten, da war allein das Wort „Familie“ schon als antiquiert verpönt. Und „Schule“ in Verbindung mit dem Selbstverständnis von Elternschaft, naja, darüber redete man lieber nicht. Aber alles das hat die Mobile Elternschule eigentlich nie angefochten. Sie ist auch durch diese Zeiten gut durchgekommen. Sie hatte immer eine Klientel, die darauf wartete, dass die MES in ihre Einsatzorte kam.

Heute erleben wir, um mit unserem neuen Bundespräsidenten zu sprechen, eine Renaissance der Familie. Es war ja ein Novum, dass ein Bundespräsident diesem Thema in seiner ersten Ansprache so breiten Raum widmete. Ich denke, das hängt sicherlich auch damit zusammen, dass uns die Folgen des demographischen Wandels derart plastisch vor Augen stehen, dass unsere sozialen Sicherungs- und Stützsysteme ernsthaft auf dem Prüfstand stehen.



Ich denke aber auch, dass dies damit zusammenhängt, dass Menschen in Zeiten sehr schnellen gesellschaftlichen Wandels stärker denn je nach emotionaler Geborgenheit, nach Verlässlichkeit und nach Sicherheit in ihrem unmittelbaren Umfeld und in ihren persönlichen Beziehungen suchen. Und das ist ja die Familie: der Ort emotionaler Geborgenheit, für die meisten Menschen auch die gewünschte Lebensform und der wichtigste Bereich in ihrem Leben. Selbst wenn wir heute feststellen müssen, dass immer mehr junge Menschen, vor die Alternative gestellt „Beruf oder Familie“, sich für den Beruf und gegen Kinder entscheiden. Das gilt vor allem für gut ausgebildete junge Frauen. Dennoch bleibt das Vertrauen in die Familie eines der stabilsten und verlässlichsten Glieder unserer Gesellschaft, und wenn Sie so wollen, der Ausgangspunkt unseres sozialen Gefüges.

Die Familie bleibt vom Wandel nicht verschont. Leider gelingt es den Menschen nicht immer, die von ihnen gewollte Lebensform zu leben und ihre Elternrolle zu erfüllen. Wir haben es deshalb zu tun mit hohen Scheidungszahlen, mit Einelternfamilien, mit Kindern, die mit nur einem Elternteil aufwachsen, und mit neu zusammengesetzten Familien. Wir haben zunehmend verunsicherte Eltern, die in Erziehungsfragen nach Unterstützung suchen. Hier kommt die Familienbildung ins Spiel.

Familienbildung ist eine ganz wichtige Säule, nicht nur der Gemeinwesenarbeit, sondern auch einer familienpolitischen Infrastruktur vor Ort. Sie ist Teil der präventiven

Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, sie will mit ihren Angeboten Partnerschaften stabilisieren helfen. Sie will Erziehungskompetenz von Eltern stärken. Sie will aber auch zur Integration von benachteiligten Familien und von Familien mit Migrationshintergrund beitragen. Das ist, weiß Gott, keine leichte Aufgabe, zumal es sich hier um eine Kann-Leistung der Jugendhilfe handelt, eine der Leistungen, die trotz allgemein bekundeter Wertschätzung, in Zeiten knapper Kassen immer unter einem sehr, sehr starken Legitimationsdruck stehen. Und dass wir in Zeiten knapper Kassen leben, das können wir nicht jeden Tag nur in der Zeitung lesen, sondern das erfahren die Familien unmittelbar in ihrem Lebensumfeld. Gerade jetzt brauchen die Familien umso mehr Begleitung und Unterstützung. Das gilt insbesondere für strukturschwache Regionen, und hier setzen Sie mit Ihrem neuen Projekt, mit dem Mobilem Familienbildungs-Team, an der richtigen Stelle an. Sie werben bei den Verantwortlichen vor Ort für die präventiven Angebote der Familienbildung. Und das ist sehr wichtig.

Sie machen Vorschläge zur Akzeptanz und zur Vernetzung bestehender Angebote, und damit leisten Sie in diesen Zeiten einen wichtigen Beitrag nicht nur zum Erhalt der Einrichtungen, sondern auch zur Weiterentwicklung familienpolitischer Angebote in den Kommunen. Deshalb unterstützen wir Sie auch gern bei dem, was Sie jetzt neu beginnen.

Die Bundesregierung hat vor wenigen Tagen mit dem Gesetzentwurf zum Ausbau der Tagesbetreuung für unter dreijährige Kinder eine weitere wichtige Weiche zu einem Kurswechsel in der Familienpolitik vollzogen: weg von einer überwiegend fiskalisch orientierten Familienpolitik hin zu einer besseren Infrastruktur für Familien. Die Verantwortung für die Verbesserung von Lebensbedingungen der Familien in unserer Gesellschaft kann aber nicht nur in den Händen einer Regierung, einer Verwaltung oder von politischen Repräsentanten liegen. Wir denken, dass es eine gemeinsame Verantwortung aller gibt, und dies schließt auch die Verantwortung der Wirtschaft, der Unternehmen, der Gewerk-

schaften, der Verbände, der Kirchen und anderer wichtiger gesellschaftlicher Akteure ein. Familien brauchen Partner, um für ihre Anliegen Gehör zu finden. Und Familienpolitik braucht, und das haben wir ja an den ersten Reaktionen auf unseren Gesetzentwurf wieder einmal gesehen, Familienpolitik braucht eine Lobby, um sich in der Konkurrenz zu anderen Politikbereichen behaupten zu können. Das ist die Strategie von Familienministerin Renate Schmidt: sie sucht nach strategischen Allianzen mit starken Partnern. Sie versucht, Akteure zu gewinnen, um gemeinsam die Situation von Familien verbessern zu helfen, und ich kann davon ausgehen, dass wir auch die AWO zu unseren Partnern zählen können. Teil dieser Strategie sind auch die lokalen Bündnisse für Familie, die die Ministerin Anfang des Jahres ins Leben gerufen hat. Inzwischen haben wir schon 64 lokale Bündnisse, und an über 160 Standorten berät ein von uns gefördertes Beratungsteam. Warum machen wir das? Weil wir denken, dass im Lebensumfeld, in der Wohnumgebung, in der Gemeinde und im Betrieb entscheidende Beiträge dafür geleistet werden können, dass sich Familien wohl fühlen, und weil wir denken, dass die Menschen vor Ort einfach besser wissen, was für sie richtig und gut ist, als es auf Bundesebene geschehen kann. Familie ist ein Thema, das viele Bereiche betrifft: Kommunalpolitik, Erwerbsleben, Kinderbetreuung, Freizeitgestaltung, Wohnung, Verkehr, Bildung und Gesundheit. Die lokalen Bündnisse für Familie sollen dafür sorgen, dass in all diesen Bereichen die Frage gestellt wird, ob eine Maßnahme, ob eine Entscheidung familienfreundlich ist oder eher nicht.

Der Nebeneffekt ist, dass durch die Verbindung unterschiedlicher Akteure auch das Thema Familie insgesamt größere öffentliche Resonanz bekommt. Auch das ist für uns schon ein Erfolg. Wir denken, gemeinsames Handeln ist gerade in Zeiten knapper Kassen einfach eine Chance. Wir können durch die Mobilisierung der Kräfte vor Ort Synergieeffekte schaffen.

Wenn man sich zusammentut und überlegt: Was kann z.B. die Beratungsstelle, was kann die Familienbildungsstelle besser tun? Wenn man diese Abstimmungspro-

zesse hinbekommt, erreicht man ein gutes Angebot für die Familien und für die Träger eine gesichertere Perspektive.

Wir sind sehr froh, dass in den meisten unserer lokalen Bündnisse auch die Familienbildner kräftig mitmachen. Manchmal waren Sie sogar der Initiator oder die Initiatoren eines solchen Bündnisses. Und wie ich mir habe sagen lassen, ist es auch Ihnen teilweise gelungen, über die Arbeit in den lokalen Bündnissen wieder Bündnispartner für Ihre Arbeit zu finden. So ist mir erzählt worden, dass Unternehmen angefangen haben, sich für die Arbeit von Familienbildungsstätten zu interessieren. Das tun sie sicherlich nicht nur aus rein altruistischen Gründen, sondern weil sie denken, dass solche Angebote auch für ihre Mitarbeiter interessant und wichtig sein können. Also glauben wir, dass wir mit der Initiative lokale Bündnisse für Familie konkrete lebensnahe Lösungen und Ergebnisse errei-

chen können. Uns geht es im Moment, wo wir ja auch nicht viel Geld haben, eher darum, Akteure zusammen zu führen, Netzwerke zu finden, gute Ideen sichtbar zu machen und zu präsentieren. Wir möchten gerne eine Art „gesteuerten Schneeballeffekt“ haben, indem wir mehrere Fäden zusammennehmen und sie zusammenknöten. Auf diese Weise erreichen wir auf der Ebene der Kommunen mehr Familienfreundlichkeit. Wir wollen nicht nur Gesetze und Verordnungen. Wir wollen es eigentlich immer weniger über Gesetze und Verordnungen versuchen, wir wollen aber erreichen, dass wir eine größere Sensibilität, Aufgeschlossenheit und Kreativität für die Belange von Familien in unserer Gesellschaft finden. Deshalb wünsche ich Ihrer Tagung jetzt einen guten und Ihrem Projekt einen erfolgreichen Verlauf. Ich danke Ihnen.



2. Fachbeiträge

2.1 Familienbildung! Pflicht oder Kür? - Anspruch und Wirklichkeit von Familienbildung nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG)

Dr. Rudolf Pettinger

a) Die neue Aktualität von Familienbildung

Als vor gut 3 Jahren die Ergebnisse der internationalen Schulleistungsstudie **PISA** veröffentlicht wurden, löste dies einen „Bildungsschock“ aus: die Leistungen deutscher Schüler waren im internationalen Vergleich unter dem Durchschnitt. Die BRD erreichte nur Ränge zwischen dem 20. und 23. Platz. PISA erschütterte die bildungspolitische Zuversicht und Überzeugung in die Leistungsfähigkeit unseres Schulsystems.

Weniger beachtet wurde das weitere Ergebnis der PISA-Studie, dass in keinem anderen Land die Schulleistungen ähnlich stark nach der sozialen Herkunft (Sozialstatus, sozialkultureller Schichtung) variierten, wie bei uns. D.h. die Abhängigkeit von Schulerfolg und Schulabschluss der Kinder zeigten sich in starkem Maße direkt abhängig von ihrer sozialen Herkunft, dem sozial-kulturellen Milieu und dem Bildungsabschluss der Eltern. Da es sich bei den untersuchten Jugendlichen um Schüler im Alter von 15 Jahren handelte, also am Ende ihrer Pflichtschulzeit, muss davon ausgegangen werden, dass damit auch die Zuteilung ihres künftigen Sozialstatus bereits erfolgt ist, wonach unsere Gesellschaft nach wie vor stark sozial segmentiert ist, mit geringeren Chancen des sozialen Aufstiegs für Kinder mit einem niedrigen Herkunftsstatus.

Ähnlich erging es der IGLU-Studie im letzten Jahr, einer weiteren internationalen Schulleistungs-Vergleichsstudie am Ende der



Grundschulzeit (10 Jahre): sie bestätigte weitgehend die Ergebnisse der PISA-Studie, ohne erneut für eine breite Diskussion zu sorgen.

Wenn ich es richtig sehe, ist das politische und öffentliche Interesse und die Erregung über das enttäuschende Abschneiden der deutschen Schüler rasch abgeebbt, nachdem sich die Kultusministerkonferenz auf einige schulbezogene organisatorische Maßnahmen einigen konnte, von denen eine stärkere Bildungsorientierung des Kindergartens vielleicht noch die bemerkenswerteste ist.

Was haben aber PISA und IGLU mit unserem Thema „Familienbildung“ zu tun?

Den Zusammenhang benennen die Autoren der PISA-Studie selbst: die Leistungsunterschiede gehen nach ihren Auffassungen u.a. auf unterschiedliche Lernerfahrungen und -förderungen von Kindern im Vorschulalter in ihren Familien zurück. Dies deckt sich auch mit den Ergebnissen der allermeisten frühkindlichen Förderprogramme in den USA, in der Türkei, in Israel oder auch bei uns in der BRD (vgl. die Programme „HIPPY“ und „opstapje“ des DJI). Sie belegen, dass familienunterstützende Frühförderungsmaßnahmen zu einer kogni-

tiven, emotionalen und sozialen Entwicklungsförderung des Kindes führen und Entwicklungsrisiken überwinden können. Die Entwicklungschancen von Kindern können dadurch nachhaltig gefördert werden.

Die Vermittlung von Wissen und Verhalten über erfolgreiches Erziehen, Fördern und Motivieren ist sicherlich nicht die einzige und vorrangige Aufgabe von Familienbildung.

Ich sehe die weiteren Schwerpunkte von Familienbildung - in aller Kürze -

- in der Förderung von Eltern und Kindern als einzelne und als Familie zur eigenständigen und selbstverantworteten Lebensführung
- in der Befähigung zur gesellschaftlichen und politischen Partizipation, wie z.B. in der Mitarbeit und Mitgestaltung in Erziehungseinrichtungen und in Formen der Selbst- und Nachbarschaftshilfe
- in der Hilfestellung bei der Bewältigung von Lebensübergängen und Lebenskrisen (Scheidungen, Stiefelternschaften, aber auch Rückkehr von Müttern in den Beruf)
- in der Unterstützung zur Schaffung von Lebensräumen und Vernetzungsmöglichkeiten von Familien, der Mitgestaltung des familiären Lebensumfeldes.

Gemessen an diesen Zielformulierungen ist das Bild von Familienbildung stärker an der Behebung von familiären Erziehungsdefiziten festgemacht, als Hilfestellung der Eltern bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsverantwortung.

Eine solche Sicht von Familienbildung dient m.E. vor allem dazu, die Ansprüche von Familienbildung auf öffentliche Förderung und ihren Ausbau zu begrenzen, sie einzuschränken auf bestimmte Zielgruppen und Problemstellungen. Diese defizitorientierte Sicht wird aber weder den Bedürfnissen und Interessen von Eltern gerecht, die heute die vielfältigen Angebote von Familienbildung wahrnehmen, noch den Intentionen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (dazu später).

Gemessen an den gesellschaftlichen Zielsetzungen für Familienbildung und auch ihren Leistungen verfügt Familienbildung nur über einen **geringen, marginalen Status**.

(Der niedrige Stellenwert von Familienbildung zeigt sich etwa auch darin, dass es bisher keinen Lehrstuhl an einer deutschen Universität für Familienbildung gibt, allenfalls ist Familienbildung als Teil der dominanten, vor allem berufsbezogenen Erwachsenenbildung an wenigen Universitäten vertreten.)

Woran liegt nun die geringe gesellschaftliche Anerkennung von Familienbildung? Fehlt es an rechtlichen Grundlagen? Oder fehlt es vielmehr an ausreichenden institutionellen, personellen und finanziellen Ressourcen?

Meine These ist:

Die rechtlichen Grundlagen von Familienbildung scheinen mir nicht vorrangig verantwortlich zu sein für die Marginalsituation von Familienbildung. Die Grundlagen sind in den einzelnen Ländern in eigenen Gesetzen zur Erwachsenenbildung bzw. Weiterbildung geregelt. Darüber hinaus ist Familienbildung in ihren vielfältigen Formen eine Leistung nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz. Ich halte die rechtlichen Grundlagen für Familienbildung derzeit für ausreichend, nicht aber ihre politische und verwaltungsmäßige Anwendung und vor allem: die finanzielle Förderungspraxis von Ländern bzw. öffentlichen Jugendhilfeträgern entspricht nicht den rechtlichen Grundlagen, wie sie etwa das Kinder- und Jugendhilfe-Gesetz bietet.

Rechtliche Grundlagen

Ich will deshalb in einem ersten Schritt darlegen, weshalb ich glaube, dass die Regelungen des § 16 im Kinder- und Jugendhilfegesetz eine ausreichende rechtliche Grundlage für die Praxis und die konzeptionelle Weiterentwicklung von Familienbildung bieten.

Der Grundgedanke des § 16 – wie auch weiterer Leistungen dieses Gesetzes – ist die Förderung von Erziehung und bezieht Kinder, Jugendliche, Eltern und andere Erziehungsberechtigte ein.

Der Fördergedanke ist auf die Vorbereitung zur Ehe, zur Partnerschaft und das Zusammenleben mit Kindern und ihre Erziehung gerichtet. Die Inanspruchnahme ist

voraussetzungslos, d.h. sie ist nicht etwa an das Vorliegen von Erziehungsproblemen, an eine erzieherische oder soziale Notsituation o.ä. gebunden. Dies stellte einen wesentlichen **Perspektivenwechsel** in der Jugendhilfe dar und bringt hier den generell verankerten **Präventionsgedanken** zum Ausdruck.

Die Förderung der Erziehung rückt zwar die erzieherische Funktion der Familie in den Mittelpunkt der Leistung, sieht aber die Abhängigkeit der Erziehung als Teil der weiteren Lebensbedingungen von Familien, als Teil des Familiensystems und seiner einzelnen Mitglieder. (Z.B. trägt dies dem einhelligen Forschungsbefund Rechnung, wonach eine positive kindliche Entwicklung in starkem Maße von der Lebenszufriedenheit der Mütter abhängig ist.)

Für die Bestimmung von strukturellen Bedingungen für die Erziehungsfunktionen von Familien ist m.E. auch § 1 des KJHG heranzuziehen. Er stellt u.a. darauf, dass **erstens** die „Pflege und Erziehung der Kinder ... das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht“ (§ 1 Abs.2) ist. Damit ist das **Subsidiaritätsprinzip** formuliert, welches immer auch die Unterstützung der Familie zur tatsächlichen Wahrnehmung der Aufgaben einschließt. Und **zweitens**: Jugendhilfe soll „junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung fördern und dazu beitragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen“ (§ 1 Abs. 3 (1)).

Soweit die rechtliche Grundlage des KJHG, welches freilich unter dem Vorbehalt von Länderregelungen steht. Bisher haben nur wenige Länder überhaupt eigene Ausführungsbestimmungen zum § 16 erlassen. Während Rheinland-Pfalz sich am Engsten am Text des KJHG orientiert, weicht Hessen hiervon ab und stellt allein auf familienbezogene Erziehungs- und Bildungshilfen und investive Vorhaben von Familienbildungsstätten, Beratungsstellen und Nachbarschaftsheime ab. Es regelt in den Ausführungsregelungen lediglich die Leistungen des Landes, nicht aber die Leistungen bzw. Angebote der Familienbildung.

Einen weiteren Vorzug der Regelungen des § 16 KJHG sehe ich in der „**Formen- und Methodenoffenheit**“, in der die Leistungen erbracht werden können. Neben

institutionellen Angeboten der Bildung und Beratung verweist das Gesetz auf Formen der Selbst- und Nachbarschaftshilfe, der Freizeitgestaltung und Familienerholung. Und auch hier, wie schon bei den aufgeführten Leistungen, sind die genannten Maßnahmen nicht erschöpfend gedacht. Das Gesetz lässt weitere Angebote und Formen zu.

Dass die Familienbildung nicht den ihr gebührenden Stellenwert in der Praxis einnimmt, hat sicherlich damit zu tun, dass generell präventive Leistungen des KJHG unter den derzeitigen öffentlichen Finanzrahmen von Ländern und öffentlichen Jugendhilfeträgern eingeschränkt und zu Gunsten einklagbarer Individualleistungen zurückstehen müssen. Aber dies ist mit der rechtlichen Grundlage des § 16 nicht zu vereinbaren.

Man kann weiterhin einwenden, dass es bei den Leistungen nach § 16 KJHG sich um „**Soll-Leistungen**“ handelt. Das ist aber etwas anderes als „Kann-Leistungen“, auf die man zuvor beim Jugendwohlfahrtsgesetz abgestellt hat (**Muss- und Kann-Leistungen**) oder Leistungen nach Beliebigkeit. **Soll-Leistungen sind im Regelfall zu erbringen.** („Soll“ bringt auch in der Umgangssprache eine starke Aufforderung und Beachtung zum Ausdruck!) Nur bei zwingenden Gründen kann von diesem Regelfall abgewichen werden. Nach der Rechtsprechung ist Finanzmangel keine solche ausreichende Begründung (vgl. Textor, S.22). Diese Auffassung kann mit der Verpflichtung der öffentlichen Jugendhilfe für die Jugendhilfeplanung gestützt werden, bei der es um die Bedarfsfeststellung und Bedarfsbefriedigung für einen mittelfristigen Zeitraum geht (§ 79 KJHG).

Zusammenfassung: Ich wollte zeigen, dass die gegebenen rechtlichen Grundlagen nach dem KJHG bisher nicht ausgeschöpft werden und das im KJHG angelegte „Reformpotential“ bislang nicht voll genutzt wurde.

Ich möchte mich nun der Frage zuwenden, welche Haupt-Konfliktlinien bestehen, dass Familienbildung in der praktischen Weiterentwicklung nicht vorankommt. Ich will dies an der institutionellen, personellen und der Förder-Situation jeweils kurz skizzieren:

b) Einige Problemfelder der Praxis

Institutionelle Situation

These: Die Institutionalisierung von Familienbildung ist seit Einführung des KJHG nicht wesentlich vorangekommen.

Mit Einführung des KJHG hat die Familienbildung im § 16 SGB VIII erstmals eine ausdrückliche Grundlage als Angebot der Jugendhilfe erhalten. Darüber hinaus schließt das Gebot zur Förderung der Erziehung in der Familie prinzipiell **alle** Familien ein. Es stellt einen wesentlichen Aspekt des Anspruchs eines jeden jungen Menschen auf Förderung seiner Entwicklung und Erziehung dar und seiner Eltern auf Unterstützung und Beratung bei ihren Erziehungsaufgaben (§ 1 KJHG).

Gegenüber diesem Anspruch muss immer noch beklagt werden, dass sich in der „Praxis“, insbesondere im Verantwortungsbereich der öffentlichen Jugendhilfeträger, bislang wenig Änderungen abzeichnen.

Dazu kann auf verschiedene „Indikatoren“ hingewiesen werden:

- Die erwähnte Regelung in eigenen länderrechtlichen Ausführungsbestimmungen fehlt in den meisten Bundesländern immer noch.
- Die Jugendhilfeplanung (§ 80 SGB VIII) steht für den § 16 vielfach in den Kommunen noch aus. Jutta Struck sieht in ihrem Kommentar zum § 16 SGB VIII (2000, S. 192 f.) in der Jugendhilfeplanung jedoch das wesentliche Instrument, die Soll-Vorschrift durch Bestimmung des Bedarfs im Sinne einer Pflichtaufgabe für den öffentlichen Jugendhilfeträger zu interpretieren.
- Die Förderung von Angeboten der Familienbildung richtet sich bei den öffentlichen Trägern der Jugendhilfe zumeist nach der jeweils gegebenen Haushaltslage im Sinne von freiwilligen Leistungen. Entsprechend ist die zeitliche Planungsperspektive von Einrichtungen der Familienbildung auf kurze Zeiträume und meist kurzfristig gegebene Zusagen ausgerichtet. Der personelle Einsatz des Leitungspersonals von Familienbil-

dungsstätten für die Sicherung ihrer Einrichtungen ist in der Regel sehr hoch.

Dass dies durch eine andere Förderpraxis verändert werden kann, und welche positiven Effekte etwa bei einer längerfristigen Anerkennung von Familienbildung ausgehen können, zeigt das Beispiel der Stadt München. Durch die einjährigen Förderungen und den immer wiederkehrenden politischen Diskussionen gefährdeten die Einrichtungen und begrenzten die Planungsmöglichkeiten der Familienbildungsstätten. Daher stand die Sicherung der Einrichtungen im Vordergrund. Mit dem Übergang zu dreijährigen Leistungsverträgen mit Budgetierung konnte eine längerfristige Planung, eine größere personelle Sicherung und für die Leitungskräfte eine Freisetzung zugunsten von pädagogischen Aufgaben erreicht werden.

- Es fehlt weitgehend an Reformimpulsen durch Initiierung und Förderung von Modellmaßnahmen und an einer breiten Institutionalisierung der Familienbildung in der pädagogischen Lehre und Forschung.

Personelle Situation

Die personelle Ausstattung von Familienbildungsstätten ist einerseits durch einen Wandel des Aufgabenspektrums und eine Verlagerung hin zu mehr und besser qualifiziertem pädagogischem Personal gekennzeichnet. Nach wie vor ist aber der „Institutionalisierungsgrad“ mit hauptamtlichem Personal sehr gering (unter 10%). In den Bereichen der Familienselbsthilfe gibt es kaum hauptamtliches Personal.

Eine umfängliche und vielseitige Programmplanung mit vor allem freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erfordert an sich schon eine große „logistische“ Anstrengung. Diese wird dadurch noch erschwert, dass durch eine hohe und weiter zunehmende Fluktuation der freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (wegen fehlender Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen pädagogischen Tätigkeitsbereichen), Personalentwicklung und systematische Fortbildung nicht mehr wirtschaftlich sind (BMFSFJ 1996, S. 94)

Förderpraxis

Auf die Folgen kurzfristiger und eine von der jeweiligen Haushaltslage abhängige Förderpraxis habe ich schon hingewiesen. Ich möchte noch auf einen weiteren Aspekt der öffentlichen Förderung eingehen, welcher sich hemmend auf die Absicherung und konzeptionelle Weiterentwicklung auswirkt: **Familienbildung ist ein Förderungszwischen Erwachsenenbildung und Jugendhilfe.**

In der Förderpraxis von Einrichtungen der Familienbildung stellt die Förderung nach dem Erwachsenen- bzw. Weiterbildungsgesetz des jeweiligen Landes bisher eine größere Sicherheit dar als eine Förderung der öffentlichen Jugendhilfe nach dem KJHG, z.B. weil die Förderung nach dem Erwachsenenbildungsgesetz ein etablierter Förderweg ist. Träger entscheiden sich auch dafür, weil eine Doppelförderung (Jugendhilfe) nicht statthaft ist.

Diese Praxis hat aber einschneidende inhaltliche und methodische Konsequenzen: die Veranstaltungen der Familienbildung müssen sich - wie die Angebote der Erwachsenenbildung - letztlich an dem Modus von Kursen orientieren. Sie müssen die Arbeit und die Lernziele allein auf die teilnehmenden Erwachsenen ausrichten und Mindestgruppengrößen der Erwachsenenbildung erfüllen. Das bedeutet, dass dann Treffpunktangebote, offene und von den Teilnehmerinnen selbst gestaltete Maßnahmen ebenso wenig förderungsfähig sind, wie auch Maßnahmen, die sich gleichermaßen an Eltern **und** Kinder wenden. Bei Eltern-Kind-Gruppen, die z.B. in Bayern nach dem Bayerischen Erwachsenenbildungsgesetz bezuschusst werden, muss eine gleichberechtigte Ausrichtung des Programms direkt auf die Kinder vermieden oder zumindest verschleiert werden. Die Ziele sind auf der Elternebene darzustellen und müssen sich an berufsbezogenen Lern- und Weiterbildungskursen ausrichten, obwohl die teilnehmenden Mütter die Zielsetzungen der Treffen gleichgewichtig für die Kinder und für sich selbst ansehen.

c) Ausblick

Ich wollte darlegen, dass ich die gegenwärtige Situation vor allem als eine Folge der gegebenen institutionellen, personellen und Fördersituation sehe. Die Weiterentwicklung ist von deren Änderung abhängig. Demgegenüber ist eine Änderung oder Erweiterung der rechtlichen Grundlagen weniger dringlich oder für die derzeitige Situation von Familienbildung verantwortlich.

Ich hoffe, dass der Beschluss der Jugendministerkonferenz von 2003 zur Familienbildung weitere Länder zum Erlass von länderrechtlichen Ausführungsbestimmungen veranlassen wird, so dass die rechtlichen Grundlagen ergänzt werden.

Als strategisch wichtig sehe ich an, dass die öffentlichen Jugendhilfeträger ihrer Verpflichtung nachkommen, Jugendhilfepläne zum § 16 KJHG zu erstellen: **Zum einen**, weil mit ihnen der mittelfristige Bedarf an Angeboten und Einrichtungen zur Familienbildung ermittelt und anerkannt wird, **zum andern** aber, weil dies den Trägern von Maßnahmen zur Familienbildung die aktive Mitwirkung und Einflussnahme ermöglicht.

Ich bin der Meinung, dass die Träger von Familienbildungs-Maßnahmen entschiedener auf die Möglichkeiten des KJHG für ihre Arbeit setzen sollten.

Die gegenwärtige Krise der öffentlichen Haushalte stellt sicherlich keine gute Voraussetzung für große Veränderungen innerhalb kurzer Zeit dar.

Dennoch ist es die Verantwortung von Trägern, aber auch der Verantwortlichen der öffentlichen Jugendhilfe, immer wieder deutlich zu machen, dass Familienbildung keine Angelegenheit konjunktureller Verteilungsspielräume sein kann. Für die Bewältigung der neuen Anforderungen aus den immer rascher ablaufenden familialen, sozialen und gesellschaftlichen Wandlungsprozessen werden die Angebote der Familienbildung für die Familien eine größere und existenzielle Bedeutung erhalten.

Literatur:

Bäcker-Braun, K./Pettinger, R. (Hrsg.) (2001): Das Eltern-Kind-Programm – ein wirkungsvoller Beitrag zur Lebensbegleitung junger Familien. Evaluation des Eltern-Kind-Programms der Erzdiözese München und Freising. Bamberg (im Erscheinen)

Bundesministerium für Familie und Senioren (Hrsg.)(1994): Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens. Fünfter Familienbericht, Bonn

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.)(1996): Familienbildung als Angebot der Jugendhilfe. Aufgaben und Perspektiven nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (Sozialgesetzbuch VIII), Stuttgart 1996 (Schriftenreihe des BMFSFJ Bd. 120)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Kinder- und Jugendhilfegesetz (Achstes Buch Sozialgesetzbuch) Berlin 1999 (9.Aufl.)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2001): Evaluation der Familienselbsthilfe. Stuttgart (Internet)

Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.) (1999): Familienselbsthilfe und ihr Beitrag zur kommunalen Wertschöpfung. Dokumentation der Tagung am 8.12.1998 in Bonn (Broschüre)

Kiefl, W./Pettinger, R. (1997): „Ich könnte alleine für mein Kind nicht so viel machen...“ Integrationshilfe HIPPI. Ein vorschulisches Förderprogramm für kleine Aussiedler und Ausländer und deren Familien (Brosch.)

Schiersmann, C. u.a. (1998): Innovationen in Einrichtungen der Familienbildung. Eine bundesweite empirische Institutionenanalyse. Opladen

Schymroch, H. (1989): Von der Mütterschule zur Familienbildungsstätte. Entstehung und Entwicklung in Deutschland. Freiburg i.Br.

Struck, J.: § 16. In: Wiesner, R. u.a. (Hrsg.) (2000) SGB VIII. Kinder und Jugendhilfe, München (2. Auflage)

Textor, M.(1996): Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie: § 16 SGB VIII. Stuttgart

2.2 Beschluss der Jugendministerkonferenz zur Familienbildung (Mai 2003) Bericht - Bewertung - Perspektiven Wolfgang Hötzel

Ich greife den Titel der Veranstaltung auf und frage: Was würde die Jugendministerkonferenz auf die hier gestellte Frage - auf der Grundlage des von ihr im vergangenen Jahr gefassten Beschlusses zur Familienbildung - antworten?
(Beschluss der Jugendministerkonferenz s. Anhang)

Ich bin Jurist - und ein solcher antwortet zumeist: „Es kommt darauf an.“ Wäre mit „Kür“ Freiwilligkeit in Bezug auf die Schaffung eines bedarfsgerechten Familienbildungsangebots gemeint, dann ist dem JMK-Beschluss ein eindeutiges Nein zu entnehmen. Er enthält ein klares Bekenntnis zum hohen Stellenwert der Familienbildung, dem nur durch eine hinreichend verbindliche Gewährleistungs- und Sicherstellungsverantwortung entsprochen werden kann.

Allerdings - „Kür“ bedeutet in den Kategorien des Sports ja keineswegs Freiwilligkeit und Beliebigkeit. Auch die Kür gehört zum Pflichtprogramm, sie zeichnet sich jedoch durch einen hohen Grad an Gestaltungsfreiheit, Originalität und Vielfalt aus. Davon hat auch die Familienbildung im Vergleich zu anderen Bildungsbereichen und zu anderen Leistungssegmenten der Kinder- und Jugendhilfe eine ganze Menge. In diesem Sinne liegen bei der Familienbildung Pflicht und Kür relativ dicht beieinander.

Nun - ich will der Frage nach dem Stellenwert der Familienbildung, nach der Qualität ihrer rechtlichen, finanziellen und realen Absicherung nicht ausweichen. Ich begrüße die politische und strategische Intention Ihrer Veranstaltung im Interesse der notwendigen Etablierung und Weiterentwicklung der Familienbildungsarbeit. Wie lässt



sich dem Trend wirksam begegnen, entgegen allen Bekundungen der Wichtigkeit, Erziehungs- und Familienkompetenz zu stärken, dennoch diesen Bildungsbereich eher zu marginalisieren? - Vielerorts findet zurzeit eher Rückbau als Ausbau statt.

Die Rechtslage ist klar! Auch die Sachnotwendigkeit für ein erweitertes, bedarfsgerechtes Angebot an Eltern- und Familienbildung ist eindeutig belegt und mehr als dringlich in den verschiedensten Zusammenhängen beschrieben! Unterentwickelt ist meines Erachtens die strukturelle und fachpolitische Verankerung der Verantwortung für die Eltern- und Familienbildung. Gewiss, Familienbildung ist ein wesentlicher, eindeutig ausgewiesener Teil der Kinder- und Jugendhilfe im Bereich der Hilfen zur Förderung der Erziehung in der Familie. Sie ist aber trotzdem noch immer nicht richtig in der Jugendhilfe angekommen, nicht gleichrangig mit anderen traditionellen Hilfeformen der Jugendhilfe in ihre Strukturen und Finanzierungs- und Förderkonzepte eingebunden.

Strategisch muss das Ziel verfolgt werden, in eine höhere Liga aufzusteigen. Familienbildung muss aufholen - raus aus der Angebotsnische für bildungsgewohnte Fa-

milien oder als Defizitangebot für Problemfamilien. Sie muss sich plural - deshalb ist das Engagement der AWO auch so wichtig - zu einem breitenwirksamen, populären Angebot für **alle** entwickeln, mit einem hohen Grad an Akzeptanz und Anerkennung - und das vor allem in der Kinder- und Jugendhilfe.

Ist das eine realistische Forderung - wo doch die Jugendhilfe unter enormem Kostendruck steht? Nach den Gesamtausgaben zählt die Jugendhilfe - so will es scheinen - zu einem der wenigen „Wachstumsbereiche“. Diese Entwicklung soll gebremst werden. - Insofern: schlechte Zeiten für die Familienbildung als „Stiefkind“ in der Jugendhilfe haben doch die Hilfen zur Förderung der Erziehung in der Familie, unter anderem die Familienbildung, nur einen Anteil von 0,3 – 0,4 Prozent an den Gesamtaufwendungen der Kinder- und Jugendhilfe. Trotzdem:

„Das Geld ist zwar knapp, das Kinder- und Jugendhilfegesetz gilt gleichwohl!“ (Prof. Dr. Dr. Wiesner, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)

Das ist auch eine der Botschaften der Jugendministerkonferenz in ihrem Beschluss zur Familienbildung vom Mai 2003. Dieser Beschluss hat folgende Überschriften:

1. Neuer Stellenwert von Eltern- und Familienbildung
2. Öffentliche Verantwortung für die Förderung der Erziehung in der Familie
3. Eltern- und Familienbildung – ein Angebot für alle Eltern
4. Familienbildung hat viele Orte und Formen
5. Eltern- und Familienbildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe
6. Eltern- und Familienbildung muss rechtzeitig einsetzen

7. Eltern- und Familienbildung muss gezielt in besonderen Belastungssituationen wirken
8. Öffentliches Bewusstsein durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit verändern
9. Grundverantwortung der Kinder- und Jugendhilfe präzisieren
10. Forschung und wissenschaftliche Begleitung der Eltern- und Familienbildung verstärken

Die JMK tagt in der Regel einmal pro Jahr. Familienbildung gehörte bislang nicht zu den Top-Themen - eher traditionell zu den vernachlässigten Aspekten. Insofern kann man die Tatsache selbst, dass sich die JMK - stellvertretend für die Politik - sehr grundsätzlich und umfassend mit der Familienbildung, ihrem Stellenwert und ihren konkreten Realisierungschancen und Perspektiven befasst hat, als einen deutlichen Fortschritt werten. Es ist offenbar angekommen, dass die Bedeutung familiärer Erziehung und dementsprechend die hierfür nötige Erziehungs- und Familienkompetenz nicht nur mehr beiläufig in Nebenbemerkungen bei den großen Diskussionen - zum Beispiel zur Gewalt und Deliktprävention oder zur Bildung, zu den Konsequenzen aus PISA oder zu den großen Anforderungen der modernen Wissensgesellschaft - benannt werden kann. Sie muss selbst zum zentralen Thema der Kinder-, Jugend-, Familien- und Bildungspolitik gemacht werden.

Die Jugendministerinnen und Jugendminister bekennen sich in ihrem einstimmig gefassten Beschluss (16 : 0) sehr klar zum hohen Stellenwert der Eltern- und Familienbildung. Die Angebote der Familienbildung sind ein Kernelement einer familienunterstützenden sozialen Infrastruktur.

Wachsende Anforderungen an Erziehung und Bildung verlangen von Eltern in zunehmendem Maße die gezielte Aneignung entsprechender Kompetenzen. Familienleben, vor allem das verantwortliche Leben mit Kindern, erfordern ein Maß an Wissen,

Kompetenz, Kreativität und Phantasie, das - in vergleichbarer Weise wie die Ausübung eines Ausbildungsberufs - der Vorbereitung und Förderung durch Bildung und Beratung bedarf.

Die JMK hält es für erforderlich, Eltern- und Familienbildung als wesentliches Element zeitgerechter Bildungskonzepte aufzuwerten. Sie benennt hierzu unter anderem die Notwendigkeit,

- neue innovative Ansätze zur Erweiterung der Bildungsangebote und zur Steigerung ihrer Akzeptanz zu fördern,
- Öffentlichkeitsarbeit zu intensivieren,
- familienbildungsbezogene Forschung und wissenschaftliche Begleitung auszubauen und
- den Grad an Verbindlichkeit für die Sicherstellung eines bedarfsgerechten Angebots zu erhöhen.

Die JMK bezieht sich in ihren Begründungen grundlegend auf Artikel 6 Grundgesetz: „Die hohen Erwartungen an die Bereitschaft und Fähigkeit der Eltern, im breiten Spektrum der erzieherischen Aufgaben - von der Werteerziehung über Sprachförderung, soziales Lernen, gesundheitsbewusstes Leben, Begleiten der schulischen Entwicklung der Kinder bis hin zum verantwortlichen Umgang mit den Medien lassen sich nur erfüllen, wenn insgesamt die staatliche Gemeinschaft im Rahmen ihres Schutz- und Förderauftrags Eltern von Anfang an bei der Stärkung ihrer Kompetenzen unterstützt.“

Nun einige konkrete Aspekte aus dem JMK-Beschluss, die ich unter inhaltlichen und unter strategischen Gesichtspunkten für besonders wichtig halte:

Familienbildung für alle

Eltern- und Familienbildung muss systematisch als Bildungsangebot für **alle** Eltern und Familien konzipiert und begründet sein - also nicht nur für eine bestimmte Schicht und auch nicht nur für eine besonders von Defiziten und Dysfunktionalität gekennzeichnete Zielgruppe. In eine andere Liga aufsteigen geht meines Erachtens nur mit

dem Anspruch und dem Selbstverständnis „Familienbildung für alle“.

Das ist dann auch die Basis, um besondere Zielgruppen zu erreichen. Popularität und Offenheit für **alle** schafft zugleich die notwendige Akzeptanz der Familienbildung in der Breite, um so gerade auch die Familien zu erreichen, die besonders auf Leistungen zur Stärkung der Familienkompetenz angewiesen sind. Selbstverständlich müssen, um sie wirklich und effektiv zu erreichen, zusätzliche Anstrengungen für besondere Zugänge mit spezifischen Angeboten unternommen werden.

Breitenwirksame Familienbildung in Gehstrukturen an vielen Orten

Für eine breitenwirksame Familienbildungsarbeit,

- die alle und insbesondere die erreicht, die sie besonders brauchen,
- die der inhaltlichen Vielfalt der Themen gerecht wird und
- Familien durch alle Phasen - zum Beispiel die Situation der Pflege eines Angehörigen eingeschlossen - und vor allem auch in den vielfältig relevanten Übergangsphasen - zum Beispiel von der Zwei- zur Einelternfamilie oder umgekehrt - begleitet, sind Gehstrukturen nötig. Hierfür bietet sich die Nutzung vieler Orte an, vor allem solcher Orte, die Eltern und Familien vertraut sind, die sie ohnehin aufsuchen, wie
 - Geburtsvorbereitung (Hebammen)
 - Vorsorgeuntersuchungen (Kinderärzte, Krankenhäuser, Gesundheitsämter)
 - Kindertagesstätten
 - Schulen
 - Sozialbehörden (Erziehungsgeld, UVG, Sozialgeld usw.)
 - Familienferienstätten
 - Sprachförderung von Migranten
 - Berufliche Bildung
 - Arbeitsförderung (Hartz IV)
 - Arbeitsplatz/Arbeitswelt.

Kindertagesstätten als Orte für Familienbildung und für Familienkommunikation sowie Schulen im Sinne verstärkter Erziehungs- und Bildungspartnerschaft mit den Eltern

haben besondere Relevanz und Verantwortung. Damit werden Kindertagesstätten nicht zu Familienbildungsstätten, aber (perspektivisch) zu Häusern für Kinder und Familien mit größerer Offenheit für ein breites Aufgabenprofil, in dem auch Eltern- und Familienbildung formell sowie informell einen wichtigen Platz hat.

Vielfältige Ressourcen für Familienbildung nutzen

Die JMK wirbt für das Prinzip der **Verantwortungsvielfalt**: Eltern- und Familienbildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu deren Erfüllung viele (jeweils im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten) beitragen können und beitragen müssen. Kooperation und Vernetzung vielfältiger Partner zur Schöpfung der vielfältig vorhandenen familienbildungsrelevanten Ressourcen und Potentiale sind hier die relevanten Stichworte.

Familienbildung frühzeitig / von Anfang an

Ein besonderes Anliegen sieht die JMK in der Notwendigkeit, Eltern- und Familienbildung **frühzeitig** zu beginnen und dies regelhaft durch Angebote zu organisieren, die möglichst alle jungen Eltern erreichen in der Phase

- der Familiengründung,
- des Aufbaus elterlicher Partnerschaft,
- der Rollenfindung als Mütter und Väter,
- der Pflege und Versorgung des Kindes in der ersten Lebensphase.

Hierzu möglich ist unter anderem:

- Geburtsvorbereitungskurse regelhaft für Eltern- und Familienbildung nutzen.
- Nachsorge der Hebammen in den ersten Wochen nach der Geburt mit Familienbildungsangeboten anreichern.

In dieser ersten Familienphase ist die Aneignung von Kompetenz hochgradig wichtig. Zudem werden in dieser Zeit die Weichen für zukünftiges Bildungsverhalten gestellt. Eltern, die wissen, wo Bildungsan-

gebote zu finden sind, die sie kennen gelernt und mit ihnen gute Erfahrung gemacht haben, werden sie auch im weiteren Lebensverlauf und in besonderen Lebenssituationen bei Bedarf in Anspruch nehmen.

Familienbildung bedarfsgerecht / problem- und situationsorientiert

Ganz sicher muss die Eltern- und Familienbildung den Nachweis führen können, dass sie insbesondere Familien in besonderen Belastungssituationen den „Rücken stärkt“:

- Langzeitarbeitslosigkeit
- Pflege
- Behinderung oder schwere Krankheit
- Längere Abhängigkeit von Sozialhilfe beziehungsweise Sozialgeld
- Trennung und Scheidung
- Ungewollte Elternschaft
- Migration

Insbesondere hier müssen vor allem die vorhandenen Zugänge genutzt werden, z.B. über die entsprechenden Sozialleistungsregelungen (Jugendämter, Sozialämter, Arbeitsämter) oder über die einschlägigen Verfahren (Familiengerichte, Jugendämter), um Familienbildung wirksam zu vermitteln.

Die Notwendigkeit einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit

Den Ausbau von Forschung und wissenschaftlicher Unterstützung der Eltern- und Familienbildung habe ich bereits genannt. Abschließend noch ein paar Sätze zur **Jugendhilfe-Verantwortung**.

Eltern- und Familienbildung findet institutionell, funktional, formell und informell sowie medial an vielen Orten, in vielen Zusammenhängen, in vielfältiger Verantwortung und Kompetenz statt. Das macht ihren Reichtum aus, zugleich aber auch ihre Schwäche; in dieser Vielfalt ist sie nur schwer fassbar und wenig transparent in klare Organisations- und Verantwortungsstrukturen eingebunden. Deshalb ist die Aussage der Jugendministerkonferenz be-

zogen auf die Generalverantwortung der Jugendhilfe wichtig:

„Die zentrale Verpflichtung zur Sicherstellung der Eltern- und Familienbildung liegt bei den öffentlichen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe (§ 16 in Verbindung mit §§ 79, 85 SGB VIII). Es ist geboten, unter Beachtung der primären Verantwortung der örtlichen Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe den Auftrag gemäß § 16 Absatz 3 SGB VIII unter rechtlichen, fachlichen und finanziellen Aspekten in den Ländern und Kommunen zu konkretisieren und damit auch verbindlicher zu machen.“

Um noch eindeutigeren Aussagen im Sinne länderrechtlicher Sicherstellungsregelungen gab es eine intensive Diskussion! Hier ist die Situation in Bezug auf Systematik und Regelungsdichte sehr unterschiedlich. Für wichtig halte ich, dass neben einer klaren Sicherstellungs- und Förderungsverpflichtung Eltern- und Familienbildung als integraler Bestandteil der Kinder- und Jugendhilfe erkannt und (funktional) in die Konzepte der vielfältigen Handlungsfelder - zum Beispiel im Rahmen der Hilfen zur Erziehung - eingebunden wird.

Eltern- und Familienbildung muss deshalb auch ein qualifizierter Bestandteil der **Jugendhilfeplanung** sein. Dies verlangt unter anderem besondere Familienbildungskompetenz auch in den Jugendämtern und gute Kenntnisse der relevanten Daten und Bedarfslagen.

Schlussbemerkung: Damit das alles in dem genannten Sinne voran kommt, ist es wichtig, dass die, die im Kern Familienbildung leisten, nicht nur gute Bildungsarbeit verrichten, sondern diese auch für die politische Bewertung und für eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit transparent machen.

Signal - oder Prestigeprojekte, die für Politik und Öffentlichkeit deutlich machen, dass Eltern- und Familienbildung an den aktuellen Themen „dran“ ist und auf aktuelle Bedarfslagen und Problemanzeigen relevant reagiert, sind durchaus opportun.

Familienbildung - ihre Einrichtungen und Träger - sollten konsequenter in den relevanten fachpolitischen Institutionen, wie insbesondere in den Jugendhilfeausschüssen, vertreten sein. Sie sollten sich allgemein als Kompetenzstellen für sozialraumorientierte Kinder- und Familienbildung und darüber hinaus für örtliche Familienpolitik verstehen und sich möglichst als Motor oder als Initiatoren und Koordinatoren für entsprechende strategische Kooperationen einbringen. Sie könnten und /sollten sich auch verstärkt und konstruktiv an der aktuellen Bildungsdebatte beteiligen, weil ja der Kontext Familie und schulische Bildung überaus deutlich belegt ist. Ob nun „Pflicht“ oder „Kür“ - es gibt viel zu tun. Engagement ist entscheidend. Es ist ganz wesentlich, aber nicht in erster Linie von Geld abhängig; vor allem sind vorhandene Ressourcen zu aktivieren. Der JMK-Beschluss ist nicht „abgeheftet“! Seine Resonanz ist beachtlich. Die Familienbildungsreferenten der Länder und des Bundes sind aktuell damit befasst, zu den zentralen Umsetzungsaspekten Vorschläge zu erarbeiten.

3. Familienbildungspraxis: Wer für wen mit welchen Mitteln? Moderiertes Expert/-innen-Gespräch am runden Tisch



Moderation
Corinna Cleve-Naumann

Die Moderatorin bittet die teilnehmenden Expert/-innen nach einander zu sich auf das Dialog-Sofa. Nach einer kurzen Vorstellung im Zwiegespräch nehmen die Personen der Reihe nach im Sessel-Halbkreis vor dem Plenum Platz.

Dr. Gabriele Drehmel

Referentin im Bereich Familienförderung, Familienhilfe und Dienste der Jugendämter im Sozialpädagogischen Fortbildungswerk (SPFW) des Landes Brandenburg

„Familienbildung steht für mich im Zusammenhang mit Jugendhilfe. Weil das SPFW eine Fortbildungsstätte für Jugendhilfe ist, war mein Anliegen bisher insbesondere, die Familienbildung in die Jugendhilfe hineinzutragen. Inzwischen nehme ich das wieder ein bisschen zurück. Ich habe heute so oft gehört, Familienbildung ist Aufgabe der Jugendhilfe, dass ich sagen möchte: Familienbildung ist eine gesamt gesellschaftliche Aufgabe. Aber es gibt einen ganz speziellen Auftrag der Jugendhilfe und auf den würde ich gerne eingehen.“

Bernhard Eibeck

Diplompädagoge, Gewerkschaftssekretär beim Hauptvorstand der GEW (Gewerkschaft, Erziehung, Wissenschaft) im Bereich Jugendhilfe

„Auch bei uns betreibt man Familienbildung nicht als Anhängsel in der Abteilung Schule, sondern in der Abteilung Jugendhilfe und das mit Sinn und Verstand, nicht aus Verlegenheit. Wenn ich sage, ich bin Diplompädagoge und arbeite als Gewerkschaftssekretär, ist das bei mir ein ähnliches Phänomen, wie wenn man Sozialpä-

dagogin ist und in der Familienbildung arbeitet.“

Es gibt kein Berufsbild, und trotzdem arbeitet man irgendwie. Es ist ein gutes Gefühl und man ist eingeladen. Es ist ein weites Feld, an der Professionalisierung des Handelns in der Familienbildung von der Ausbildung bis zur Vergütung zu arbeiten.“

Dr. Sabine Hebenstreit-Müller

Leiterin des Pestalozzi-Fröbel-Hauses und Vorstandsmitglied des Pestalozzi-Fröbel-Verbandes

„Wir, das Pestalozzi-Fröbel-Haus, beschäftigen uns zurzeit mit der Weiterentwicklung von Kindertagesstätten und mit der Frage: In wie weit können Kindertagesstätten Orte der Familienbildung und Familienarbeit sein? Was hat das für Konsequenzen für das professionelle Profil von Erzieherinnen? Welche Konsequenzen hat das für die Ausbildung?“

Wolfgang Hötzel

stellvertretender Leiter der Abteilung Familie im Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit Rheinland-Pfalz

„Ich bin von Haus aus Jurist und betreibe das Geschäft der Familienpolitik. Von daher weiß ich, wie wichtig Familienbildung ist. Ich möchte gern dazu beitragen, dass die Familienbildung in eine andere Liga aufsteigt, dass sie aus der Nische herauskommt und sich zu einem notwendigen, gesellschaftlich breitenwirksamen Angebot entwickelt. - Ein Wort dazu, wo ich Familienbildung platziert sehe.“

Familienbildung ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe mit vielen Anteilen von vielen

Akteuren. Man muss aber grundsätzlich die Handlungsebene (wo geschieht Familienbildung) unterscheiden von der Gewährleistungsebene. Und die Gewährleistungsverpflichtung liegt zentral bei der Jugendhilfe. Die Orte von Familienbildung sind vielfältig inner- und außerhalb der Jugendhilfe vorhanden.“

Lena Neuburger

Kleinkind-Pädagogin, Referentin für Familienbildung beim Deutschen Roten Kreuz (DRK) in Berlin

„Das DRK ist bundesweit in unseren Kreisverbänden und Einrichtungen auf dem Gebiet der Familienbildung aktiv. Ich selbst bin spezialisiert auf den Frühbereich. Es ist mein Anliegen und meine Aufgabe, den Blick gemäß dem Leitbild des DRK speziell auf die Niedrigschwelligkeit der Familienbildungsangebote zu richten. Denn es ist ein schwieriges Feld, Familien für die Bildungsteilnahme zu gewinnen.“

Dr. Rudolf Pettinger

ehemaliger Leiter der Abteilung Familie beim Deutschen Jugendinstitut (DJI), München

„Ich möchte zwei wichtige Bezüge nennen: Das eine ist der Frühkindbereich. Im Zusammenhang mit PISA und der IGLU-Studie stelle ich mir die Fragen: Wie gelingt es, Eltern zur Teilnahme an Veranstaltungen der Familienbildung zu bekommen, die normaler Weise nicht zu den Besucherinnen der Familienbildungsstätten gehören. In diesem Zusammenhang bin ich beteiligt an einem Frühförderprogramm, das wir aus den Niederlanden übernommen haben. Es heißt Opstapje und ist ein Programm zur Frühförderung von Kindern aus benachteiligten Familien.

Ganz wichtig ist mir die Rolle des Großvaters meiner Enkel. Damit bin ich beschäftigt!“

Bodo Rudolph

Leiter des Jugendamtes im Landkreis Potsdam-Mittelmark, Brandenburg

„Ich bin kein Pädagoge und kein Sozialpädagoge. Von der Profession her war ich verantwortlich für die gedeihliche Pflege solcher Gewächse, wie wir sie in diesem wunderschönen Blumenarrangement sehen. Ich bin als leitender Angestellter in diesen Bereich eingestiegen und habe mich fortgebildet. Dabei ist mir aufgefallen:



Der Paragraph zur Familienbildung ist ein Paragraph, den fast jeder in der Jugendhilfe überliest, obwohl er als Soll-Vorschrift formuliert ist. Das muss man so einschätzen. In der praktischen Arbeit der örtlichen Jugendhilfeträger ist das ein Paragraph, der ein Blümchendasein fristet. Die Unterbewertung von Prävention und die gleichzeitig zu verzeichnenden Steigerungsraten in den Ausgaben der Jugendhilfe seit Jahren störten mich von Anfang an. Die Ausgaben steigen nicht im Präventionsbereich sondern sämtlich im Interventionsbereich. Ich vermute, da sind wir sicherlich im PISA-Vergleich mittlerweile die Weltmeister. Andere tummeln sich dagegen längst im Präventionsbereich. Diesen Zustand zu verändern, das liegt mir am Herzen. Wir müssen diese Prozesse umkehren. Es ist absolut höchste Zeit in Deutschland.“

Corinna Cleve-Naumann - Wir haben heute Morgen viel über strukturelle Voraussetzungen und Rahmenbedingungen gehört. Es wurden als Ziele formuliert: Familienbildung für alle, möglichst niedrigschwellig, möglichst bedarfsorientiert, weit gefächert, beginnend mit Paaren, die erwägen, eine Familie zu werden, bis hin zum pflegerischen Bereich in der Familie.

Es wäre schön, wenn wir es hinkriegen würden, die Lücke zu füllen zwischen Rahmenbedingungen, Ausgangsvoraussetzungen (§ 16 KJHG) und dem Ziel, eine Familienbildung für alle zu etablieren. Ich denke, dass die praktische Umsetzung heute bislang noch zu kurz gekommen ist. Jetzt haben wir die Chance, uns auf dieser Ebene auszutauschen: Welche Schritte sind denn nötig, das Ziel „Familienbildung für alle“ zu erreichen? Wer sind die Akteure und welche Aufgaben haben sie? Was fehlt? Was ist noch notwendig, damit dieses Ziel erreicht werden kann? Letztendlich auch: mit welchen Mitteln, finanziell und politisch?

Wo sehen Sie die Hauptakteure in diesem Prozess? Wo sind welche Verantwortlichkeiten? Welche Aufgaben verbinden sich mit den einzelnen Institutionen?

Bernhard Eibeck - Vor vier Jahren hatten wir unseren Gewerkschaftstag. Da kamen der Bundeskanzler, der Bundestagspräsident, der DGB-Vorsitzende und alle hielten gute Reden. Aber eigentümlicher Weise hatte man zum Schluss den Eindruck, sie hatten alle den selben Redenschreiber. Und alle endeten - das war im Jahr 2001 - mit einem sorgenvollen Blick auf die Familie oder mit dem Zeigefinger: Da muss sich was tun. Wir müssen die Erziehungsverantwortung, die elterliche Kompetenz stärken. Das stellte jeder Redner aus seinem Arbeitsfeld heraus fest, der DGB-Vorsitzende aufgrund der vielfältigen sozialen Benachteiligungen, der Bundestagspräsident vor dem Hintergrund von Gewalt und Rechtsradikalismus. Jeder kam aus sehr vernünftigen Gründen zu der Zielsetzung: Familien müssen stärker gefördert werden.

Kurze Zeit später lagen die PISA-Ergebnisse vor. Da lag es dann offen zu Tage: Nirgendwo ist der Zusammenhang von sozialer Benachteiligung und Schulversagen so deutlich wie in Deutschland. - Nun hätte man erwarten können, bei dem so stark ausgeprägten politischen Bewusstsein, dass bei der Familienförderung endlich ein fulminanter Schwerpunkt gesetzt wird. Was wurde getan? Es wurde vieles in Bewegung gesetzt im Bereich frühkindlicher Pädagogik, Kita-Bildungs-

pläne, Bildungsvorbereitung auf die Schule, Ganztagschule, 4-Milliarden-EUR Programm usw. Es wurde viel in die Hand genommen. Kultusminister verabredeten sich über neue Bildungsstandards in der Schule. Zum Thema Familienbildung gab es den Beschluss der Jugendministerkonferenz, der sich fein wie ein Aufsatz liest. Aber es gibt bis heute kein sichtbares, zielorientiertes politisches Handlungskonzept dafür, die Familienbildung durch institutionelle Förderung, durch finanzielle Absicherung, durch Professionalitätsentwicklung zu dem zu machen, was sie sein sollte: ein intensives Qualifizierungswesen, ein Bildungswesen für junge Mütter und Väter, für Familien insgesamt, mit dem Ziel, dass sie alle ihre Erziehungsaufgaben qualifiziert wahrnehmen. Stattdessen wird bastelt: Tagesbetreuungsausbaugesetz, Betreuung, Allianz für Familie. Es kann nicht sein, dass zeitgemäße Familienpolitik sich zusammensetzt um zu beraten, wie man den Müttern und Vätern die Kinder einmal stundenweise vom Hals hält, damit sie einen noch unzumutbareren Job annehmen können, der ihnen ein paar Euro bringt. Damals begann die Diskussion über Eigenheimzulage und Subventionsabbau. Meine Vorstellung dazu ist: Wir nehmen die Eigenheimzulage und stecken das Geld in die Familienbildung. Da hätten wir für Familie viel erreicht.

Wolfgang Hötzel - Auf diese globale Frage gibt es viele Antworten. Ich halte es für wichtig, den Standort der Familienbildung zu klären, statt sie einfach als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu deklarieren. Der Hinweis auf die Verantwortung aller rührt einen in jeder guten Rede, aber das bringt uns nicht weiter. Wir brauchen die Standortklärung, damit von einem festen Standbein aus auch heftig gespielt wird. Wenn das Standbein aber nicht geklärt ist, bleibt es einfach ein Pudding, der keine wirkliche Gestalt annimmt, der vereinzelt in guten Aktionen sichtbar wird aber nicht zu einem Ganzen zusammenwächst, um damit dem Anspruch „Familienbildung für alle“ gerecht zu werden.

Wenn man es wirklich ernst meint, muss man systematisch denken und das System klären. Deshalb lege ich großen Wert dar-

auf, nicht zu schnell den § 16 KJHG, d.h. die Verantwortung der Jugendhilfe zu relativieren, sondern ganz klar zu sehen: Familienbildung findet an vielen Orten in vielfältiger Weise statt. Aber es gibt eine Sicherstellungsverpflichtung im Sinne von Planen, sich über den Bedarf zu vergewissern, die eindeutig in der Jugendhilfe verankert ist. Da ist die politische Struktur vorgegeben, die das gewährleisten müsste. Es darf nicht so sein, dass die Jugendhilfe selbst so locker über den § 16 hinweg geht und dass selbst die Insider die Familienbildung immer noch als Kann-Vorschrift abtun. Die Jugendhilfe muss sich selbst verpflichten, sich herausfordern, mit eigenen Initiativen in vielfältiger Weise beizutragen. Vor allem muss sie die Planungs- und Bedarfsfeststellungsverantwortung übernehmen. Sie muss sichern, dass sich nachher aus der Vielfalt ein Gesamtes ergibt, das wirklich ein effektives Angebot für Familien beinhaltet.

Der Familienbildung geht es im Grunde genommen noch schlechter als der Familienpolitik. Die Familienpolitik wird im Augenblick in der Rhetorik sehr groß geschrieben. Aber sie ist nirgendwo so richtig verfestigt. Wir haben uns alle daran gewöhnt: Familienpolitik ist Querschnittspolitik. Sie geht durch alle Bereiche. Nur - wer sorgt dafür, dass sie in allen Bereichen stattfindet. Jemand muss die Verantwortung übernehmen, muss die Maßnahmen koordinieren. Es gibt keine Familienministerkonferenz, und es gibt keine Arbeitsstrukturen. Das ist die strukturelle Schwäche, wenn wir die Strategiefraße stellen.

Mein Plädoyer ist, die Jugendhilfe stärker in Anspruch zu nehmen. Wir haben eine gesetzliche Grundlage. Sie wird nicht in angemessenem Maße ernst genommen, ist aber ausbaufähig. Ich plädiere dafür, in den Ländern die Möglichkeiten der Ausführungsgesetzgebung zu nutzen. Darum z.B. kümmere ich mich als Familienbildungszuständiger in Rheinland-Pfalz. Ich plädiere dafür, dass über Familienbildung geredet wird, dass in den verschiedenen Gremien, ob das die Arbeitsgemeinschaften der Jugendamtsleiter sind oder die Sozialdezernenten oder der Landesjugendhilfe-Ausschuss, dass Familienbildung dort the-

matisiert wird und wirklich eine Rolle spielt. Das ist eine Frage des Bewusstseins. Es ist schon ein Fortschritt, wenn wir für die Familienbildung wenigstens den Stand erreichen, der beispielsweise selbstverständlich für die Erziehungsberatung gilt. Hier auf gleiche Augenhöhe zu kommen, wäre das eine. Das andere ist, dass jemand die Verantwortung für das Einsammeln, für das Aktivieren von vorhandenen Ressourcen übernimmt. Die AWO hat offensichtlich etwas in dieser Richtung vor: Die Steuerungsfunktionen oder das Koordinieren, das Organisieren zu befördern. Wir müssen nach einer Instanz suchen. Das Jugendamt spielt da eine wesentliche Rolle. Wir versuchen das in Rheinland-Pfalz mit den vorhandenen Familienbildungsstätten. Wir sagen: Es ist gut und wichtig, dass ihr ein gutes Angebot macht. Aber ihr müsst mehr tun. Ihr müsst Leitstellen für Familienbildung werden und die koordinierende Funktion übernehmen. Ihr müsst selbst überall die Ressourcen zu schöpfen, die sich für die Familienbildung in guten Möglichkeiten von Kooperation auftun.

Als letzter Punkt: Für mich sind die Ressourcen der Kindertagesstätte und Schule, aber insbesondere der Kindertagesstätte, das Entscheidende. Es geht um die Frage: Soll die Kindertagesstätte sich so entwickeln, dass sie 2010 lediglich über genug Betreuungsangebote verfügt, oder soll sie eine Einrichtung werden, in der multifunktional sehr vieles geleistet wird und Familienbildung, familienorientierte Arbeit ein ganz wesentlicher Punkt des Aufgabenprofils einer Kindertagesstätte ist. Das ist kein Widerspruch zum intensiven Ausbau der Betreuungsangebote. Kindertagesstätte müsste dann z.B. „Haus der Familie“ heißen u.ä.

Wenn wir diese drei Ansätze zielstrebig verfolgen würden, könnten wir die Familienbildungs-Landschaft wesentlich positiv verändern.

Dr. Sabine Hebenstreit-Müller - Wir sind im Moment in einer Umbruchsituation. Es ist unklar: Wer ist hier eigentlich zuständig? Wie wird Familienbildung politisch koordiniert? Wo sind die Schaltstellen? Wie lege

ich Gesetze aus? Wie viele Ressourcen stehen zur Verfügung und wofür?

In Umbruchsituationen bietet sich die Chance der Weiterentwicklung. In Umbruchsituationen sind Akteure diejenigen, die sagen: Wir sind hier Akteur, weil wir ein gutes Konzept haben. Die AWO hat heute eins vorgestellt und ist damit Akteur in diesem Feld und zeigt Perspektiven für die Zukunft auf. An solchen Stellen werden fachpolitisch Akzente für die Zukunft gesetzt, die vielleicht später zu veränderten Ressourcen und zu anderen fachpolitischen und rechtlichen Regelungen führen. Alle, die hier sitzen, sind Akteure, und wir sollten uns auch so begreifen.

Zur Frage der Kindertagesstätten: Es ist wichtig, den § 16 KJHG nicht als ein Familienbildungsstätten-Gesetz zu verstehen, sondern als ein Gesetz, das Familienbildung einfordert. Familienbildung kann an ganz verschiedenen Orten stattfinden. Der Ort Kindertagesstätte ist insofern attraktiv, als dort alle Eltern erreicht werden, insbesondere, wenn der Rechtsanspruch so ausgelegt wird, dass alle Eltern die Kindertagesstätte für ihre Kinder in Anspruch nehmen können. Wir erreichen dort alle Eltern, egal aus welcher Schicht, egal, welche Schwierigkeiten die Kinder haben, in welchen Situationen die Eltern sind. Allerdings mischt sich in diese Debatte oftmals ein Zungenschlag, den ich für problematisch halte. In der aktuellen Diskussion geht es nicht nur um Qualifizierung und Professionalisierung der Erzieher. Eltern stellen im Rahmen von Harz IV die Frage, wer passt jetzt auf unsere Kinder auf? Wir sollten sehr genau hinsehen: wofür ist die Erzieherin zuständig. Was ist der Ort Kindertagesstätte, und wie organisieren wir diesen Ort auch in der Kooperation mit anderen Angeboten? Die Erzieherin ist und wird zukünftig zuständig sein für die Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder. In diesem Rahmen hat sie die Aufgabe der Zusammenarbeit mit den Eltern ihrer Kinder. Daneben steht die Herausforderung an die Kindertagesstätte, sich als Institution zu öffnen. Das bedeutet nicht, dass Erzieherinnen nun auch Familienbildung betreiben. Öffnen der Kita bedeutet das konkrete Angebot, Formen der Kooperation mit Fa-

milienbildung unter dem Dach einer dann vielleicht auch anders benannten Kita aufzubauen. Ein Haus für Kinder und Familie zu organisieren erwartet von Erzieherinnen nicht, bei dem ohnehin schlechten Personalschlüssel auch noch Familienbildung anzubieten. Das kann und darf nicht sein. Das müssen wir auch in der politischen Debatte sehr klar vertreten. Dennoch ist es denkbar, dass Erzieherinnen mit bestimmten Fähigkeiten außerhalb ihrer Tätigkeit als Kindergärtnerinnen Familienbildungsaufgaben unter dem Dach der Kita übernehmen. Beispiel ist eine Kindertageseinrichtung unter unserem Dach. Da kooperieren wir mit Gesundheitsdiensten, mit Ärzten und Psychologen. Aber keine Erzieherin käme auf die Idee, auch noch die Aufgaben einer Medizinerin zu übernehmen. Solche Beispiele müssen wir vor Augen behalten. Natürlich stellt das große Anforderungen auch an die Ausbildung der Erzieherinnen.

Lena Neuburger - Das DRK hat viele verschiedene Geschäftsfelder auch im Bereich der Jugendhilfe und Gesundheitsförderung. Familienbildung wird zunehmend als Vernetzung der Geschäftsfelder gesehen. Das heißt einerseits, wir bemühen uns zunehmend, mit unseren Kindertageseinrichtungen und anderen Einrichtungen im Bereich der Jugendhilfe und Familienberatung zusammenzuarbeiten. Da ergibt sich die Frage: Welche Rolle haben die Ehrenamtlichen, und welche Ausbildung muss in dem Bereich garantiert werden? Das ist eine Kostenfrage, die noch ungelöst ist. Auch der Standortfaktor spielt eine wesentliche Rolle. Als Bundesverband merken wir genau so wie die AWO, dass die Bundesländer durch die Landesregelungen verschiedene Absicherungen für ihre Einrichtungen haben. Dadurch entsteht ein heterogenes Angebotsspektrum. Ein Beispiel aus dem Land Brandenburg: Im Landkreis Teltow-Fläming wird mit dem FIZ (Familie im Zentrum) der Ansatz versucht, aus einer Kita heraus die Angebote für Kinderbetreuung zu erweitern. Außerhalb der klassischen Öffnungszeiten können Eltern ihre Kinder betreuen lassen. Daran knüpfen sich Familienbildungsangebote. Die Eltern werden im Rahmen der Elternarbeit über das klassische Konzept der Kinderbetreuung er-

reicht. Es ist schwer, so etwas finanziell auf sichere Beine zu stellen. Wir können nur durch modellhafte Einrichtungen versuchen, einen Weg aufzuzeigen. Die Einrichtungen müssen zukünftig ausreichend Gewinn erzielen, um in Kitas zunehmend für Familien und Familienbildung werben zu können. Die Kinderzahlen gehen zurück. Die Einrichtungen müssen zusehen, dass sie auch z.B. die unter 3-Jährigen an sich binden, um dann ab 3 Jahren den Platz zu sichern usw. Da spielen auch Faktoren hinein, die in Zukunft eine große Bedeutung gewinnen, obwohl sie finanziell für den Träger riskant sind. Wir gehen erst einmal in Vorleistung, um zu prüfen, ob sich der Aufwand auszahlt oder ob wir ab einem bestimmten Punkt sagen müssen: Wir können das Angebot nicht weiter halten. Ganz entscheidend ist die Kooperation mit den örtlichen Trägern. Auch Bündnisse für Familie sind eine Möglichkeit, aber mit Sicherheit auch nicht die Lösung, über die auf Dauer ausreichend finanzielle Mittel erwirtschaftet werden können.

Corinna Cleve-Naumann - Im Moment klingt es so, als ob Jugendhilfe als große Überschrift und Kindertagesstätte auf einer weiter unten liegenden Ebene die Zellen sind, aus denen heraus sich Familienbildung entwickeln kann. Könnten diese Ansätze Familienbildung für alle sicherstellen? Kann eine Kindertagesstätte, selbst wenn sie sich öffnet, Familienbildung gewährleisten?

Dr. Rudolf Pettinger - Dazu wollte ich etwas sagen, um nicht Euphorie aufkommen zu lassen über die Verkopplung von Kita und Jugendhilfe. Vernetzung ist sicherlich wichtig und die Kita ist dabei ein sehr wichtiger Ort. Aber man darf nicht übersehen: es ist eine Einrichtung, die bei allen selektiv wahrgenommen wird. Kinder kommen in einem Alter, wo bereits Defizite bestehen können. Wir müssen früher ansetzen und andere Zugangswege suchen. Es liegen z.B. in der Gehstruktur Ansätze, wo ich versuche, die Schwelle niedriger zu machen und sie als niedrigschwelligere Angebote zu sehen. Da wäre für mich ein Fragezeichen bei der Kita. Ich befürworte, dass man nicht nur mit der Kita sondern auch mit der Schule ein anderes Verhältnis

zwischen Elternhaus und Schule anstrebt. Leider haben wir in Deutschland keine Tradition für eine Kooperation von Elternhaus und Schule auf gleicher Augenhöhe. Die unterschiedliche Augenhöhe bildet sich vielleicht nicht so stark aber wahrscheinlich auch in der Kita ab. Die Zusammenarbeit zwischen Institutionen und Einzelpersonen - Eltern sind eben keine Fachkräfte - entwickelt sich häufig als ein schwieriges Verhältnis. Das jedenfalls ist meine Erfahrung. Ich möchte Herrn Hötzel noch einmal unterstützen: Ich sehe es als ganz wesentlich an, sich auf das Jugendhilfegesetz zu beziehen. Wir sollten von der Frage ausgehen: Wie komme ich über die Jugendhilfe und die Inanspruchnahme der dortigen Regelungen zu einer gezielten Förderung, zu einem Ausbau und zur Verankerung von Familienbildung, ähnlich vielleicht wie dies für die Erziehungshilfen oder Erziehungsberatung gilt. Wenn § 16 KJHG auch eine schwache Basis sein mag. Es ist immer noch die stärkste Rechtsbasis. In den letzten Jahren sind die Mittel für Erwachsenenbildung, die ja alternativ zu beantragen sind, immer weiter reduziert worden. In Bayern ist inzwischen der Anteil von öffentlichen Mitteln, also der staatliche Zuschuss der Erwachsenenbildung an Veranstaltungen für die Eltern-Kindgruppen z.B. bei 8 % gelandet. Das kann man fast vergessen. Das ist keine Absicherung für viele Maßnahmen in der Familienbildung, wo nicht so hohe Elternbeiträge verlangt werden können wie bei Eltern-Kindgruppen.

Für mich ist das Einfallstor die Jugendhilfeplanung. In der Jugendhilfeplanung kann ich auch die Vernetzung von Orten, an denen Familienbildung mit einbezogen werden soll, also etwa Kita, klären und verbindlich festlegen. Das ist der Ort für strategische und konzeptionelle Entscheidungen. Das Instrument gibt es, und die öffentlichen Träger haben über Jugendhilfeausschüsse auch die Möglichkeiten, in ihren Kommunen zu intervenieren, dass solche Jugendhilfepläne erstellt werden.

Wolfgang Hötzel - Ich möchte kurz darstellen, dass ich missverstanden wäre mit der Vorstellung, dass sich jetzt alles an Jugendhilfe und Kindertagesstätte festmachen sollte. Versuchen wir noch einmal,

zwischen der Gestaltungs- und Handlungsebene zu unterscheiden, also wo Familienbildung stattfindet und der Gewährleistungsebene. Das sind zwei verschiedene Dinge. Es ist schwierig, die Jugendhilfe zu begreifen. Sie tut bei weitem nicht alle ihre Aufgaben selbst, hat aber eine Verantwortung dafür, dass sie erfüllt werden. Der Gegenstand von Jugendhilfeplanung ist, sich zu vergewissern wie die Situation ist und was gebraucht wird. Natürlich kann zum Beispiel zu dem Aspekt wirtschaftliche Familienbildung die Verbraucherzentrale einen wesentlichen Teil beitragen. Zur Frage Familienbildung und Gesundheit kann der öffentliche Gesundheitsdienst, wenn er sich etwas moderner entwickeln würde, einen wesentlichen Beitrag leisten. Das ist nicht Jugendhilfe. Aber Jugendhilfe vergewissert sich, dass diese Aufgaben im Rahmen ihrer umfassenden Planungsverantwortung erfüllt werden. Jugendhilfe muss nicht alles im Sinne eines ausreichenden Angebotes selbst leisten. Dann würden viele Aufgaben in die eigenen Einrichtungen rein gedrückt, insbesondere in das Aufgabenfeld der Kindertagesstätten. Die würden dann zu Recht sagen: Wir können doch jetzt nicht plötzlich Familienbildungsstätten werden. Das wäre eine Überforderung. Aber Kitas haben wertvolle Ressourcen, die genutzt werden sollten. Hinzu kommt: Die Kindertagesstätte ist nach der gegenwärtigen Angebotssituation besonders in den alten Bundesländern für die 0- bis 3-Jährigen so gut wie nicht präsent. Es kann also nicht sein, dass wir versuchen, Familienbildung gänzlich über die Kindertagesstätten aufzubauen. Wir müssen schauen, wie wir etwa über Geburtsvorbereitung auch mit Hebammen u.ä. neue Angebotsstrukturen aufbauen. Damit solche Prozesse in Gang kommen, hat die Jugendhilfe, hat das Jugendamt, die Jugendhilfeplanung eine ganz zentrale Verantwortung.

Bodo Rudolph - Ich möchte auf jeden Fall bestätigen, dass die Jugendhilfeplanung eine wichtige Rolle spielt. Das Jugendamt verantwortet die Planungsprozesse und deren Steuerung. Wenn dies aber nicht stattfindet, gibt es keinen Wächter des Verfahrens. Im Rahmen von Harz IV gibt es eine Profilierung von Familien die auffällig

sind. Eine Profilierung für Jugendämter, ob sie ihre gesetzlichen Aufträge steuern und planen, findet nicht statt. Wer also 10 oder 15 Jahre lang keinen Planungsprozess dazu beginnt, der hat in seiner Region keine Steuerung und keine Koordinierung. Aber es ist auch niemand da, der die Einhaltung und Umsetzung der Landesausführungsverordnungen einfordert oder anmahnt. Es gibt keine zentralen politischen Strategien dazu, und es gibt in diesem Feld kein Verfahrensrecht. Wenn man über viele Jahre in einem Land so etwas feststellt, müsste Politik aus ihrer politischen Verantwortung heraus darüber nachdenken, ob die Akzente richtig gesetzt sind oder ob die Steuerungsverantwortung, die die Politik hat, richtig wahrgenommen wird. So etwas baut sich pyramidenförmig auf. Man kann Appelle an die Jugendämter richten, und damit teilweise auch Erfolg haben. Es gibt Jugendämter, die sagen: Das haben wir schon jahrelang vorgehabt, jetzt ran. Es wird aber immer ein unvollständiges Bild bleiben.

Zur Kindertagesstätte und Schule wäre mein wichtigstes Anliegen, dass Fachkräfte in diesem System überhaupt einmal in der Elternarbeit das rechte Augenmaß erreichen, das heißt, dass eine Lehrerin oder eine Erzieherin merkt, wenn es einer Mutter schlecht geht. Im persönlichen Gespräch versucht sie dann, die Eltern aufzufangen. Es muss so zu sagen der Ressourcenteil der Familie in der Oberhand bleiben. Davon würden alle enorm profitieren, selbst bei den bescheidenen Ressourcen, die derzeit vorhanden sind. Die Erzieherinnen bräuchten in den wenigen Zeiten, die sie zur Zusammenhangstätigkeit haben, nicht die Planung für das Kinderfest machen. Da können die Eltern aktiv tätig werden. Aber Erzieherinnen müssen die Gesamtorganisation managen. Sie müssen sich in den Versammlungen künftig öffnen. Dazu brauchen sie Kommunikationsfähigkeiten. Erzieherinnen könnten im Elternkreis Bedarf erfragen zu Themen, die Familie berühren, ob es die Gesundheitsfürsorge ist oder andere Themen. Fachkräfte in einem solchen System eine Rahmenstruktur, die es ermöglicht, auf den Bedarf der Eltern, der Familien zu formulieren, um erfolgreich zu reagieren. Ein Schritt wäre

getan, wenn die Kitas sagen könnten: Ja das Jugendamt hat ein System aufgebaut. Es gibt eine Struktur freier Träger, freier Mitarbeiter in den verschiedensten Bereichen, und da gibt es eine koordinierende Stelle mit Steuerungsverantwortung. Wir, die Kita, werden dafür sorgen, dass wir eine externe Fachkraft in unsere Einrichtung bekommen, die sich den Themen der Familienbildung zuwendet. Das muss nicht die Erzieherin sein. Sie hat einen anderen Auftrag. Sie könnte in einen schwierigen Spagat geraten, in dem sie an einem Abend Dozentin ist und an einem anderen Tag die Kinder betreut. Damit muss man vorsichtig umgehen oder man muss ihr den förderlichen Rahmen geben, um Familienbildung auch in der Kita durchführen zu können.

Wenn wir jetzt den Aspekt der Jugendhilfeplanung als ein mögliches Zukunftsfeld für Familienbildung sehen, dann frage ich mich: Wie können wir das stärker vorantreiben? Der Beschluss der Jugendministerkonferenz war im vergangenen Jahr ein Auftrieb. Alle dachten: Toll das ist es: nun ist es von einer „höheren Stelle“ veröffentlicht worden. Nun können wir loslegen und es gab eine Aufbruchstimmung. Wenn wir jetzt zurückblicken, nach mehr

bessere Ausgangslage schaffen und mit ersten guten Ergebnissen die Vertreter der kommunalen (Fach-)Politik, insbesondere die Jugendhilfe- und Sozialplanung, die Jugendhilfeausschüsse, Stadt- und Kreisparlamente für den Ausbau eines interessanten und lebensnahen Familienbildungslandschaft in kommunaler Verantwortung zu gewinnen.

Die Universität Erlangen arbeitet derzeit an einer Bestandsaufnahme der Programme im Bereich Familienbildung. Sie strebt eine Evaluierung an, um die Effektivität der Programme zu ermitteln. Das sind erste wichtige Schritte. Der Beschluss der Jugendministerkonferenz richtet Appelle an die Träger und Mitarbeiter aus den verschiedensten Ebenen. Eine wirklich professionelle Öffentlichkeitsarbeit (ein bunter Flyer oder Familienbildungsatlas der Kommune gehört dazu wie auch Fernsehen, Presse, Rundfunk) soll die Sache der Familienbildung voran bringen. Es ist wichtig, dass Familienbildung weg kommt von dem Touch des - böse gesagt - „Ringelpiez mit Anfassen“, oder der Nachhilfeschool für Eltern, die die Erziehung ihrer Kinder nicht auf die Reihe kriegen und „es nötig haben“. Dieses oft noch vorhandene Bild auch bei Professionellen stimmt schon lange nicht mehr mit



als einem Jahr, ist die Bilanz eher verhalten. Was können wir tun um das Thema im Land Brandenburg voranzubringen? Durch mehr Öffentlichkeitsarbeit, durch mehr wissenschaftliche Begleitung, erfolgreiche Praxisprojekte usw. können wir uns eine

der sich entwickelnden Praxis überein wo oft sehr viel Niveau in der Kursarbeit der Kursleiterinnen steckt, die ihre Arbeit mit hohem Engagement und zunehmend hoher Professionalität durchführen (z.B. auch in den Elternkursen des Kinderschutzbundes

„Starke Eltern-Starke Kinder“). Die Präventivwirkungen und die Bildungsebene müssen noch besser transportiert und vermittelt werden, um der Familienbildung den Stellenwert zu verschaffen, den sie verdient.

Dr. Gabriele Drehmel - Ich glaub' ich bin im falschen Film. Vielleicht hat das mit meiner Ostvergangenheit zu tun. Ich bin richtig stolz auf das, was im Bereich Familienbildung passiert ist, zumal im Land Brandenburg. Als wir damals angefangen haben, wussten die Leute, auch die Jugendämter, noch nicht einmal, was Familienbildung ist. Inzwischen haben sich die Jugendamtsleiter auf Klausurtagen zum Thema Familienbildung verständigt. Es gibt eine Landesarbeitsgruppe „Familienbildung“. Die Jugendhilfeplaner haben Thesen für das Land aufgestellt, danach würden sich die Jugendhilfeplaner in anderen Bundesländern die Finger lecken. Da steht nämlich alles drin, was hier eben gesagt wurde. Es gibt vom Land finanziell unterstützte Kurse und Weiterbildungen in Methodik und Praxis der Familienbildung. Und es wird begonnen, die Gesprächsergebnisse in Familienbildungspraxis umzusetzen.

Ich denke: Zum Glück gibt es hier keine Landesausführungsgesetze. Dann hätten wir vielleicht jetzt zwei Familienbildungsstätten, die irgendwo ihre Arbeit tun. So hat sich in Brandenburg eine breite Basis entwickelt. Es gibt fantastische Träger, die sich auf der Familienbildungsmesse vorgestellt haben. Ich gebe zu, es ist vieles noch am Anfang.

Es gibt ca. 450 Familienbildungskonzepte. Es gibt Thesen. Es gibt Fachtagungen. Fachkräfte Sozialer Arbeit wie Politik beschäftigen sich damit. Und es gibt Aktivitäten vor Ort. Es gibt Konzepte, lokale Bündnisse. Es gibt Vernetzungen. Es gibt in manchen Kreisen Jugendhilfeplaner, die Familienbildung nach vorne gebracht haben. In anderen Kreisen gibt es einen Verein, eine Volkshochschule, ein Familienzentrum oder ein Haus der Familie und vieles mehr. Wir haben es in die Hand genommen. An der einen Stelle ist es die AWO, an der anderen Stelle ist es die Diakonie, Caritas oder das DRK. Und zunehmend laufen die Aktivitäten in der Jugend-

hilfeplanung zusammen. In den zwei, drei Jahren hat sich viel entwickelt. Das Zweite, und jetzt kommt das „Aber“: Ich finde wir sind Wissensriesen aber Realisierungszwerge. Wir wissen alles, was Familien brauchen. Wir haben Kenntnisse über Konzepte, über alles was das Land, die Kommune, die Jugendhilfeplanung zu tun hätte. Ich würde mir wünschen und ich möchte auch gerne damit beginnen, nun unser Wissen in praktisches Handeln umzusetzen. Sie, Herr Rudolph, haben das als Jugendamtsleiter getan. Sie haben in Ihrem Kreis mit anderen zusammen und mit dem Jugendhilfeausschuss einfach angefangen.

Ich möchte auch sagen, was ich dafür tue. Ich als Fortbildnerin sehe zu, dass das Thema an die Fachkräfte heran kommt. Ich bedanke mich sehr, dass hier eben betont wurde: Familienbildung darf nicht permanent mit Arbeit mit Familien, mit Kooperation mit Familien usw. verwechselt werden. Es ist auch wichtig, zu betonen: Kita hat einen anderen Auftrag. Kita hat nicht den Auftrag, Familienbildung durchzuführen. Erzieherinnen haben den Auftrag Eltern in ihrer Erziehungstätigkeit zu begleiten, mit Eltern zusammen zu arbeiten usw.. Familienbildung ist ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag (der natürlich im Haus einer Kita gut realisiert werden kann, denn dort hinzugehen hat nicht die hohen Hemmschwellen für manche Eltern wie eine Beratungsstelle, ein Jugendamt oder eine Volkshochschule) Dafür setze ich mich auch in meiner ehrenamtlichen Arbeit ein.

Als Fortbildnerin unterstützen wir im SPFW die Konzeption ansprechender Fortbildungsangebote. Wir qualifizieren. Wir bilden Multiplikatoren aus. Es wird immer gefragt: Was macht das Land? Das Land regt an, fördert Projekte. So wird mit sehr viel Geld die Ausbildung von Familienbildnern gefördert. Denn ich bin schon der Meinung, dass man eine gute Qualifizierung braucht, um wirklich eine Familienbildnerin zu sein und mit Familien in diesen schwierigen Übergangsphasen, Krisensituationen usw. zu arbeiten. Sehen wir uns an, was es in der Fachhochschule, was es im Land an Projekten gegeben hat.

Und ich finde es nicht einmal schlimm, dass Familienbildung in dieser Zwitterstellung zwischen Sozial- und Jugendministe-

rium angesiedelt ist. Bisher habe ich auch so bejammert, dass hier die Zuständigkeit so unklar ist. Aber wenn nur ein Ministerium zuständig wäre, hätte es ein Projekt gegeben. So haben wir nun verschiedene Projekte von verschiedenen Seiten gehabt, die ziemlich clever immer weniger konkurrenz, zunehmend kooperativ miteinander arbeiten. Z.B. hat sich ein Netzwerk Familienbildung mit einer Sprechergruppe gegründet. Darin arbeiten Leute mit, die sowohl von dem einen als auch von dem anderen Ministerium gefördert wurden. Das ist ganz klasse. Und die freien Träger im Land beginnen allmählich, ihre eigenen Konzepte zu entwickeln. **Fazit: Die Familienbildung in Brandenburg ist auf dem Weg!!**

Letzter Gedanke: Die Umsetzung des § 16 KJHG muss in der Jugendhilfe- und Sozialplanung unbedingt einen breiteren Raum einnehmen. Und Jugendhilfe ist m.E. in der Verantwortung, kommunikative Prozesse einzuleiten. Ich bin dankbar, wenn hier gesagt wird, die Träger und die Teilnehmenden müssen nicht unbedingt alles selber bezahlen. Z.B. die Geburtsvorbereitung bezahlt die Krankenkasse; allerdings komischerweise nur für die Mütter, nicht für die Väter. Auch darüber könnte man diskutieren. Oder die Volkshochschule: Wo gibt es denn tolle Volkshochschulprogramme, wo die Eltern gern hingehen würden?

Meine letzte Frage: Wir Fachleute wissen, was Eltern und Familien brauchen. Leider scheinen die Eltern genau dieses oft gar nicht zu wollen. Wie steht es mit der Einbeziehung der Eltern in die Planung und Konzeptentwicklung? Wo gibt es da erste Erfahrungen? Sie, Herr Rudolph, haben etwas ganz Cleveres gemacht: In Ihrem Landkreis gab es eine Elternumfrage und ich bin gespannt auf das Ergebnis. Wie erreicht man es, dass nicht nur wir sagen: macht doch etwas, sondern dass Eltern sagen, was hilfreiche und lebensnahe Projekte in ihrer Kommune sein könnten. Und noch ein ganz provokanter Satz: Früher musste man keinen Autoführerschein machen. Erst als es viele Autos gab, musste man das tun. Das ist bei anderen Dingen ähnlich. Früher konnte man seinen Beruf einfach bei Papa mit lernen. Erst später

gab es irgendwelche Prüfungen. „Woher wissen wir, dass in 10 Jahren nicht alle, die Kinder kriegen, den Elternführerschein machen müssen?“ Unser Minister hat das vor einiger Zeit angeregt. Vielleicht wäre es auch klug, dass alle Schüler in der Schule, bevor sie eine Familie gründen, das Fach Familienbildung belegen und dass, wenn junge Paare Kinder bekommen, sie auch ganz selbstverständlich in eine Elternbildungseinrichtung gehen.

Alles zusammengefasst: Mir wäre es wichtiger, ein Ziel miteinander auszumachen, auf das wir hinarbeiten, als immer den Blick nach oben zu richten: Wann endlich geben die uns eine Ausführungsverordnung? In meinen Augen liegen Jugendhilfeplanung und Vernetzung in regionaler Verantwortung. In der Region muss eindeutig geklärt werden: wer hat hier das Heft in der Hand? Wer leitet? Wer führt die Leute zusammen? Wer macht hier was, und was brauchen die Leute? Im Konzept der Sozialorientierung ist dies auch der Ansatz, der in einigen Kommunen in Brandenburg in nächster Zeit gefahren wird.

Lena Neuburger - Mir ist auch ein bisschen mulmig, wenn so schnell alles auf die Tageseinrichtung für Kinder zuläuft. Mir kommt es vor wie die zarteste Versuchung: denen kann man es schon beibringen. Die machen es schon irgendwie. Die können sich auch gar nicht so richtig dagegen wehren. - Man sollte systematisch erst einmal beginnen, die vielfältigen Varianten von Familienbildung ganz technisch in einem sinnvollen Organigramm der Aufgabenstellungen, Interessen- und Zielgruppen zu sortieren. Familienbildung fängt mit lockeren Gelegenheiten der Kommunikation zwischen jungen Eltern mit kleinen Kindern an, mit Spielkreisen bis hin zu Elternkursen, zu Schulungen, zu Fortbildungen in Richtung auf Erziehungsberatung, Konfliktbearbeitung usw. Familienbildung müsste durchaus auch schon ganz früh anfangen bei Jugendlichen, die noch gar nicht Mutter und Vater sind. Es wird sich lohnen, auch schon in der Schule in aufklärerischer und informativer Weise vorbereitend Erziehungskompetenz in die Wege zu leiten. Ob das unbedingt als Schulfach sein muss, da würde ich eher abraten. Ich würde gern darüber nachdenken, ob man nicht auch

andere etablierte Bildungs- und Erziehungseinrichtungen mit anspricht, z.B. die Grundschule. Bei den zurückgehenden Schülerzahlen und nicht ausgelasteten Gebäuden könnte man in einer Grundschule eine Abteilung, eine Familienbildungsorganisation als Anlaufstelle unterbringen. In der Regel werden die kleinen Kinder in der ersten und zweiten Klasse von den Eltern in die Schule gebracht. Dadurch wird der Zugang zu Angeboten für Familienbildung erleichtert. Und: Warum sollte man nicht gezielt vorbereitende Elternkurse für Berufsschüler anbieten? Mir geht es zu schnell mit dem rettenden Blick nach außen: Wir haben im Ausland all die Early Excellence Centres und das funktioniert, und das läuft immer alles gut. Und da nennen wir die Kitas eben Häuser für Kinder oder Häuser für Familien und Häuser für Alle oder Multikulturelle Zentren. Die Überlegungen laufen immer sehr schnell in diese eine Richtung. Ich bin skeptisch, ob wir damit die Erzieherinnen, die für etwas ganz anderes ausgebildet sind, nicht völlig überfordern und vor den Kopf stoßen. Wir provozieren bei ihnen die Reaktion: Was erwartet ihr von uns eigentlich noch alles - bei der immer gleich bleibenden Bezahlung, bei den immer gleich bleibenden Konditionen? - Was sollen wir denn noch alles tun?

Corinna Cleve-Naumann - Zwischenfrage: Wie kommt es, dass Sie auf der einen Seite sagen: „Wir brauchen eigentlich noch einmal ganz andere Fakten und Untersuchungen, um die Bedarfe zu ermitteln und festzustellen: Wo muss Familienbildung angeboten werden, und Frau Dr. Drehmel sagt: Das steht schon alles im Internet.

Dr. Gabriele Drehmel - Im Prinzip. Aber wie es vor Ort in Senftenberg umgesetzt werden kann, das steht natürlich nicht drin. Senftenberg muss selbst sehen: Wie kann dieses tolle Konzept in dieser Breite mit den wenigen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, und den Leuten hier umgesetzt werden? Das scheint tatsächlich die Schwierigkeit zu sein.

Genau. Und da hilft dann keine Landesverordnung, die sagt, dass in Tageseinrich-

tungen für Kinder Familienbildung stattfinden soll. Wieso dort? Oder wieso nicht?

Diese Frage ähnelt der Elternbefragung, von der eben die Rede war. Das Jugendamt holt sich eine Begleitung, die es bei der Umsetzung unterstützt. Da hilft der Jugendhilfeausschuss, der darüber berät, und das Netzwerk, das dann wahrscheinlich gebildet wird. Das scheint mir die einzige Möglichkeit zu sein, vor Ort eine Übersicht und eine Entscheidung darüber zu finden, wer, wie, wo, was und mit welchen Mitteln in Gang bringen kann. Es wird niemand von außen oder „oben“ kommen und diese Aufgabe erledigen.

Dr. Sabine Hebenstreit-Müller - Frau Drehmel hat sehr anschaulich geschildert, dass es ganz verschiedene Orte für Familienbildung geben muss, und dass wir durch Kooperation weiter kommen. Es gibt eigentlich nichts Dümmeres in der aktuellen Diskussion, als wenn man über Öffnung der Kita für Familienbildungsangebote spricht und sagt: Nun soll Familienbildung nur noch dort stattfinden. Das ist völlig absurd. Es geht darum, neue Formen der Zusammenarbeit zu finden. Wie ist die Situation in Kitas konkret? Das wird nicht nur in Berlin so sein sondern in vielen anderen Ländern auch. Wir haben rückgehende Kinderzahlen und damit auch Gruppen, die geschlossen werden, und Räume die frei werden - positiv gesagt. Wenn wir sehen, dass Kindertagesstätten positiv Orte für Familienbildung sein können, dann stellt sich doch die Frage einer Kindertagesstätte: Macht es nicht Sinn, mit Familienbildungsstätten zu kooperieren? Wir sind z.B. auf eine Familienbildungsstätte zugegangen und die führt nun Angebote unserer Kita durch. Hebammen machen Angebote in unserer Kita, und wir verweisen umgekehrt die Eltern der Kindertagesstätte auf die Angebote des Hauses der Familie. Auf die Weise können sich ganz andere und dichtere Netzwerke für Familien vor Ort entwickeln, ohne dass der eine in die Kompetenzen des anderen hinein pfuscht. Keine von unseren Kindergärtnerinnen käme auf die Idee, nun die Hebamme zu spielen, nur weil wir in einem Raum der Kindertagesstätte Kurse für schwangere Mütter anbieten. An diesen Stellen zeigt

sich, dass vieles auch neu möglich ist, und vieles in der Richtung auch perspektivisch überdacht und neu überlegt werden kann. Ich halte es für entscheidend, dass alle Kitas, die so einen Weg gehen wollen, auch weil sie als Kita weiter existieren wollen, zunächst einmal schauen: Welche Angebote von Familienbildung existieren denn in meinem Stadtteil? Bevor sie im Alleingang aktiv werden und Familienbildungsangebote durchführen, sollen die Angebote bei uns gebündelt werden. Alles andere führt nur zu einer unseligen Konkurrenzsituation. Die Grenzen zwischen eigentlicher Zuständigkeit einer Erzieherin und dem Auftrag anderer Bereiche würden völlig verwischt werden. Im Sinne der Familie soll es zu neuen Kooperationen kommen. Ich halte das für etwas Positives in der aktuellen Situation und etwas, was auch für Familienbildungsstätten attraktiv ist. Sie gewinnen neue Adressaten, indem sie neue Orte für ihre Angebote finden.

Wir müssen Familienbildung in der Vielfalt verstehen. Familienbildung kann an vielen Orten passieren, auch in der Schule. Mit diesem Bewusstsein gilt es auch politisch Einfluss zu nehmen in den Bezirken, in den Stadträten. Um dieses Bewusstsein zu entwickeln, brauchen wir Leute und brauchen wir Koordinatoren. Da brauchen wir in der Tat Menschen, die dieses Feld in Stadtteilen organisieren und dafür sorgen, dass das Netzwerk stimmt und dass auch entsprechende Kooperationsbezüge mit unterschiedlichsten Einrichtungen hergestellt werden. Wenn es die Spinne im Netz nicht gibt, dann gibt es kein Netz.

Wolfgang Hötzel - Ich werde etwas ungeduldig. Im Augenblick wird sehr stark gegen eine Position argumentiert, die hier nicht vertreten wird. Das finde ich sehr erstaunlich. Niemand hier hat gesagt, Familienbildung muss jetzt ganz über Kindertagesstätten laufen. Aber klar ist, dass die Kindertagesstätte in einer privilegierten Situation ist. Sie existiert nämlich in jedem Ort, in jedem Stadtteil. Es ist eine Ressource, die wir nutzen müssen, und es gibt Entwicklungsmöglichkeiten. Wenn Kindertagesstätten weiter existieren wollen, müssen sie sich verändern. Das kann aber natürlich nicht bei den derzeitigen Gebühren

geschehen. Selbstverständlich muss die Professionalisierung verändert werden, damit auf ein erweitertes Aufgabenprofil einer Kindertagesstätte nicht die traditionelle Erzieherin, sondern eine veränderte Kindertagesstätte mit einer entsprechenden personellen Ausstattung reagieren kann. Das ist das politische Programm. Das ist eine Aufgabe, die kann der Kindergarten aus sich heraus nicht leisten. Daran muss Politik sich beteiligen. Aber wir müssen die Idee propagieren - statt aus der Sorge, dass Erzieherinnen überfordert werden könnten, zu sagen, es soll nach Möglichkeit alles bleiben, wie es ist.

Zweitens: Es ist sehr deutlich geworden, dass die große Chance für Familienbildung darin liegt, die vorhandenen Ressourcen zu nutzen. Kindertagesstätte ist eine, Schule eine andere, öffentlicher Gesundheitsdienst, Erwachsenenbildung und vieles andere. Die entscheidende Frage ist: Wer organisiert das? Wer sorgt, dass diese vielen Ressourcen geschöpft werden und als Familienbildungsangebot auch in Erscheinung treten und auch politisch und in der Öffentlichkeitsarbeit ernst genommen werden? Da gehe ich wieder zurück auf die Jugendhilfe. Es kann eigentlich nicht sein, dass wir bei dieser Analyse stehen bleiben: Die Jugendhilfe hat keinen Kontrolleur. Die Jugendhilfe hat einen Jugendhilfeausschuss. Es gibt keine Behörde, die in einer solchen einmaligen Verfassung ist, dass sie nicht nur aus Verwaltung besteht, sondern aus einer politischen Instanz, in der alle jugendhilfe-relevanten Kräfte vor Ort eingebunden sind. Dass die Jugendhilfeausschüsse oft versagen und nicht ihren Aufgaben Rechnung tragen, ist ein Dilemma. Die Struktur ist aber da. Daran, dass sie genutzt wird, müssen wir arbeiten. Ich lege großen Wert darauf, dass wir gerade in der Jugendhilfe durch die Zweigliedrigkeit auch organisatorisch etwas haben, was in der Lage ist, genau diese Entwicklung entscheidend zu unterstützen. Solange wir diese Ordnung haben und sie nicht abgeschafft wird, sollten wir sie nutzen.

Ich bin froh, dass Sie dazu beigetragen haben, Frau Drehmel, dass wir nicht in ein so düsteres Bild verfallen. Aber ich sehe auch ein Problem darin, dass man sagt: da läuft das und das. Dann sagen die Politiker: das

ist ja toll, was da alles läuft in der Familienbildung, und dann sind sie alle zufrieden. Wir haben in der Familienbildung ein strukturelles Problem. Wir können nicht so, wie Sie es angedeutet haben, darauf verzichten, dass wir die Rahmenbedingungen auch systematisch unter die Lupe nehmen. Wir können uns nicht darauf verlassen und sagen: es ist ja gut, dass die Familienbildungszuständigkeit auf zwei Ressorts vermischt ist. Dann engagieren sich Mehrere. Das kann im Moment gut gehen. Aber Übermorgen kümmert sich dann niemand mehr darum. Das ist ja das Problem. Ich lege Wert darauf, dass man schaut, dass die Dinge ihren systematischen Platz bekommen.

Bodo Rudolph - Ich möchte etwas zur Selbstspiegelung sagen. In unserem Landkreis war es auch aus der Sicht der Behörde Jugendamt sehr hilfreich, dass wir Projekte zur Familienbildung durchgeführt haben. Es wurde das Projekt der Fachhochschule Potsdam erwähnt. Und jetzt ist das Projekt Mobile Elternschule abgeschlossen. Die Projekte bringen ein Praxisbild ins Amt und produzieren eine Verpflichtung, sich diesem Thema gewissenhafter zu zuwenden. Dafür bin ich sehr dankbar. Das damalige Projekt mit der Fachhochschule sollte über die Hebammen einsteigen. Obwohl das Land Brandenburg es dann anders wollte, haben wir das Projekt erfolgreich durchgeführt. Wir hatten das Glück, dass im letzten Jahr die Mobile Elternschule in unserem Landkreis war, wofür ich sehr dankbar bin. Wir haben uns als Amt entschieden, im Dezember 2002 mit dem Planungsprozess zu beginnen. In diesem Jahr haben wir eine Elternbefragung durchgeführt. 1.000 Fragebögen wurden verteilt. Die Auswertungen erwarten wir noch in diesem Jahr. Wir sind sehr gespannt darauf. Wir bekommen damit Kenntnis über den Blick von Familien auf den Bildungsbedarf aber auch über deren Grenzen und Möglichkeiten. Wir erfahren, wie weit Familien bereit sind, selbst beizutragen. Sicherlich, jede Sozialinstitution kann selbst Aktivitäten im Bereich der Familienbildung unternehmen. Man kann sich selbst vernetzen. Man kann sich Partner suchen. Dennoch bleibt das Jugendamt eine zentrale Steuerungseinheit. Wenn keine Jugendhil-

feplanung vorliegt, ist die Gefahr, dass im Rahmen der Haushaltskonsolidierung die wenigen Mittel, die seit Jahren für Familienbildung gepflegt werden, schnell wieder verschwinden. Wenn man - wie bei uns - mit Beteiligung des Jugendhilfeausschusses ein breites Netzwerk auf die Füße gestellt hat, wenn ein Planungsprozess mit vielen Beteiligten gelaufen ist, hat die Sache einen viel höheren Stellenwert. Man kann so alles besser in die Zukunft transportieren und um Ressourcen kämpfen. Diese Verantwortung haben Jugendämter, und wenn sie sie wahrnehmen, würde die Familienbildung insgesamt und in sich gestärkt werden.

Bernhard Eibeck - Herr Hötzel, ich glaube, man muss Ihren Vortrag auch sprachlich und politisch auseinander nehmen. Tageseinrichtungen für Kinder als Orte oder als Ressourcen der Familienbildung? Als Orte sind sie ohne Zweifel geeignet. Schon alleine dadurch, dass sie, zumindest bei den 5-jährigen von 95 % der Kinder genutzt werden. Das liegt auf der Hand. Von der pädagogischen Konzeption her ist der Kontakt zu Eltern in den Erziehungsprozessen gegeben. Kita's sind geeignete Orte. Nun ist die Frage: Haben sie auch Ressourcen dazu, diese Aufgabe zu übernehmen sozusagen aus dem eigenen Bestand? Oder welche Art von Ressource muss man ihnen hinzu geben, entweder in das Haus hinein oder durch Vernetzung? Vernetzung setzt aber voraus, dass an anderer Stelle schon Ressourcen in ausreichendem Maße vorhanden sind, die man dann nur noch in Kontakt bringen muss. Das sehe noch nicht. Da bin ich skeptisch. Wenn Herr Pettinger sagt, 0,3 % des Jugendhilfebudgets geht in die Familienbildung, 10 % in die Professionalisierung, dann spricht das nicht dafür, dass die Familienbildung so ausgestattet ist, dass man die Ressourcen nur noch konzeptionell zusammenführen muss. Vielleicht muss man sie nur noch zielgruppenspezifisch anreichern und genauer strukturieren und dann sind wir schon auf der Höhe der Zeit - das kann ich mir noch nicht so recht vorstellen. Wenn ich mir in den letzten Tagen die Presseverlautbarungen der kommunalen Spitzenverbände anschau in der Frage: Nutzen sie diese omniösen 1,5 Milliarden für den Ausbau der

Betreuung für unter 3-Jährige? Was die da für einen Aufstand machen, und auch eine Power haben. Da muss man, Herr Pettinger, um im Bild zu bleiben, die Jacke ausziehen und auch mal in den Kampf marschieren. Da müssen wir uns alle noch ein bisschen fester zusammenschließen.

Wolfgang Hötzel - Nur als Beispiel, damit das nicht missverstanden wird. Es geht nicht darum, eine monogame Beziehung zwischen Kindertagesstätten und Familienbildungsstätten herzustellen. Die Kooperationsmöglichkeiten sind ja sehr vielfältig. Wenn wir mal bei dem Begriff Ressourcen bleiben, dann kann sich eine intensive Kooperation zwischen Kindertagesstätte und Gesundheitsamt mit der Familienbildungsstätte zusammen entwickeln, oder mit der Verbraucherzentrale oder den Erziehungsgeldstellen, mit vielen Sozialbehörden, die viele Erfahrungen haben. Alle haben eine wesentliche Kompetenz, die sie in die präventive Bildungsarbeit einbringen könnten. Sie zu nutzen und zu organisieren, ist der entscheidende Punkt.

Dr. Rudolf Pettinger - Ich will jetzt nicht noch einmal auf die Kindertagesstätten eingehen. Zwei zentrale Probleme machen noch einmal die ganze Bandbreite der Familienbildung klar. Das eine Problem ist die Frage des Zugangs, und das andere Problem ist die Erreichbarkeit der Eltern. Ich fange mit dem Letzteren an: Es gibt so etwas wie Schwellen, die Eltern nicht in Einrichtungen kommen lassen, so gut die Veranstaltungen angekündigt sind, so nett die Räume sind oder auch die Geselligkeit. Wir haben uns beim DJI sehr oft mit Modellprojekten herumgeschlagen, wo es um diese Frage geht. Uns ist nichts anderes eingefallen, als in eine Gehstruktur zu gehen. Wir tun das im Zusammenhang mit Frühförderprogrammen, wo es um benachteiligte Familien und Sozialkrisen geht. Wir gehen in die Familien. Zum Teil holen wir die Eltern ab, weil sie alleine nicht zu den Treffen kommen. Nur wenn man sie abholt, dann gehen sie mit. Man muss sich da ganz andere Wege vorstellen, als nur an ihre Erziehungsverantwortung zu appellieren. Der zweite Aspekt von Erreichbarkeit hat mit Regionalität zu tun. Wir verwenden häufig Familienbildung synonym mit Fami-

lienbildungsstätte. Das ist eine ganz falsche Vorstellung oder eine Eingrenzung der Familienbildung. In München, also im städtischen Bereich, meinen wir, dass Familienbildungsstätten das Adäquate sind. Das stimmt in gewisser Weise. Aber wir müssen auch im städtischen Bereich bei guter Verkehrsinfrastruktur zur Kenntnis nehmen, dass die Teilnehmer von Familienbildungsveranstaltungen, bei denen Kinder beteiligt sind, immer nur fußläufig weit angenommen werden. Das heißt also: der Radius einer Familienbildungsstätte ist für die Angebote mit Kindern nicht größer als 3 km. So viele Familienbildungsstätten kann man auch in Städten nicht aufbauen, dass das abdeckt werden könnte. Da muss es noch etwas anderes geben. Sich über diese Fragen klar zu werden, ist für die Jugendhilfeplanung notwendig. Das ist die Voraussetzung, um über den Standort von Einrichtungen entscheiden zu können, über die Art von Angeboten in bestimmten Bereich und natürlich über die Finanzierung.

Dr. Gabriele Drehmel - Vielleicht als Resümee für mich.

Es gibt zwei Zugänge, über die wir diskutieren. Zum Einen: Herr Brückers sagte: die Bildungsstätten waren Keimzellen für gemeinwesenorientierte Arbeit und die Länder haben deswegen und auch aus anderen Gründen die Familienbildungsstätten gefördert.

Ich denke, das Konzept reicht heute nicht mehr aus! Das Land müsste stärker Gemeinwesenorientierung, Sozialwesenorientierung fordern, und der Sozialraum ist die Stätte, die ganz schnell erkennen wird, wie viel und welche Familienbildung gebraucht wird. Ein sozialer Träger, der seinen Sozialraum kennt, der weiß was dort nötig ist und auch wie viel Familienbildung und wo sie stattfinden soll. Manche Familien mögen Angebote da, wo sie sind. Manche mögen sie gerade dort nicht, wo sie jeden Tag sind. Das wissen wir von außen doch gar nicht. Das ist das Eine, das finde ich ganz wichtig. Das Zweite: Es muss ganz konkrete Menschen geben, die das Ziel haben, Familienbildung konzeptionell aufzubauen. Hier sitzen viele, die ich kenne. Sie haben Familienbildung in ihren Regionen vorwärts gebracht. Sie können das be-

reits oder und werden auch qualifiziert. Familienbildung ist also auch ein Beruf oder besser: eine Berufung.

Soweit zu den Fachkräften. Ich denke, die sind nicht das derzeitige Hauptproblem. Das liegt eher in der Frage: Wie wird der ganze Prozess gesteuert? Wer und wie steuert die Entwicklung und Umsetzung von Familienbildung? Auch wer steuert wie im Land? Wie steuert man denn im Land? Nur auf zwei Wegen meines Erachtens: Durch Fortbildung der Fachkräfte und durch Geld und Anregungen bestimmter Projekte. Und das ist auf der Ebene der Landesregierung m.E. noch deutlicher zu klären: Wofür geben wir denn eigentlich die Knete aus? Wo wollen wir denn eigentlich hin? Was wollen wir denn erreichen?

Da ist noch einiges im Unklaren. Herr Hötzel, Sie haben mich zum Grübeln gebracht, als Sie sagten: Wer kontrolliert den öffentlichen Träger? Sie sagten: „Der Jugendhilfeausschuss“. Ich weiß, Sie arbeiten sehr viel mit dem Jugendhilfeausschuss zusammen. Wer kontrolliert den Jugendhilfeausschuss? Der Dezernent. Was weiß denn der Dezernent von Familienbildung oder von der Umsetzung des KJHG? Es gibt inzwischen auch in Brandenburg Ideen, das Ministerium sollte kontrollieren und die Fachaufsicht übernehmen. Das finde ich nicht sehr sinnvoll, aber auch vielleicht die Idee, Qualitätsagenturen einzusetzen, die tatsächlich auch mal die Umsetzung des KJHG oder selbst erarbeiteter Leitlinien nachprüfen oder sogar und den öffentlichen Träger zertifizieren: Haben die öffentlichen Träger denn ihren Auftrag umgesetzt und in welcher Qualität? Es sollte vielleicht mal evaluiert werden: Was für Bedarfe wurden denn bisher umgesetzt. Haben sie denn tatsächlich die/alle Paragraphen des Gesetzes ausreichend berücksichtigt? Das find' ich sehr spannend. Jeder freie Träger muss sich Qualitätsprozessen unterziehen, der öffentliche Träger nicht. Und wenn doch, dann läuft das freiwillig.

Ich würde die Einrichtung von Qualitätsagenturen im Land sehr begrüßen, die öffentliche und freie Träger der Jugendhilfe in Qualitätsentwicklungsprozessen begleiten, Unterschiede evaluieren und Best-Practice zertifizieren, würdigen und publizieren.

Einen letzten Gedanken möchte ich gerne noch aussprechen: Ich habe heute etwas ganz Besonderes gelernt. „Pflicht oder Kür“? Ich fand diesen Titel erst doof. Denn - so war mein erster Gedanke - es ist doch logisch: es ist doch Pflicht, und eigentlich sollte das Land gefälligst Familienbildung verordnen. Jetzt denke ich, Familienbildung hat viel mit dem Begriff „Kür“ zu tun. Herr Hötzel hat die beiden Begriffe heute Morgen aus der Sprache der Sportwettbewerbe auf die Umsetzung von Familienbildung übertragen. Bestimmte Aspekte sind in einer Kür verpflichtend, aber das Besondere wird von den Akteuren selbst erarbeitet und am Ende wird die Leistung auch noch bewertet. Und jetzt denke ich, wäre doch Familienbildung im Lande tatsächlich Kür. Aber in diesem sportlichen Sinne, nicht im Sinne der freien Entscheidung: Mach ich's oder mach ich's nicht? Ich finde es wunderschön, den Begriff Kür für mich neu ausgelegt zu haben, und dafür danke ich. Letzter Satz und eine Art Appell an die (fach-) politisch Verantwortlichen im Land wie auch und vor allem in den Kommunen: OHNE MOOS nix los! Qualität entwickeln und Ressourcen aufdecken braucht auch den Einsatz von Ressourcen. Von Familienfreundlichkeit und Prävention reden ist das eine, Mittel dafür frei zu setzen der andere, sicher der z.Z. schwierigere Teil.

Lena Neuburger - Ich finde es eine schöne Entwicklung der Begriffe; denn mir ging es bei der Vorbereitung auf die Tagung ähnlich. Und Kür macht einfach auch mehr Spaß als Pflicht. Es gibt viele Menschen in dieser Republik, die das Thema Familienbildung anpacken. Und wenn wir uns mit der Kür beschäftigen, kommen wir vielleicht auch mit der Pflicht weiter.

Dr. Sabine Hebenstreit-Müller - Verpflichten würde ich gerne die Gewährleistungsträger, im rechtlichen Rahmen Geld bereit zu stellen. Das ist schon ein entscheidender Punkt. Es kann nicht Sinn der Sache sein, dass der sich auch darauf verlässt, dass es genug aktive Menschen gibt, die schon was machen werden. Und wo es keine Ressourcen gibt, werden sie Ehrenamtliche finden - Wir müssen klären: an wen richten wir welche Ansprüche und Anforderungen. Es muss uns allen sehr daran

liegen, auf der einen Seite sicher zu stellen, dass das Geld bereitgestellt wird, und das auf der anderen Seite die Bedingungen so sind, dass sich tatsächlich etwas nach vorn entwickeln kann. Der Rahmen muss so weit gesteckt sein, dass es wirklich Vielfalt zulässt, und dass unterschiedlichste Orte und verschiedene Formen der Kooperation integriert werden.

Wolfgang Hötzel - Ich würde mir natürlich auch wünschen, dass es ein Gesetz gäbe, das knallhart festlegt, wie viel Geld für Familienbildung auszugeben ist. Aber das ist und bleibt ein Traum. Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass die Umsetzung von Familienbildung viel mit Jugendhilfe und Jugendhilfeverantwortung zu tun hat. Und das ist kommunale Selbstverwaltung. Das ist auch eine Antwort auf Ihre Frage: Wer kontrolliert die kommunale Selbstverwaltung? Sicherlich nicht das Land in dem Sinne, wie Frau Drehmel es eben beschrieben hat. Das wird leider nicht gehen. Es muss anders funktionieren. Ich appelliere an eine weitere Instanz und eine neue Verlebendigung des Jugendhilfeausschuss.

Noch ein Hinweis: Wir haben jetzt sehr stark Familienbildung bezogen auf die Kinderfamilie gesehen. Familienbildung ist mehr. Sie geht durch alle Phasen des Lebens und hat immer mehr zu tun mit dem Thema „Familie und Pflege“. Vorher tut sich das Problem der Vereinbarkeit „Familie und Beruf“ auf und vieles mehr. Familienbildung braucht den umfassenden generationsübergreifenden Blick. Herr Pettinger hat gesagt: Familien sind in ständiger Umbauarbeit begriffen. Immerzu müssen sie wieder in eine neue Situation. Dieses Umbauen erfordert persönliche Qualitäten, die entsprechend durch Bildung gefördert werden sollen. Also: den Blick öffnen in andere Familienkontexte und auch strategisch Denken. Derzeit erfährt die Gesundheitsförderung eine neue politische Bewertung. Sie ist vor 10 Jahren mit Macht klein gemacht worden. Jetzt wird sie aufgebaut. Es gibt demnächst ein Präventionsgesetz, und ich glaube bei aller Skepsis, dass es dem Thema Familie, Familienbildung und Gesundheit unter Berücksichtigung des Präventionsbegriffes, der sehr weit gefasst ist, dass das Gesetz der Familienbildung eine

Chance gibt, den Fuß wieder in diese Tür zu kriegen. Auch da gibt es Geld.

Bernhard Eibeck - Es gibt noch etwas, das wird jetzt aus dem europäischen Raum immer stärker aufgegriffen. Die EU-Kommission hat außerhalb von Geld geben und Subventionen verteilen, wenig direkte Möglichkeiten, Qualitäten zu fördern. Dort wird mit Weißbüchern gearbeitet, also über Best-Practice-Bewertungen. Es wird gesucht und gezeigt, wo es gute Beispiele gibt. Und es wird darauf aufmerksam gemacht: Leute schaut euch an, in diesem oder jenem Land läuft es so oder so. Das signalisiert den qualitativen Entwicklungsstand, und daraus leitet sich die Frage ab: „Wo stehen wir selbst?“ Es gilt, eine Wettbewerbssituation unter Qualitätsgesichtspunkten zu schaffen.

Zum Thema Pflicht und Kür: Vielleicht wäre es für die Arbeiterwohlfahrt mal eine interessante Sache, jedes Jahr die Kommune, die die Pflichtaufgabe Familienbildung am besten anpackt, zu küren als Familienbildner des Jahres.

Bodo Rudolph - Ich finde die Kür auch besser. Es macht mehr Spaß und die Motivationslage ist einfach eine andere. Man arbeitet nicht unter Druck, und daher ist die Erfolgsprognose eine höhere. Ich denke grundsätzlich, die Diskussion über soziale Sicherungssysteme in Deutschland ist richtig und wichtig. Aber ich frage: Rauben wir unseren Menschen durch die bisherige soziale Sicherung nicht auch ihre Kreativität und ihre Aktivität? Sind da nicht auch ein paar Dinge anders anzusetzen? Aber - damit möchte ich jetzt keine neue Diskussion anzetteln.

Dr. Gabriele Drehmel - Ich hätte zum Schluss noch einen Wunsch an die AWO im Land Brandenburg. Die Familienbildungsmesse, die in 2002 zum ersten Mal stattfand, und dann leider nicht fortgeführt wurde, war ein phantastischer Beginn. Auch unser Bildungsminister hat sich damals dort engagiert. Es würde mich sehr freuen, wenn diese Möglichkeit wieder aufgegriffen würde: Eine Veranstaltung durchzuführen, wo die verschiedenen Träger wieder zusammen kommen, und wo sich

Leute von Wirtschaft bis Gesundheitswesen beteiligen, auch im Sinne eines Best-Practice-Marktes. Ich würde mich sehr freuen, wenn das wieder aufleben und vielleicht zu einem jährlich wiederkehrenden Ereignis würde.

Corinna Cleve-Naumann - Wir sind jetzt bei einem Punkt, den wir heute noch wenig berücksichtigt haben: Wo kommen die Gelder her und welche Mittel sind nötig? Mit welchen Mitteln können wir Familienbildung umsetzen? - Das Bild vom Traktor fand ich ganz treffend. Mein Bild ist nach dem Gespräch heute: Es gibt den Traktor, und es gibt viele Menschen drum herum, die diesen Traktor anschieben wollen. Manche sind schon ein bisschen näher dran, manche weiter entfernt. Aber alle wollen das Gleiche. Die Frage ist: Was fehlt, damit möglichst alle hingehen und schieben?

Ilsa Diller-Murschall - Die Veranstaltung war interessant und voll. Wir möchten an dieser Stelle einen Abschluss machen. Alle, die noch spezielle Fragen haben, können uns gern noch einmal ansprechen. Es war eine sehr, sehr dichte Veranstaltung mit unterschiedlichen Aspekten, Fragestellungen und Inhalten.

Es hat eine Fülle von Anregungen gegeben über praktisches Handeln, auch über politische Strategien. Es sind natürlich auch viele Fragen offen geblieben, und manches bleibt ungeklärt. Es ist aber auch schon hilfreich, wenn man weiß, welche Fragen man stellen muss.

Ich hoffe, dass Sie alle etwas für Ihre Praxis und für Ihre eigene Situation mitnehmen können.

Ich wünsche mir sehr, dass Sie die Erfahrungen, die sie heute hier gemacht haben, und auch die Erfahrungen, die wir Ihnen aus der 44-jährigen Geschichte der Mobilen Elternschule präsentiert haben, weitertragen können und selbst davon profitieren. Ergreifen Sie selbst Initiative in dieser Richtung im Interesse unserer Kinder und Jugendlichen.

Ich möchte zum Schluss allen Akteuren ganz herzlich danken, denen, die wir jetzt hier sitzen und denen, die nicht mehr hier sind. Ganz herzlichen Dank unserer Moderatorin, die ganz kurzfristig eingesprungen ist und sehr hilfreich für uns war. Ich möchte auch den Teilnehmerinnen und Teilnehmern danken für ihre Geduld, die Sie den ganzen Tag hatten. Wir hatten nicht beabsichtigt, dass die Experten nur untereinander diskutieren. Wir wollten eigentlich zu einem Austausch im Plenum kommen. Aber es gab einfach zu viel Fachliches zu sagen, dass es leider doch nicht geklappt hat. Ganz zum Schluss möchte ich noch Heidemarie Waninger und den Kolleginnen recht herzlich danken, die diese Tagung ermöglichten und in phantastischer Weise vorbereitet haben.

4. **Erfahrungsbericht: Mobile Elternschule der AWO - Vergangenheit und Perspektive**

Heidemarie Waninger

Die Umgebung in und vor diesem Raum, das heißt die Bilder und Texte an den Wänden und die Ausstellungstische machen aufmerksam auf „**die** Mobile Elternschule“ des AWO Bundesverbandes.

Viele von Ihnen werden dem Wort Mobile Elternschule im Einladungsflyer zu dieser Tagung zum ersten Mal begegnet sein. Andere haben die Geschicke der Wandermütterschule, später fahrbare Elternschule und schließlich der „Mobilen Elternschule“ vielleicht durch Jahrzehnte mit Interesse und Aufmerksamkeit begleitet.

Weil wir die Idee und das Konzept auch nach 44 Jahren immer noch für wirkungsvoll und effektiv, einfach für gut halten, erhält die MES im Rahmen dieser Tagung zu hoch aktuellen Fragen der Familienbildung noch einmal Raum und Anerkennung. Hoffentlich entscheiden sich immer mehr Länder und Kreise, das Konzept der mobilen Basisarbeit aufzunehmen und für die jeweils landes- und regionspezifische Aufbau- und Qualifizierungsarbeit zu nutzen.

Wenn also das Konzept sich bewährt hat und die Arbeitsergebnisse effektiv und nachhaltig sind, weshalb beendet es der AWO Bundesverband dann jetzt, nachdem es schon so lange erfolgreich läuft?

Wir hoffen, dass diese Frage am Ende dieser Stunde durch die Beiträge und Berichte aus der Praxis der Mobilen Elternschule beantwortet ist. Denn aus den Erfahrungen mit der Arbeitsweise der Mobilen Elternschule leitet sich die Entscheidung des AWO Bundesverbandes für seine künftigen Ansatzpunkte zur Unterstützung und Förderung von Familienbildung in ländlichen Regionen ab.



Wir möchten unseren Rückblick damit beginnen, Eindrücke von den Projektabläufen zu vermitteln, von denen sich der AWO Bundesverband jetzt verabschiedet. In der Gegenüberstellung von Damals und Heute wollen wir sowohl die jahrzehntelange Praxis der Mobilen Elternschule als auch die Entscheidung verdeutlichen, zu anderen Formen der Förderung von Familienbildung über zu gehen.

Um etwas von der Dynamik und der MES-eigenen Aufbruchstimmung zu vermitteln, haben wir einige konkrete Einsätze ausgewählt. Davon erzählen Ihnen derzeitige und ehemalige MES-Mitarbeiterinnen, so dass sich das Gesamtkonzept mit seiner Wirkungsweise nach und nach mosaikartig vor Ihnen aufbaut.

Mobile Elternschule - ein Familienbildungs-Aufbaukonzept mit Tradition Eine Einladung zum „Nachmachen“ und Weiterentwickeln

Wir versetzen uns zurück ins Frühjahr 2001: Die beiden Mitarbeiterinnen der Mobilen Elternschule sind derzeit im Landkreis Mainz/Bingen, Rheinland-Pfalz, im Einsatz. Im Kreisverband der AWO war ein großer Büroraum für die 10-monatige Arbeitsphase frei geräumt worden. Das Team in Mainz/Bingen konzentriert sich voll auf die Abrundung und auf die Sicherung der Nachhaltigkeit der seit Herbst 2000 aufgebauten Familienbildungs-Ansätze. Zeitgleich laufen die Planungen, Vorbereitun-

gen und vertraglichen Vereinbarungen für den Folgeinsatz auf Hochtouren. Das erledigt von der AWO Bundesgeschäftsstelle aus (in diesem Falle vom damaligen AWO Verbindungsbüro im brandenburgischen Falkensee aus) die Projektleiterin: Von 1995 bis 2002 war das die **Diplompädagogin Brigitte Winkler**.

Brigitte Winkler - Um Ihnen einen Eindruck zu vermitteln, beschreibe ich Ihnen exemplarisch am Einsatz der MES im Landkreis Holzminden 2001/2002 eine typische Einsatzvorbereitung.

Wie kommt die Mobile Elternschule (MES) zu einem Träger, der sie für einen Einsatz beantragt? Sofern sich nicht AWO-Gliederungen direkt und aktiv um einen Einsatz bemühen, weil sie die MES bereits kennen und sie für ihren Landkreis als Unterstützung anfragen, stellt der AWO-Bundesverband z.B. über das verbandliche Mitteilungsmagazin oder Fachzeitschriften, durch Rundschreiben, durch Hören-Sagen oder - wie in diesem Falle - durch persönliche Begegnungen die Kontakte her.

Im Rahmen eines Lehrgangs hatte ich über meine beruflichen Aufgaben berichtet und stieß beim Jugendamtsleiter des Landkreises Holzminden auf nachhaltiges Interesse. Das war im Mai 2000. Im Nachgang schickte ich schriftliche Informationen zum Konzept, zu den voraussichtlichen Kosten und einen Einsatzbericht aus dem Vorjahr an das Jugendamt Holzminden. Der Jugendamtsleiter bat seinerseits den örtlichen AWO-Kreisverband, den MES-Einsatz zu beantragen und vorzubereiten.

Nach mehreren Telefonaten mit dem Vorsitzenden und dem Geschäftsführer des AWO-Kreisverbandes wurde das Projekt MES für den Landkreis Holzminden im September 2000 - ein Jahr vor Beginn des Einsatzes - im Jugendhilfe- und Sportausschuss des Landkreises Holzminden vorgestellt. Das war aus taktischen Gründen (Ziel: Kooperation mit anderen Familienbildungsträgern) sinnvoll, aber auch notwendig, um eine Finanzierungsbeteiligung des Landkreises am Eigenanteil des Einsatzträgers (AWO-Kreisverband) zu erwirken.

Im Oktober 2000 stimmte der Ausschuss mit positivem Ergebnis über den Einsatz der MES ab. Damit war die Entscheidung gefallen. Die Vorbereitung vor Ort konnte beginnen.

In vielen erläuternden und klärenden Telefongesprächen und diversem Schriftwechsel zwischen AWO-Bundesverband (Projektleiterin) und AWO-Kreisverband sowie Jugendamtsleitung Holzminden wurden der künftige Büroort festgelegt, die technischen Erfordernisse abgeklärt (Telefon, Fax, EDV-Anschlüsse), der Lagerraum für die große Spielzeug- und Buchausstellung abgestimmt, Ansprechpartner/innen ausgesucht, Kontaktlisten gefertigt, die Gesamtfinanzen besprochen, finanzielle Anteile der Beteiligten und mögliche Refinanzierungsquellen geklärt und Hilfestellungen bei der Antragstellung gegenüber niedersächsischen Bewilligungsbehörden (Land, Landkreis, Stadt) gegeben. Wesentliche inhaltliche Ambitionen, Ziele, mögliche Perspektiven, Motivationen wurden angesprochen und vorbereitende Schritte bis zum Einsatzbeginn festgelegt. Dazu zählten seitens des MES-Teams parallel zum noch laufenden Einsatz in Mainz-Bingen Präzisierungen des Einsatzkonzeptes auf die neue Örtlichkeit und seitens der Beteiligten im Landkreis Holzminden beispielsweise die Gründung einer Projektgruppe, Pressearbeit und die Zusammenstellung von schon vorhandenen Strukturen.

Am 17. Juli 2001 wurde das entscheidende Vorbereitungstreffen in Holzminden anberaumt. Teilnehmende waren vom AWO-Bundesverband die Projektleiterin und das Team der MES, zwei Vertreter des Jugendamtes Holzminden, eine Stadträtin und vier Personen des AWO-Kreisverbandes.

Parallel zu den Vorbereitungen in Holzminden ging in Mainz-Bingen der vorherige Einsatz zu Ende: Ab 22. Juni liefen die Umzugsvorbereitungen. Am 28. Juni wurde gepackt und am 29. Juni zog die MES von Mainz/Bingen nach Holzminden um. Die Büroeinrichtung und die Wanderausstellung wurden über die zwei Monate Sommerpause der MES am neuen Einsatzort gelagert.

Am 20. August gab es noch ein weiteres Abstimmungsgespräch im Jugendhilfe- und Sozialausschuss zur Konkretisierung des Einsatzablaufes und zu den nötigen Finanzmitteln seitens des AWO-Kreisverbandes.

Pünktlich zum Start des neuen Einsatzes am 1. September 2001 trafen die Mitarbeiterinnen wieder in Holzminden ein. Bis dahin waren die Einsatzvorbereitungen im Wesentlichen Aufgabe der Projektleiterin. Ab Einsatzbeginn übernahm das MES-Team die nötigen Koordinierungsaufgaben vor Ort.

Über den Start und die Einstiegssituation in den ersten Einsatzwochen berichtet nun Michaela Meyfarth-Riebold. Sie war schon damals eine engagierte MES-Mitarbeiterin und ist das heute, im nunmehr letzten Einsatz der Mobilen Elternschule hier im Land Brandenburg immer noch.

Ich möchte Dich bitten, aus den ersten Tagen und Wochen zu berichten. Versetze Dich noch einmal hinein: Es ist der 1. September 2001 in Holzminden, der Einsatz vor Ort beginnt. Welche Aufgaben lagen dort als erstes vor Euch?

Michaela Meyfarth-Riebold - Den ersten Arbeitstag im Landkreis Holzminden erlebte ich zusammen mit meiner Kollegin Daniela Glöckner, die inzwischen ausgeschieden ist und nun in Frankreich lebt. Am ersten Arbeitstag fanden wir den Büroraum mit Stapeln von Umzugskartons vor. Wir begannen damit, Kiste für Kiste auszupacken. Wir überlegten, wie wir die Technik einrichten, die Computer anschließen wollten. Die gerade hinter uns liegende Sommerpause war dazu genutzt worden, die Computer miteinander zu vernetzen, so dass wir nun wechselseitig auf dieselben Dateien zurückgreifen konnten: eine Errungenschaft, die endlich Wirklichkeit geworden war.

Den eigentlichen Einsatzbeginn bildeten die ersten Kontaktgespräche mit dem AWO-Kreisgeschäftsführer. Gemeinsam wurde überlegt, wo können wir ansetzen? Wie können wir die AWO aktiv mit Familienbildung unterstützen? Die Arbeits-

schwerpunkte des Kreisverbandes waren bisher neben der Kurvermittlung, die zum direkten Anknüpfungspunkt für uns wurde, die Schuldnerberatung und die Seniorenarbeit. Der Geschäftsstellenleiter des AWO-Kreisverbandes richtete von Anfang an den Wunsch an uns, gerade den Bereich der Kurvermittlung zu ergänzen und zu unterstützen.

Sein Interesse zielte auf Bildungsangebote vor allem für die Eltern, in der Regel Mütter, die aus dem Kuraufenthalt zurückkamen. Wenn sie wieder zurück in den Alltag gehen, sollten sie Möglichkeiten erhalten, die positiven Kureffekte aufrecht zu erhalten, zu schauen, wie sie Krisen nutzen und Chancen ergreifen konnten, ihren Alltag neu zu strukturieren und sich selbst kleine Oasen im Alltag zu schaffen. Ihnen Impulse und Begleitung zu geben, sollte ein Angebot der AWO werden - initiiert, aufgebaut und erprobt im vor uns liegenden Einsatz der Mobilen Elternschule. **Folie 16**



Brigitte Winkler - Wir haben damals auch in der Einsatzvorbereitung intensiv über diese Ziele gesprochen: Was will das Jugendamt? Was will der AWO-Kreisverband? Das Ziel hieß etwa: bestehende Angebote und Initiativen unterstützen und ausbauen, neue Strukturen im Landkreis schaffen, Eltern und Kinder stärken, insgesamt einen lebenswerten Landkreis für Familien ausbauen. Das war die Aufgabe der MES. Aber Jugendamt und AWO hatten auch den Wunsch, mobile Einheiten zu bilden, Familienbildungsangebote dezentral anzubieten, sie sozialräum-

lich und gut erreichbar zu organisieren und dabei mit allen relevanten Verbänden, mit Verwaltung und freien Trägern zu kooperieren. Dazu war frühzeitig eine Planungsgruppe auf Kreisebene eingerichtet worden. Vielleicht könntest Du noch etwas dazu sagen, wie sich die Ziele zu Einsatzbeginn darstellten, zu den Absprachen und zum gemeinsamen Vorgehen.

Michaela Meyfarth-Riebold - Zu Beginn haben wir regionale Einsatzschwerpunkte festgelegt. Das MES-Büro hatte seinen Standort in Holzminden. Von dort aus arbeiteten wir schwerpunktmäßig in den Samtgemeinden Bodenwerder, Stadt Oldendorf, Bofzen und Lauenförde. In diesen Regionen setzten wir an, um neue Impulse, neue Strukturen zur Vernetzung der regional tätigen Einrichtungen zu schaffen.

In Lauenförde arbeiteten wir mit dem AWO-Kindergarten zusammen. In den anderen Gemeinden gab es entweder Frauenbeauftragte oder engagierte Vereine. In wieder anderen Gemeinden konnten wir Ansätze schaffen, die von Anfang an verschiedene Akteure und Akteurinnen zusammenführten. Besonders in der Anfangsphase wurde die Spielzeugausstellung „Gutes Spielzeug, gute Bücher für Eltern und Kinder“ als Kontaktbörse eingesetzt. Über die Ausstellung machten wir uns als Mobile Elternschule in den Regionen bekannt. Zugleich konnten wir im Rahmen der Ausstellung die Bedarfe vor Ort detailliert erfragen: - Wo sollen Schwerpunkte gesetzt werden? Was sind die Bereiche, an die angeknüpft werden kann? – Mit den Aussagen konnten wir dann konkret planen, welche Angebote in jeder Region entstehen sollten und wo wir Netzwerkfunktionen zwischen den regionalen Akteur/innen initiieren wollten.

Brigitte Winkler - Es wäre interessant, etwas über die Ergebnisse Eurer Arbeit zu hören. Wir hatten ja in allen MES-Einsätzen das Problem, mit den Beteiligten zu klären: Was ist für die Mobile Elternschule machbar? Was entwickelt sich aus ihrem konzeptionellen Selbstverständnis heraus und was aus den Zielen des Einsatzträgers? Es mussten sehr oft die Grenzen aufgezeigt werden; und die waren oft nicht ganz spannungsfrei zu vermitteln.

Oftmals werden Interessen genannt wie etwa die der Unterstützung der Kurvermittlung durch die MES. Ich bin dabei in der Regel ein bisschen zusammengezuckt und habe mich gefragt: Was hat das mit Familienbildung zu tun? Das Ziel der MES hieß immer unter anderem: Bedarf wecken vor Ort, vielleicht weniger bei den Familien selbst, als primär bei den Einrichtungen bzw. beim Verband selbst, um die Kontinuität der gesamten Angebote nach Einsatzende zu garantieren.

Bitte erzähle noch etwas darüber, welche Effekte Eure Arbeit am Ende hatte, was die Ergebnisse waren.

Michaela Meyfarth-Riebold - Die Wanderausstellung als Kontaktbörse zeichnete sich mit der größten Resonanz zu Beginn eines Einsatzes ab. Die Ausstellung wurde im Landkreis sechsmal eingesetzt und hatte insgesamt etwa 1.370 Besucherinnen und Besucher. Die MES verfügte mit der Ausstellung über ein sehr niedrigschwelliges Angebot an Eltern, sich über empfehlenswerte Spiele und Bücher zu informieren und am selben Ort eigene Wünsche für Bildungsangebote zu äußern: Was hätten wir gern hier im Ort, was soll hier entstehen? Auf diesem Wege sind nach und nach Eltern-Kind-Spielgruppen und Spielnachmittage für Eltern und Kinder entstanden.

Aus der Ausstellung heraus wurden in den verschiedenen Regionen zahlreiche Angebote entwickelt:

- Angebote für Frauen, dazu gehörten ein Frauencafé und eine Gruppe für ausländische Frauen
- Der Babysitter-Führerschein ist im Landkreis Holzminden sehr stark nachgefragt worden. In zwei Gemeinden war der Kurs an den Kinderschutzbund bzw. bei der Frauenbeauftragten angebunden. Dort wurden die Babysitter/-innen dann auch direkt vermittelt.

Auf diese Weise konnten sich auch Jugendliche schon einen Zugang zur Familienbildung erarbeiten. Die Qualifikation bestand aus einer vierteiligen Kursreihe, in der die Teilnehmer/-innen mit wichtigen Detailaspekten der Kleinstkindbetreuung bekannt gemacht wurden. Von Entwicklung

und Pflege über Spielanregungen zu den rechtlichen Aspekten wurde ihnen verdeutlicht, welche Verantwortung sie übernehmen.

Der Bereich Fortbildung nahm im Einsatz in Niedersachsen einen relativ kleinen Raum gegenüber anderen Einsätzen ein. Es wurde lediglich eine Fortbildung zur Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt. In den nachfolgenden Einsätzen zeichneten sich eine immer größere Nachfrage und ein größeres Fortbildungsinteresse ab.

Noch einige Worte zur Nachhaltigkeit der Angebote.

Trägervielfalt: Der AWO-Kreisverband selbst hatte weder die Mittel noch die Personalkapazitäten, das Begonnene auf Dauer in Eigenregie weiter zu führen. Das wurde uns sehr schnell deutlich. Es war daher sinnvoll, die verschiedenen Ansätze in die Hände verschiedener Träger zu übergeben, z.B. in die Hände des Kinderschutzbundes oder der Frauenbeauftragten. Die Eltern-Kind-Gruppe übernahm die evangelisch-lutherische Kirchengemeinde. Als neuer Bereich kam das Themenfeld „Kind und Computer“ hinzu. Darüber konnten Möglichkeiten des Zusammenwirkens zwischen Eltern und Kindern am Computer angeregt werden. Eltern konnten von den Kindern lernen. Ein regelmäßiger Vorlese-treff für Kinder entstand und ging in die Hände der Schul- und Gemeindebücherei über. Guten Erfolg hatte auch die Seminarreihe zu Krisenthemen in der Familie. Sie war als Ergänzung zur Kurvermittlung des AWO-Kreisverbandes entstanden.

Am Ende des Einsatzes hatten wir eine Adressenliste mit sämtlichen Kontaktpersonen aus dem Landkreis erarbeitet. Diese wurde dem Landkreis, den Gemeinden und allen aktiven Trägern zur Verfügung gestellt. Die Liste ermöglichte es den Trägern, untereinander Kontakte aufzunehmen, und den Ämtern, erst einmal in Erfahrung zu bringen, welche Träger in ihrem Zuständigkeitsbereich Familienbildung anbieten.

Heidmarie Waninger - Vielen Dank Euch beiden. Dies waren Eindrücke aus dem Einsatz 2001/2002. In sehr ähnlicher Weise sind die MES-Einsätze schon in den Jahr-

zehnten zuvor verlaufen. Dieses Ablaufkonzept spielte sich von dem Zeitpunkt an ein, zu dem sich die Einsätze auf den 10-Monatsrhythmus eingependelt hatten. Wir werden gleich hören, wie das in den noch weiter zurückliegenden 20 Jahren war. Vorher stelle ich Ihnen die Einrichtung Mobile Elternschule einmal in groben Umrissen vor:

Gerade haben wir gehört, wie die MES gearbeitet und was sie erreicht hat. Aber wer und was ist die Mobile Elternschule eigentlich genau?

Die MES besteht grundsätzlich aus zwei familienpädagogischen Fachkräften, die jedes Jahr in einer anderen Region tätig werden, plus einer Projektleiterin, die an zentraler Stelle im AWO-Bundesverband bzw. in dessen Berlinbüro die MES-Einsätze koordiniert. Die Vor-Ort-Mitarbeiter/-innen sind als Sozialpädagog/-innen oder höher qualifiziert und bringen in der Regel bereits Erfahrungen in der Familienbildung mit. - Zur Mobilen Elternschule gehört eine komplette Büroausstattung. Wir haben vorhin gehört, dass die Kolleginnen zu Einsatzbeginn erst einmal von ihren eigenen Umzugskartons begrüßt wurden. Auspacken und Einrichten einer kompletten Büroausstattung sind in jedem Jahr neu die ersten Arbeitsschritte in einem MES-Einsatz. Die MES wandert wirklich mit Sack und Pack von einer Region in die andere. Was vor Ort im Einsatzgebiet zur Verfügung gestellt wird, ist ein leerer Raum mit Telefonanschluss. Im Gepäck der MES sind Regale und eine Handbibliothek sowie die Grundakten, die immer mit transportiert werden, alle 10 Monate in das neu einzurichtende Büro im jeweiligen Einsatzgebiet. Oft werden wir gefragt: „Ziehen die pädagogischen Fachkräfte dann alle 10 Monate um?“ In der Tat, das tun sie. Regelmäßig alle 10 Monate ziehen diese beiden Personen wirklich mit ihrem eigenen Hausstand um in eine andere ländliche Region. Ich erzähle Ihnen dies, weil ich 1984 bis 1986 Mitarbeiterin der Mobilen Elternschule war, und damals selbst die Vorortarbeit getan habe. Ich war in Schleswig-Holstein und bin von dort nach Baden-Württemberg umgezogen und dann weiter nach Bayern. Allein dieses System weist schon darauf hin,

dass es unter den Bedingungen eine hohe Fluktuation der Mitarbeiter/-innen geben muss. Niemand hält es über viele Jahre aus, permanent umzuziehen, sich immer aus den sozialen Zusammenhängen, die man gerade aufgebaut hat, wieder zu lösen und irgendwo anders neu anzufangen.

Zur Ausstattung der MES gehören immer zwei PKW, in der Regel zwei Kombis. Denn vom stationären Büroort schwärmt das Team zu seinen Einsatzschwerpunkten aus. Die Kollegin hat eben über die zu Einsatzbeginn festgelegten Einsatzgemeinden gesprochen. Überall dahin fahren die Kolleginnen dann mit ihrem PKW-Kombi einmal zu einem Eltern-Kind-Spielkreis, dann müssen die Spieltasche eingeladen werden und der Spielteppich, je nachdem wo der Kurs stattfindet. Möglicherweise steht eine Turnhalle zur Verfügung. Dann wird für einen Eltern-Kind-Spielkreis Stoff gebraucht, irgendetwas Weiches, worauf die Kinder krabbeln und spielen können. Man braucht Materialien, Gegenstände und Spielzeug. Für den Transport ist schon ein Kombi sinnvoll und angemessen.

In meiner Zeit (1984) haben wir die Autos häufig für unsere Holzwerkstätten gebraucht. Ich hatte dann meinen Kombi gefüllt mit Sperrholz, 2 bis 3 Dekoupiersägen, Stichsägen, Feilen und vielem mehr. Es gab z.B. eine Kursreihe nur für Frauen. Frauen lernten den Umgang mit elektrischem Werkzeug. Nicht wenige Frauen hatten vorher nie eine Bohrmaschine, nie eine Stichsäge in der Hand gehabt. Und sie haben es bei uns gelernt, gerade weil Frauen unter sich waren. Wir haben auch einen Kurs für Väter mit Kindern oder nur für ganze Familien durchgeführt. Das sind nur zwei Beispiele, wozu die Kombi-Fahrzeuge in der MES-Arbeit in den letzten Einsätzen, vor 10 oder 20 Jahren gebraucht wurden.

Zum Bestand der Mobilien Elternschule gehörte also immer das didaktische Material, sowohl Moderationsmaterialien aller Art für die Arbeit mit Eltern oder für die Fortbildung, als auch die Spieltasche für den Spielkreis und die Sägen für die Holzwerkstatt.

Brigitte Winkler berichtet gleich aus der frühen Geschichte der MES und auch darüber, was es anfangs in den Kombis zu transportieren gab. Die Mobile Elternschule war immer schon mit Kombi-Fahrzeugen ausgestattet. Im Laufe der Jahrzehnte wurden jedoch sehr unterschiedliche Materialien befördert.

Ein wichtiges Element war auch die Spielzeug- und Buchausstellung der Mobilien Elternschule, von der Sie hier im Raum einen guten Eindruck gewinnen können. Sie ist zum einen ein Instrument, um Eltern und Familien darüber zu informieren, wie man gutes Spielzeug erkennt und warum man dafür viel Geld ausgeben sollte. Zum anderen beantwortet sie die Frage: Wie erreicht die Mobile Elternschule eigentlich ihre Teilnehmer/-innen, also die Familien, für die sie Veranstaltungen anbietet? Die Spielzeugausstellung spielte eine entscheidende Rolle, weil im Rahmen der Ausstellung Gespräche geführt und Kontakte aufgenommen wurden. Man erreichte Familien, man erreichte sogar zahlreiche Väter, die nie zu irgendeiner anderen Veranstaltung gekommen wären. Väter kamen oft mit, weil es hier um das Spielen mit Kindern vollkommen ohne vorgegebenes Programm ging. Und dabei ergab sich die Möglichkeit, mit ihnen das Gespräch aufzunehmen, auf Folgeveranstaltungen hinzuweisen und diese inhaltlich anzukündigen. Damals haben wir unmittelbar im Rahmen einer jeden Ausstellung gleich zu einem Informationsabend eingeladen. Er fand kurzfristig etwa zwei Tage später statt, so dass sich Interessierte noch während der Ausstellung vornehmen konnten, an dem Abend teilzunehmen.

Beim Informationsabend wurde für die folgenden zwei bis drei Monate geplant: Welche Veranstaltungen sind hier von Interesse, was ist gewünscht? Brauchen wir in dieser Region Eltern-Kind-Spielgruppen und Gesprächskreise, oder geht es hier um stärker praktische Themen? Die Programm-Eckpunkte setzten somit nicht die Mitarbeiterinnen der Mobilien Elternschule allein, sondern die Eltern aus dem Einsatzgebiet.

Es ist ein Prinzip der Mobilen Elternschule, von Einsatzbeginn an auf Verstetigung des Angebotes hin zu arbeiten. Auch hier stellt sich die Frage: Wie tun die MES-Mitarbeiter/-innen das? Wie können sie Einfluss nehmen?

Es gab unterschiedliche Möglichkeiten. Damals (1984) wurde uns z.B. vom Einsatzbeginn an eine ABM-Kraft zur Seite gestellt. Sie konnte sich langsam einarbeiten und begleitete uns durch den gesamten Einsatz. Die Idee und das Ziel: Sie sollte das Konzept gründlich kennen lernen und erfahren, um es nachher weitergeben, weitertragen, aufrechterhalten zu können. Ein wesentlicher Teil der MES-Arbeit war also die Konzentration darauf, Kursleiterinnen aus dem Einsatzgebiet zu gewinnen. Deshalb organisierte die MES Fortbildungen und Qualifikation für Mitarbeiter/-innen in der Familienbildung, die in der Region leben, dort bleiben und die die neu entstandenen MES-Ansätze hüten, weiter verfolgen, dann selber durchführen und ein eigenes Programm aufbauen können.

Ich spreche über die Zeit um 1984. Bis dahin hatte es schon eine lange Entwicklung der Mobilen Familienbildung gegeben. Das Konzept ist nicht von heute auf morgen gereift, sondern es ist das Ergebnis langjährigen Probierens und Experimentierens, und irgendwann Mitte der siebziger Jahre hatte sich die 10monatige Projektdauer für den konzentrierten, effektiven Familienbildungsaufbau bewährt.

Von dem Entwicklungsweg bis dahin, von den unglaublich engagierten Mitarbeiterinnen aus den Anfangszeiten der MES hören wir nun noch etwas. Brigitte Winkler berichtet aus den ganz frühen Jahren der Mobilen Elternschule.

Brigitte Winkler - 44 Jahre Mobile Elternschule zählen wir bis heute. 1960 wurde die als „Wandermütterschule“ gegründete Mobile Elternschule „geboren“. Ich habe im Archiv eine Kopie gefunden, einen Auszug aus dem Referat von Lotte Lemke vom Dezember 1961. Sie erklärte im damaligen Hauptausschuss der Arbeiterwohlfahrt, vergleichbar dem heutigen AWO-Bundesvorstand: „Eine sehr schöne Ab-

rundung erfährt die Arbeit, die wir an Kindern, an Müttern, an alten Menschen leisten, durch das, was sich unter der Bezeichnung ‚Familienpädagogische Arbeit‘ vollzieht. Überwiegend in unseren Mütterschulen aber auch in Sonderkursen, die in Verbindung mit unseren Nähstuben und Nähschulen abgehalten werden.“

Lotte Lemkes Aussage weist auf die Aspekte hin, die damals 1960 im Vordergrund standen. Es gab damals schon drei Mütterschulen in Nordrhein-Westfalen. Die erste war 1960 im Kreis Brühl gegründet worden. Lotte Lemke sagte: „Das gleiche Bedürfnis ist jedoch auch in ländlichen Verhältnissen vorhanden. Und um hier einen Versuch zu machen, die Mütterschule auf's Dorf zu bringen, hat der Hauptausschuss seit einem Jahr, also seit 1960, eine fahrbare Mütterschule eingerichtet. Diese Wandermütterschule hat in dem zurückliegenden Jahr an 15 Orten 58 Kurse mit 550 Teilnehmern veranstaltet. Der erste Versuch scheint durchaus geglückt zu sein. Er hat uns aber auch die Erfahrung gebracht, dass eine Wandermütterschule höchstens für den Bereich zweier Landkreise eingesetzt werden sollte. In der Regel wird sie bereits durch einen Landkreis voll ausgelastet sein.“

Anfangs arbeitete die Wandermütterschule zum Teil zwei Monate, später drei Monate in den Dörfern und Gemeinden eines Landkreises. Insofern zählt man wohl in den ersten zehn Jahren die meisten Einsatzlandkreise. Zuletzt waren wir pro Jahr in nur einem Landkreis tätig. In 44 Jahren gab es insgesamt 108 Einsätze in ca. 120 Kreisgebieten in 12 Bundesländern. Es fehlen nur die Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin und leider konnte auch in Sachsen kein Einsatz vereinbart werden. 700 Orte, ca. 6.500 Kurse mit 250.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zählt die Statistik und 47 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in 44 Jahren. Die letzte Zahl zeigt, dass viele Mitarbeiter/-innen über lange Jahre mit der MES gewandert sind.

Das Programm der Wandermütterschule bot damals vorwiegend Themen wie Baby-pflege, Säuglingspflege, Kochen, Nähen,

Hauskrankenpflege, Basteln, Werken, Spielen, aber auch Lebensführung und Gastlichkeit an. Damals waren die Kombi-Fahrzeuge daher gefüllt mit Säuglingswannen und Kochherden. Bereits damals gab es die Intention, auch die Zielgruppe der Väter zu erreichen. Ich habe eine Angabe aus 1960 gefunden: „Teilnehmerkreis: Frauen, Mütter, junge Mädchen, junge Männer, Väter, Brautpaare und junge Ehepaare“. Gleichwohl wird eingeräumt, dass primär die Mütter kamen.

Von damals bis zuletzt wurde die Arbeit wesentlich aus Mitteln des Bundesfamilienministeriums gefördert. Die Mittel für Honorare der Lehrkräfte, für das Material, die Durchführungskosten insgesamt brachte die Wandermütterschule in das jeweilige Einsatzgebiet mit. Die verbleibenden, nicht geringen Kosten, so genannte Eigenmittel, trug primär der AWO-Bundesverband.

Eine wichtige Rolle spielte in den ersten Jahren für die teilnehmenden Eltern das Thema Wohnung: Welche sinnvolle Einrichtung muss eine Wohnung haben? Wie sollen die laufenden Tages- und Jahresarbeiten getan werden? Was machen wir, wenn wir unverhoffte Gäste bekommen? Wohin dann mit den Kindern? Die wöchentliche Pflege der Wohnung usw.. Es wurden auch die Fragestellungen der juristischen Belange um den Haushalt bzw. die Familie, also Fragen von Mietverträgen, von Gütergemeinschaften, von Sorge für das Kind aufgegriffen. - Das Programm der MES gestaltete sich also immer durchaus aktuell und zeitgemäß.

Ende 1969 kamen die Verantwortlichen zu der realistischen Einschätzung, dass die Einsatzzeiträume von zwei oder drei Monaten einfach zu kurz und zu wenig effektiv sind für die Aufbauarbeit der Wandermütterschule. So wurden unter der Bezeichnung „Fahrbare Elternschule“ zwei parallel agierende Teams ins Land hinaus geschickt. Sie haben ca. von 1970 bis 1975 gearbeitet. In diesen Jahren ist die Ausstellung sozusagen mit ins Programm genommen worden.

Mit der Namensänderung war zugleich ein veränderter Auftrag verbunden, nämlich künftig verstärkt auch Angebote für Väter

zu entwickeln. Erstmals sind in dieser Zeit Eltern-Kind-Gruppen (anstelle von Mutter-Kind-Gruppen) erwähnt, und es fanden stärker Erziehungsfragen ihren Platz, auch Themen wie Sexualerziehung, Familienplanung und Geburtenregelung, Fragen der Vorschulerziehung und der beruflichen Chancen für die Kinder.

Der Einsatz von September 1975 bis Juni 1976 war dann der erste im künftigen 10-Monatszeitraum. Man hatte noch einmal Bilanz gezogen und war zu dem Ergebnis gekommen: Es geht so nicht mit der drei- oder viermonatigen Einsatzdauer. Wir brauchen einfach mehr Zeit, um diese Familienbildungsarbeit verantwortlich und effektiv zu tun. Der erste verlängerte Einsatz fand im Ortenau-Landkreis statt. Für mich persönlich ist interessant, dass der Kollege, der damals die Familienbildungsstätte leitete, heute dort Kreisgeschäftsführer ist. Mit ihm hatte ich zu Anfang meiner Tätigkeit als MES-Koordinatorin Kontakt. Damals sagte er mir: „Wir hätten euch gerne wieder hier im Landkreis, weil wir noch einmal Unterstützung brauchen. Das hat damals vor 30 Jahren so gut geklappt. Das würden wir gern heute noch einmal haben. Nach wie vor ist es unser Konzept, Interesse zu wecken und die Eltern vor Ort für die Bildungsteilnahme zu gewinnen.“

Ich möchte gerne noch einen Effekt der MES-Einsatztätigkeit hervorheben: Viele Familienbildungsstätten oder Einrichtungen der Familienbildung, wie groß oder klein sie auch sein mögen, sind aus Einsätzen der Wandermütterschule, der Fahrbaren Elternschule oder der Mobilen Elternschule entstanden. Und sie leisten heute noch qualifizierte Familienbildungsarbeit. Beispielsweise legte die Wandermütterschule 1965 in Bergheim an der Erft, in der Nähe von Köln, die Grundsteine der Familienbildung. Die Familienbildungsstätte Bergheim feiert im nächsten Jahr ihr 40jähriges Jubiläum. Aus der Initiative der damaligen Mütterschule von 1965 ist später das Marie-Juchacz-Bildungswerk entstanden. Es entstand die Drogenberatungsstelle und die Sprachheilberatung, da ist die Familienerholung entstanden und viele, viele andere Einrichtungen, die jetzt den AWO-Kreisverband Bergheim ausmachen.

Dieses eine Beispiel lässt sich übertragen auf viele andere Kreisverbände oder Orte in Deutschland, die aus der Pionierarbeit der MES hervorgegangen sind. Der AWO-Bundesverband kann mit Stolz und Anerkennung auf die Ergebnisse seiner Mobilen Familienbildung in den zurückliegenden Jahrzehnten zurück blicken.

Heidemarie Waninger - Damit wollen wir den Blick von der Geschichte der MES wieder stärker in die Gegenwart lenken. Die künftige Arbeit der Arbeiterwohlfahrt leitet sich ab aus den Wurzeln ihrer Mobilen Familienbildung und den Erfahrungen der letzten Einsätze. Deshalb lassen sie uns nun gemeinsam einen Zeitsprung vollziehen. Richten wir unseren Blick auf die Einsätze der Mobilen Elternschule in den letzten zwei Jahren, 2002 bis 2004 hier im Land Brandenburg. In Brandenburg setzte die Mobile Elternschule nicht mit dem Aufbau von Spielkreisen oder Elternabenden bei Punkt Null an. Hier baute die MES auf den Ergebnissen mehrjähriger Modellprojekte zur Familienbildung auf. Kitas richten nach und nach Familien-Bildungsangebote ein, die Hebammen sind aufmerksam geworden und wollen mitmachen, Turnvereine bieten Familienkurse an. An unterschiedlichsten Stellen wachsen Pflänzchen der Familienbildung heran. Es gibt sichtbare Ansätze. Nun suchen die Kreisjugendämter nach fachlicher Unterstützung für den Ausbau von tragfähigen Strukturen, das heißt für die Entwicklung von Kreis-konzepten für Familienbildung. Damit ist auch, aber nicht in erster Linie, die traditionelle MES-Basisarbeit gemeint. Es geht jetzt eher um das Aufbaukonzept in der Kooperation mit den Trägern von Familienbildung auf Kreisebene.

Hören wir nun von Claudia Lissewski etwas über die aktuellen Familienbildungs-Begleitprozesse aus den Erfahrungen der MES in den letzten zwei Einsätzen.

Claudia Lissewski - Ich komme selbst aus dieser Region und habe nur hier im Land Brandenburg mitgearbeitet. Bevor ich über die Details in der Strukturentwicklung berichte, kurz etwas über die Situation von Familienbildung in Brandenburg.

Dieses Land hat kein eigenes Familienbildungsgesetz und keine Ausführungs-Richtlinien. Landesförderungen, zum Teil vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen und zum anderen vom Bildungsministerium, sind immer projekt- und maßnahmebezogen, wie bei Modellprojekten. Das heißt, hier gibt es keine Träger, keine Einrichtungen mit dem Aufgabenschwerpunkt Familienbildung. Familienpädagogische Angebote existieren in relativ geringem Umfang. Das ändert sich derzeit etwas hier in der unmittelbaren Umgebung von Berlin und Potsdam. Außerhalb des Speckgürtels finden sich eher wenige Familienbildungs-Angebote. Aufgrund dieser Situation war in den brandenburgischen Einsätzen mehr Unterstützung bei der Konzept- und Strukturentwicklung gefragt und zwar auf zwei Ebenen: Einmal auf der regionalen, also der traditionellen Arbeitsebene der MES, das ist die Kreisebene. Und zum anderen weit über die Kreisebene hinaus. Dazu zwei Beispiele: In der Einsatzregion Havelland (2002/03) stand das Interesse eines freien Trägers der Jugendhilfe im Vordergrund. Einsatzträger war der Arbeiter-Samariterbund (ASB) als korporatives Mitglied der AWO.

Der Träger wünschte sich die konzeptionelle Weiterentwicklung seiner drei Familien- und Jugendhilfe-Zentren (Familientreffs) im Landkreis. Die Familientreffs sind eingebettet in die Hilfen zur Erziehung, ebenfalls ein Angebot des ASB. Die drei Familientreffs sollten ein eigenes Profil nach § 16 KJHG entwickeln und alle Familien der Region, nicht nur die betreuten Familien des ASB, ansprechen.

Das zweite Beispiel ist der letzte MES-Einsatz im Landkreis Potsdam-Mittelmark. Hier war die Abstimmung mit dem örtlichen Träger eine wichtige Richtlinie. Das Interesse des Jugendamtes bestand darin, zum Einen die Ansätze der Familienbildung, die durch das Modellprojekt der Fachhochschule Potsdam entstanden waren, aufzugreifen und weiterzuführen. Es bestand die Gefahr, dass die Ansätze des Projektes schnell wieder versanden könnten. Hinzu kam die neue Zielsetzung des Jugendamtes: Jugendhilfe darf nicht mehr als Feuerwehrinstanz verstanden werden,

die aktiv wird, wenn Konflikt- und Stresssituationen in Familien sichtbar werden. Der neue Ansatz wendet sich gegen das Bild vom Jugendamt als der bösen eingreifenden Behörde. Das Jugendamt möchte sich stärker verstehen als unterstützender, ressourcenorientierter Partner, der Familien als wichtiges primär sozialisierendes Umfeld anerkennt.

Damit gewinnt die Schaffung von bedarfsgerechten Angeboten, auch der Familienbildung, an Bedeutung. Der Trend geht hin zur Veränderung der Jugendhilfe. Neben den Interventionsmaßnahmen, die es natürlich auch weiter geben wird, den Hilfen zur Erziehung, die auch weiterhin wichtig sein werden, soll verstärkt auf Prävention gesetzt werden. Deshalb arbeiteten die MES-Mitarbeiterinnen in der AG Familienbildung nach § 78 mit. Diese AG Familienbildung ist in Brandenburg bislang die einzige, die offiziell nach § 78 KJHG anerkannt ist. Der Landkreis Potsdam Mittelmark hat sich ernsthaft auf den Weg gemacht. Das Ziel der AG ist es, ein ganzheitliches, dezentrales und qualitätsorientiertes Familienbildungskonzept zu erarbeiten. Perspektivisch soll im Landkreis ein Netzwerk von Familienbildungsangeboten entstehen, die die Familien sowohl räumlich als auch inhaltlich erreichen, also wirklich dezentrale und niedrigschwellige Familienbildung.

Ein drittes Beispiel für die Unterstützungs- und Beratungsfunktion der Mobilen Elternschule bei der Strukturentwicklung ist das lokale Bündnis für Familie in Wiesenburg/Mark. Es ist das zweite Lokale Bündnis, das hier in Brandenburg entstanden ist. Die Kollegin Michaela Meyfarth-Riebold von der MES gab den Anstoß für die Gründung und erarbeitete gemeinsam mit dem Berliner Servicebüro und den Akteurinnen und Akteuren vor Ort eine Gründungsstrategie. Inzwischen haben sich mehrere Arbeitsgemeinschaften gebildet, die sich mit verschiedenen Themen beschäftigen. Das Motto des Bündnisses ist „Familien stärken, Zukunft gestalten“. Die größte AG wird sich mit dem Komplex „Familie, Bildung und Erziehung“ beschäftigen.

Die genannten Beispiele betreffen die Kreisebene, also die ursprüngliche und eigentliche Hauptarbeitsebene der MES. In Brandenburg gab es darüber hinaus Anfragen auf Landesebene. Das resultiert vermutlich aus der Tatsache, dass die MES von Anfang des Jahres 2002 an in das Modellprojekt zur „Erprobung neuer Möglichkeiten der Vernetzung von Familienbildung im Land Brandenburg“ einbezogen wurde. Darüber ergaben sich schnell fachliche Kontakte zu anderen Trägern. Bei verschiedenen Veranstaltungen wurden die MES-Kolleginnen angefragt, um den Familienbildungs-Ansatz der Mobilen Elternschule vorzustellen und mit den Beteiligten Entwicklungsmöglichkeiten für Familienbildung in Brandenburg zu diskutieren.

So war die MES u.a. zur Jahrestagung der Jugendamtsleiter/-innen eingeladen, die in 2003 vom Landesjugendamt zum Thema Familienbildung auf dem Hintergrund der Kostenexplosion der Hilfen zur Erziehung durchgeführt wurde.

Diese wenigen Beispiele zeigen, dass Fragen der Strukturentwicklung in den letzten beiden Ansätzen neben den traditionellen Aufgaben auf der MES-Agenda standen, weil sie angefragt waren. Die Arbeit vor Ort, die Arbeit mit der Ausstellung, in Gruppen und Seminaren ist die Basis der MES-Arbeit geblieben, auch die Qualifizierung für Familienbildung. Die eher übergreifenden Aspekte kamen allmählich hinzu.

Wir denken und hoffen, dass unsere Anregungen und Ideen die Familienbildung im Land Brandenburg weiter gebracht haben, und dass daran weiter gearbeitet wird für das Land und für die Familien hier.

Heidemarie Waninger - Die Geschichte der MES und ihre Aufgaben in den letzten Jahren sind die Wurzeln dessen, was die Arbeiterwohlfahrt künftig für den Ausbau von Familienbildung tun will. Die Basisarbeit der Mobilen Elternschule, die hier dargestellt wurde, wird auch weiterhin gerade für dünn besiedelte Gebiete von großer Bedeutung sein. Es war richtig und effektiv, so zu arbeiten, um etwas in Gang zu bringen. Das heißt, die MES-Basisarbeit war

sinnvoll und wichtig. Deshalb sei noch einmal wiederholt: Dieses Konzept darf nicht verloren gehen, sondern muss auf anderen Ebenen wieder aufgenommen, individuell ausgestaltet und für Familien genutzt werden.

Wie soll nun die neue Familienbildungsarbeit des AWO-Bundesverbandes aussehen? Kreise-, Verbände- und Trägerzusammenschlüsse brauchen heute eher Anregungen und Begleitung bei der Entwicklung von übergreifenden Familienbildungskonzepten. Das haben die letzten beiden Einsätze deutlich gezeigt, vor allem bei der Ressourcenbündelung. Es gibt Ressourcen und es gibt Ansätze, und die sollen zusammen geführt werden zu einer effektvollen Vernetzung bestehender Teilangebote. Wir haben gehört, dass z.B. Brandenburg keine Familienbildungsstätten hat. Umso nötiger sind Trägerkontakte, Angebotsabstimmungen und gemeinsame Programmveröffentlichungen.

Es geht um den Aufbau zuverlässiger Familienbildungsstrukturen weit über die Vorgaben des § 16 KJHG hinaus.

Familienbildung darf nicht bei den Familien mit kleinen Kindern stehen bleiben. Sie muss auch die älteren Generationen einbeziehen. Familienbildung reicht also sehr viel weiter als es der enge Blick auf das KJHG gebietet (Erziehung in Familien und Kita). Aber - an all dem fehlt es noch, in Brandenburg wie auch in vielen anderen Regionen. An genau diesem Punkt soll das familienpädagogische Engagement des AWO-Bundesverbandes künftig ansetzen. Über das neue Konzept „Mobile Familienbildung“ (MoFa) informiert Sie nun Ilsa Diller-Murschall.

5. Mobile Familienbildung (MoFa) - neuer Ansatz zur Festigung und Verbreitung von Familienbildung in ländlichen Regionen

Ilsa Diller-Murschall

Aus den Darstellungen der letzten Stunde ist deutlich geworden, dass diese Arbeit sehr intensiv, vielfältig, bedarfsorientiert und insbesondere effektiv war. Schon lange stellen wir uns aber die Frage: „Muss diese Arbeit in der Regie eines Bundesverbandes getan werden? Ist es nicht sinnvoller, dass solche Familienbildungspraxis auf Landes- oder Kreisebene organisiert wird? Können wir als Bundesverband nicht daraus lernen, selbst aber weitergehendere Entwicklungen anstoßen?“ In diesem Sinne würden wir es begrüßen, wenn Sie alle viele Anregungen von den MES-Kolleginnen mitnehmen würden, die Sie in Ihrer eigenen Arbeit und in Ihren Regionen umsetzen. Vielleicht findet der Eine oder die Andere eine stabile politische Mehrheit, um eine solche Arbeit auf Landes-, Bezirks- oder Kreisebene zu realisieren.

Wenn wir das Modellprojekt Mobile Elternschule einstellen, bedeutet das keineswegs, dass wir die Arbeit nicht (mehr) für sinnvoll halten. Noch einmal zusammengefasst:

- Die Mobile Elternschule war eine Vorort-Pionierarbeit der Familienbildung, durchgeführt i.d.R. in der Projekt-Trägerschaft von Kreisverbänden der Arbeiterwohlfahrt.
- In den letzten 20 Jahren erfolgte die Arbeit jeweils in 10-monatigen Einsatzrhythmen mit festgelegten Einsatzregionen.
- Es gab einen jährlichen Wechsel der Standort- und Einsatzregionen.
- Das hatte eine hohe Fluktuation der pädagogischen Fachkräfte zur Folge und band natürlich immer wieder neu viele Kapazitäten für die Einarbeitung neuer Mitarbeiter/-innen.

Dieser Aufwand ist, wenn man die Arbeit etwas dezentraler organisiert, zu vermeiden, und man kann möglicher Weise noch effektiver sein. Das Handlungsfeld der Mobilien Elternschule war die Förderung von Familienbildung in strukturschwachen ländlichen Gebieten gemäß § 16 KJHG. Die Handlungsebene war die Basis- und Kursarbeit in Dörfern und Gemeinden aufgrund der vorhergehenden Ermittlung des Bestandes und des Bedarfes. Ihr Hauptauftrag war der Aufbau von Angeboten der Familienbildung. Nach dem Einsatz sollten sich vernetzte Strukturen für die weitere Arbeit etablieren. Über Themen- und Schwerpunktsetzungen entschied das Team der Mobilien Elternschule, abgestimmt mit den Einsatzträgern und interessierten Nutzer/-innen.

Das alles ist vorhanden. Wir werden auch unabhängig von dieser Tagung versuchen, die 44 Jahre MES noch einmal zu dokumentieren, so dass andere aus den Erfahrungen lernen und die Effekte multiplizieren können.

Nun haben wir uns entschlossen, die Arbeit als Bundesverband fortzuentwickeln und auf eine andere Ebene zu heben. Im neuen Projekt Mobile Familienbildung (MoFa) wird es schwerpunktmäßig darum gehen, uns auf Organisations- und Trägerberatung zu konzentrieren, Qualifizierung, Vernetzung und Management im Kontext von Jugendhilfe und Erwachsenenbildung zu fördern. Das Projekt greift Anfragen von unterschiedlichen öffentlichen, vor allem aber freien Trägern auf. Die Aufträge können unterschiedlichen Umfangs sein, und es können mehrere Aufträge gleichzeitig bearbeitet werden. Es wird einen festen zentralen Standort geben, also keinen „Wanderzirkus“ für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr. Dadurch hoffen wir auf eine geringe Fachkräftefluktuation und auf eine Stärkung von Synergieeffekten durch stärkere Kontinuität und dadurch wiederum auf eine Effektivierung der Arbeit. Die Handlungsfelder von MOFA liegen wie bei der Mobilien Elternschule in der Förderung von Familienbildung in strukturschwachen ländlichen Gebieten gemäß § 16 KJHG. Auf der Handlungsebene bedeutet das für uns, Beratungsstrategie und Entwicklungsauf-

gaben bei Trägern auf Kreis- und Landesebene zu unterstützen, zu befördern, zu etablieren, je nach den örtlichen und regionalen Gegebenheiten. Die Auftraggeber benennen selbst ihren Bedarf und die Auftragsthemen, gegebenenfalls kann das auch der Auftrag für die Bedarfsermittlung und Bedarfsentwicklung selbst sein. MoFa hält ein breites Angebotsspektrum im Handlungsfeld Familienbildung vor, mit den Zielen: Aufbau, Konzeption und Strategie, Qualifizierung, Beratung und Begleitung

insbesondere freier Träger, Strukturentwicklung, Vernetzung, Verstetigung, in dem Sinne wie uns Herr Hötzel heute Vormittag Familienbildung in sozial vernetzter Infrastruktur beschrieben hat.

Die Themen und die Schwerpunktsetzungen werden von den Auftraggebern benannt oder mit dem Projekt gemeinsam erarbeitet und vertraglich vereinbart.

Mobile Familienbildung (MoFa) – ein neuer Ansatz zur Festigung und Verbreitung von Familienbildung in ländlichen Regionen

Mobile Elternschule (MES)

bisheriges AWO-Familienbildungs-Konzept

Auftrag

Vor-Ort-Pionierarbeit der Begleitung, Organisation und

Arbeitsweise

1. Einladung durch AWO Kreisverbände
2. 10-monatiger Einsatz-Rhythmus in festgelegter Einsatzregion
3. Jährlicher Wechsel von Standort und Einsatzregion
4. Hohe Fluktuation der päd. Fachkräfte

Mobile Familienbildung (MoFa)

neues AWO-Familienbildungs-Konzept

Auftrag

Organisations- und Träger- Familienbildung Koordination von Qualifizierung, Vernetzung

Arbeitsweise

1. Aufträge durch unterschiedliche öffentliche und freie Träger
2. Aufträge unterschiedlichen Umfangs, mehrere Aufträge parallel
3. Fester, zentraler Standort; Kurzaufenthalte der Fachkräfte in Auftragsregionen
4. Geringe Fachkräftefluktuation, Stärkung von Kontinuität und Effektivität der fachlichen Arbeit

Handlungsfelder der MES

Förderung von Familienbildung in schwachen, ländlichen 16KJHG)

1. Handlungsebene: Basisarbeit (Kurse) in Dörfern und Gemeinden
2. Ermitteln von Bestand und Bedarfen
3. Hauptauftrag: Aufbau von Angeboten der Familienbildung (Fortbildung und Vernetzung je nach Erfordernis im Einsatzbereich)
4. Themen und Schwerpunktsetzungen entscheidet das MES-Team - abgestimmt mit dem Einsatzträger

Handlungsfelder von MoFa

Förderung von Familienbildung in strukturschwachen, ländlichen Gebieten (§ Gebieten (§ 16KJHG)

1. Handlungsebene: Beratungs-, Strategie- und Entwicklungsaufgaben bei Trägern, auf Kreis- und Landesebene
2. Auftraggeber benennen Bedarf und Auftragsthemen (evtl. auch Auftrag zur Bedarfsermittlung)
3. Breites Angebotsspektrum im Handlungsfeld Familienbildung - Ziel: Aufbau - Konzepte und Strategien - Qualifizierung - Beratung und Begleitung öffentlicher und freier Träger - Strukturentwicklung Vernetzung - Verstetigung
4. Themen und Schwerpunktsetzungen werden vorgegeben und vertraglich vereinbart oder gemeinsam erarbeitet

Das ist unsere Vorstellung und wir hoffen, dass wir bei vielen interessierten Trägern auf positive Resonanz stoßen. Wir veröffentlichen diese Konzeptidee erst mit dem heutigen Tage. Wir glauben, dass der Bedarf für eine derartige mobile Beratung und Unterstützung der Entwicklung von Familienbildungsarbeit insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Vernetzung von Strukturen vorhanden ist. Ich möchte Sie alle hiermit auffordern, unser neues Angebot vielleicht entsprechend in der Öffentlichkeit zu vertreten und möglicher Weise auch selber darauf zurückzugreifen.

Wir gehen derzeit davon aus, dass wir Anfang des Jahres 2005 damit starten können.

6. Materialienanhang

6.1 Referent/-innen und Expert/-innen der Tagung

Rainer Brückers

Geschäftsführer des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt, Bonn

Corinna Cleve-Naumann

Leiterin der Erziehungs- und Familienberatungsstelle des Landkreises Potsdam-Mittelmark

Ilsa Diller-Murschall

Stellvertretende Geschäftsführerin des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt, Bonn

Dr. Gabriele Drehmel

Referentin im Sozialpädagogischen Fortbildungswerk des Landes Brandenburg, (hat sich intensiv mit Strukturen von Familienbildung, Inhalten und Programmen und gesetzlichen Regelungen befasst. Ist u.a. auch für die Fortbildung der Jugendhilfeplaner/-innen im Lande zuständig)

Bernhard Eibeck

Diplompädagoge, Referent und Gewerkschaftssekretär beim Hauptvorstand der GEW (Gewerkschaft, Erziehung, Wissenschaft), Bereich Jugendhilfe und Sozialarbeit, Frankfurt/M. Seine Themen: Erziehung und Bildung in früher Kindheit, Schulsozialarbeit, Integration behinderter Kinder, Bildungspläne in Kitas, Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule

Martin Gorholt

Staatssekretär für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg

Dr. Sabine Hebenstreit-Müller

Direktorin der Stiftung Pestalozzi-Fröbel-Haus Berlin seit 1999. Befasst mit Fragen der Ausbildung von Erzieher/-innen an den Lernorten Schule und Praxis, internationale Entwicklungen zu integrierten Angeboten in der Frühpädagogik, Aufbau von Early Excellence Centres

Dr. Wolfgang Hötzel

Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit, Rheinland-Pfalz
Leiter des Referates Familienpolitik/Familienförderung, Stellvertretender Leiter der Abteilung Familienförderung, Jurist, Leitender Ministerialrat.

Claudia Lissewski

Diplompädagogin, Mitarbeiterin der Mobilen Elternschule

Michaela Meyfahrt-Riebold

Diplomsozialpädagogin, Mitarbeiterin der Mobilen Elternschule

Lena Neuburger

Kleinkind-Pädagogin, Referentin für Familienbildung beim Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuz (DRK), Berlin

Dr. Rudolf Pettinger

ehemaliger Leiter der Abteilung Familienforschung und Familienpolitik beim Deutschen Jugendinstitut (DJI), München, stellvertretender Leiter des DJI
Jetzt: Rentner. Lehrbeauftragter an der Kath. Stiftungshochschule München,
Abt. Benediktbeuren.

Bodo Rudolph

Leiter des Jugendamtes im Landkreise Potsdam-Mittelmark, Brandenburg.

Dr. Marion Thielenhaus

Unterabteilungsleiterin der Familienabteilung im Bundesministerium für
Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Dr. Heidemarie Waninger

Koordinatorin der Mobilen Elternschule

Brigitte Winkler

ehemalige Projektleiterin der Mobilen Elternschule, Geschäftsführerin der Arbeitsgemein-
schaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.

6.2 Kurzkonzzept der MES

Einsatz der Mobile Elternschule des AWO-Bundesverbandes e.V. **- Information -**

MOBILE ELTERNSCHULE



Die Mobile Elternschule des AWO-Bundesverbandes e.V. wird gefördert vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend

Modellprojekt auf Bundesebene **44 Jahre - Aufbau niedrigschwelliger Familienbildung**

Gefördert von Bundesfamilienministerium, AWO Bundesverband und dem jeweiligen Träger des Einsatzes

Wer ist die MES – was ist ihr Auftrag

- **Familienbildungs-Team** von 2 päd. Fachkräften (i.d.R. FH-, Hochschulabschluss) + Projektleitung
- **ausgestattet mit** Büro- und Moderationsgeräten und –materialien, zwei kleinen Combi-PKW und der „**Wanderausstellung gutes Spielzeug und gute Bücher**“
- **MES-Einsätze** erfolgen auf Anforderung einer AWO-Gliederung in einem Landkreis sowie in Kooperation mit den Kommunen und örtlichen und regionalen Bildungs- und Jugendhilfe-Trägern - i.d.R. jedes Jahr in einem anderen Bundesland
- **Vorausgesetzt:** das regionale Bestreben, eine strukturelle , dh. auf Dauer angelegte Verbesserung der Bildungsangebote für Familien in ländlichen Gebieten zu erreichen.
- Die **Einsatzdauer** beträgt 10 Monate, jeweils vom 01.09. bis 30.06.
- **Finanzierung: Gesamteinsatz** ca. 140.000 € 50 % BMFSFJ, 50 % AWO, davon ca. 15.400 € der jeweilige Träger des Einsatzes.

Auftrag, Ziel und Konzeption:

Die Konzeption der MOBILEN ELTERNSCHULE (MES) sieht vor,

Prinzip: anknüpfen an und aufbauen auf vorhandenen Fb-Aktivitäten - trägerübergreifend.

- gezielt **familienpädagogische Aufbau- und Starthilfe** in solchen ländlichen Gebieten zu leisten, die mit Angeboten außerschulischer Jugend-, Erwachsenen- und Familienbildung un-
tersorgt sind,
- Grundlagen für eine **dezentrale**, teilnehmer/-innennahe **Familienbildung** zu legen, um so
eher bildungsungewohnten Bevölkerungsgruppen den Zugang zu außerschulischen Bildungs-
angeboten zu erleichtern,
- AWO-Gliederungen beim Aufbau dezentraler Familienbildungsstrukturen und ggf. auch bei
deren **Institutionalisierung** (z.B. Aufbau von Familienzentren, gemeinwesenorientierten Ein-
richtungen, Familienbildungsstätten) fachlich zu unterstützen,
- durch praktische Familienbildungsarbeit vor Ort Aktivierungs- und Motivierungs-, Anregungs
und Vermittlungsarbeit dort zu leisten, wo neue Ansätze eines qualifizierten Bildungsangebotes
für Familien **Stabilität und Dauerhaftigkeit** erlangen soll,
- bestehende Eltern- und Familien-Bildungsarbeit zu unterstützen und neue Angebote zu entwi-
ckeln,
- in den MES-Einsatzabläufen von Einsatzbeginn an sowohl auf die Zusammenarbeit mit Ge-
meindeverwaltungen und örtlichen Bildungsträgern als auch auf eine **dauerhafte Weiterfüh-
rung** der Angebote durch örtliche Träger ausgerichtet zu sein und
- zur Förderung von **Eltern-Selbsthilfe** beizutragen, Selbstorganisation anzuregen sowie
Selbsthilfeinitiativen in ländlichen Gebieten zu unterstützen.

Schwerpunkte und Arbeitsweise:

Der Schwerpunkt der Einsatztätigkeit der MES lag von 1991-2000 in den neuen Bundesländern, da dort der Aufbau von funktionierenden Familienbildungsstrukturen zunächst vordringlich war. Zwischenzeitlich, von 2000- 2002 war sie wieder in den alten Bundesländern. Die letzten beiden Jahre war sie in Brandenburg aktiv.

Im Vordergrund der Aufbauarbeit steht

- die **Kontaktaufnahme** zu den Eltern und Familien,
- das **Bekanntmachen** mit und **Motivieren** für Begegnungen, Gespräche und Lernen in Eltern-
und Familiengruppen (die Notwendigkeit und der hohe präventive Wert der Bildungsarbeit mit
Familien steht wohl inzwischen in allen Bundesländern außer Frage),
- eine genaue **Analyse der Bedingungen vor Ort** sowie eine detaillierte Besprechung über
Ziele, erste Schritte, Kontakte, etc. mit allen Beteiligten und
- die konzeptionelle Zusammenarbeit mit der jeweiligen AWO-Gliederung, den kommunalen
Vertreter/innen und allen relevanten gesellschaftlichen Gruppen im Landkreis zur Sicherung
der Angebote über das Einsatzende hinaus (**tragfähiges Netzwerk und Dauerhaftigkeit**).

Einsatzablauf:

Ein MES-Einsatz verläuft gewöhnlich mehr oder weniger nach folgendem Muster:

Stufe 0:

Vorbereitung des Einsatzes. Abstimmung mit dem Träger über Bedürfnisse, Klärung von organisa-
torischen und technischen Fragen.

Stufe 1:

(September bis Dezember) Einstiegsphase, Kontaktaufnahme, Öffentlichkeitsarbeit usw. Durch die
MES-Wanderausstellung „Gutes Spielzeug und gute Bücher für Eltern und Kinder“ wird die Bevöl-
kerung zum Mitmachen motiviert. Damit werden Kursleiter/-innen wie auch ehrenamtliche Kräfte
dazu gewonnen.

Stufe 2:

(Januar bis April/Mai) Aufbauphase. Kurse mit familienpädagogischem Ansatz werden in stärke-
rem Maße angeboten. Gegenwärtig besteht ein enormer Bedarf an Eltern-Kind-Gruppen. Die
MES-Wanderausstellung wird weiterhin in verschiedenen Orten ausgestellt.

Stufe 3:

(Mai bis Juni) Konsolidierungsphase. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass die Aufbauarbeiten weiter fortgesetzt werden. Hier gewinnt besonders die Fortbildung von Kursleiter/-innen vor Ort an Bedeutung (Multiplikator/-innen-Fortbildung).

Darüber hinaus werden Seminare angeboten oder organisiert, die den Bedürfnissen von Elterninitiativen entsprechen.

Diese Seminare werden i.d.R. in Kooperation mit Bildungsträgern vor Ort organisiert und durchgeführt, um die Wege kurz und die Kosten gering zu halten.

Für Verantwortliche in den AWO-Gliederungen bzw. Familienbildungsstätten sowie den Kooperationspartner/innen werden ebenfalls qualifizierte und bedarfsgerechte Angebote entwickelt.

Damit entsteht bundesweit eine wertvolle fachpolitische Kommunikationsebene.

Programm, Inhalte:

Die MES hat ein weit gefächertes Programm an Themen, die mit den Interessierten in den Gemeinden abgesprochen und auf die örtlichen Gegebenheiten zugeschnitten werden z.B.

- Eltern-Kind-Gruppen
- Babysitterkurse
- Werk- und Bastelkurse
- Gruppen für Eltern von Kindern mit Behinderungen und chronischen Krankheiten
- Gruppen für Alleinerziehende
- Frauengruppe/Väterseminar
- Elterngesprächskreise
- Seminare zur „Familienkonferenz“ (Gordon-Familientraining)
- Seminare zur „Gewaltfreien Erziehung“
- Zukunftswerkstätten
- Fortbildungen für Multiplikator/innen
- Familienbildungswochenenden
- Familienfreizeiten
- Selbsterfahrungsgruppen, etc.

Die MES bietet jedoch nicht nur viele Kurse an und unterstützt Eltern, die Kontakt knüpfen und ins Gespräch über Fragen der Erziehung und der Familie kommen wollen. Sie arbeitet auch mit z.B.

- Elterninitiativen
- Erzieher/-innen
- Selbsthilfegruppen
- anderen Bildungsträgern
- Kindergärten
- Schulen
- Jugendeinrichtungen
- Altenheimen

zusammen, um ihre Zielsetzung und ihren Auftrag zu realisieren.

Die **MES-Familienbildung** orientiert sich an den Leitgedanken im fachpolitischen Programm der Arbeiterwohlfahrt.

Im **Mittelpunkt** steht die Familie als Beziehungsgefüge mit ihren vielfältigen Wechselwirkungen zwischen den Familienmitgliedern und deren Verflechtungen in außerfamilialen Sozial- und Gesellschaftsbezügen.

Die MES ist bemüht, dem familienpädagogischen Anspruch auf **methodisch-inhaltliche Zeitgemäßheit, Aktualität und Umsetzbarkeit** zu entsprechen, indem sie sich den schnell wechselnden gesellschaftlichen (Werte-) Veränderungen öffnet.

Fragen und Probleme, die sich aus **aktuellen Entwicklungen** ergeben, will sie aufgreifen und ihnen Raum geben.

Die MES geht auch **Fragen** nach einem **ehrenamtlichen Engagement** in der Gemeinde nach. Durch ihren Beitrag werden häufig ehrenamtliche Mitarbeiter/-innen gewonnen.

Weiterführung der Arbeit/Perspektive:

Da die Mobile Elternschule des Bundesverbandes immer nur für einen begrenzten Zeitraum in einem Einsatzgebiet ist, hat sie auch die Aufgabe, sich um die Weiterführung und Nachhaltigkeit ihrer Arbeit zu bemühen.

Während die MES-Mitarbeiterinnen Kurse anbieten haben sie den Auftrag in Zusammenarbeit mit der anfordernden Gliederung sowohl

- örtliche Träger
- als auch Honorar-Mitarbeiter/-innen
- und ggf. über ABM-finanzierte potentielle Mitarbeiter/-innen für die Weiterführung der Arbeit zu suchen.

Ziel ist es, die neu ins Leben gerufenen Aktivitäten **langfristig zu erhalten**.

Die aktive Unterstützungsarbeit der jeweiligen AWO-Gliederungen und der kommunalen Kooperationspartner/innen ist dabei dringend erforderlich.

6.3. Beschluss der Jugendministerkonferenz

Jugendministerkonferenz am 22./23. Mai 2003 in Ludwigsburg

TOP 4: Stellenwert der Eltern- und Familienbildung – Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern

Beschluss:

1. Neuer Stellenwert von Eltern- und Familienbildung

Die Jugendministerkonferenz hat sich in Fortführung ihrer in den letzten Jahren gefassten Schwerpunktbeschlüsse zur Gewalt- und Deliktprävention, zur Bildung von Kindern, zu den Konsequenzen aus der PISA-Studie sowie zu den Anforderungen einer modernen Wissensgesellschaft in ihrer diesjährigen Sitzung umfassend mit den Handlungsmöglichkeiten der Eltern- und Familienbildung befasst.

In Anerkennung der elementaren Bedeutung der Familie für den Erhalt einer menschlichen Gesellschaft, vor allem für das gelingende Aufwachsen junger Menschen zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten, verfolgt die Jugendministerkonferenz generell das Anliegen, die Erziehungskraft in den Familien zu stärken.

Verantwortliches Leben mit Kindern verlangt mit Blick auf wachsende Anforderungen an Erziehung und Bildung von Eltern in zunehmendem Maße die gezielte Aneignung entsprechender Kompetenzen. Die Eltern- und Familienbildung leistet hierzu einen grundlegenden Beitrag. Deshalb setzt sich die Jugendministerkonferenz mit Nachdruck für eine generelle Stärkung des Stellenwerts der Eltern- und Familienbildung als wesentliches Element zeitgerechter Bildungskonzepte ein. Sie verfolgt dieses Ziel vor allem durch die Förderung neuer innovativer Ansätze zur Erweiterung der Bildungsangebote und Erhöhung ihrer Akzeptanz, durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, durch intensivere Forschung und wissenschaftliche Begleitung zur Unterstützung der notwendigen Qualitätsentwicklung sowie mit einem höheren Grad an Verbindlichkeit für die Sicherstellung eines bedarfsgerechten Angebots.

2. Öffentliche Verantwortung für die Förderung der Erziehung in der Familie

Die vorrangige Verantwortung für die Erziehung liegt bei den Eltern. In der Familie erfahren die Kinder grundlegende Werte und Einsichten über menschliche Beziehungen, den Umgang miteinander, über Verantwortung und soziales Lernen. Die in der Familie erfahrenen Bindungen, Orientierungen und Kompetenzen sind entscheidende Grundlage für die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen und damit auch wesentliche Bedingung für den Erfolg schulischer und beruflicher Bildung.

Die stärkere Betonung öffentlicher Verantwortung für das Aufwachsen junger Menschen bedeutet nicht, diesen Vorrang elterlicher Verantwortung für die Erziehung der Kinder zu schmälern. Diese ist vielmehr einzufordern und zugleich zu fördern. Steigende Anforderungen an die Qualität elterlicher Erziehung und zugleich schwierige Alltagsbedingungen, wie zum Beispiel die Probleme bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ergeben immer häufiger

Belastungssituationen, in denen es Eltern schwer fällt, den Ansprüchen gerecht zu werden. Deshalb muss es möglich und selbstverständlich sein, sich durch Informations- und Bildungsangebote Erziehungskompetenz für die verschiedenen Lebens- und Entwicklungsphasen zu erwerben. Die hohen Erwartungen an die Bereitschaft und Fähigkeit der Eltern, im breiten Spektrum der erzieherischen Aufgaben von der Werteerziehung über Sprachförderung, soziales Lernen, gesundheitsbewusstes Leben, Begleitung der schulischen

Entwicklung bis hin zum Umgang mit den Medien lassen sich nur erfüllen, wenn insgesamt die staatliche Gemeinschaft im Rahmen ihres Schutz- und Förderauftrags gemäß Artikel 6 Grundgesetz Eltern von Anfang an bei der Stärkung ihrer Erziehungskompetenz unterstützt.

3. Eltern- und Familienbildung – ein Angebot für alle Eltern

Es ist deshalb erforderlich, ein breitenwirksames Angebot an Eltern- und Familienbildung zu entwickeln, das sich grundsätzlich an alle Eltern richtet und möglichst viele erreicht. Dafür ist es insbesondere erforderlich, die Bedürfnisse und Interessen der Eltern bei der Ausgestaltung der Angebote zu berücksichtigen und die Veranstaltungen darauf auszurichten, dass die Eltern konkrete Unterrichtungen für eine verbesserte Gestaltung ihres familiären Alltags erhalten und die Freude an dem Zusammenleben mit Kindern gestärkt wird. Entsprechende Offenheit schafft zugleich die notwendige Akzeptanz in der Breite, um gerade auch die Familien zu erreichen, die besonders auf Leistungen zur Stärkung der Erziehungskompetenz angewiesen sind. Für besondere Zielgruppen beziehungsweise Familien in besonderen Belastungssituationen müssen die Zugänge durch neue Methoden und Formen sowie durch Angebote mit spezifischen Inhalten verbessert werden.

Eltern- und Familienbildung muss vielfältige Formen und Wege nutzen. Die anerkannten Institutionen der Eltern- und Familienbildung wie Familienbildungsstätten und vergleichbare Einrichtungen (z.B. Volkshochschulen) leisten einen wichtigen Beitrag zur Sicherstellung des Kernangebots. Dieses muss durch Ausbau, Qualitätsverbesserung und Kooperation mit informellen oder anderen formellen Angeboten ergänzt und optimiert werden. Über die notwendige Angebotsverbesserung hinaus sind verstärkt Methoden zu entwickeln, um gegenüber Eltern die Attraktivität von Bildungsangeboten, zum Beispiel durch besondere Formen der Honorierung oder durch die Verkoppelung mit anderen Leistungen, zu steigern und Eltern gezielt zur Nutzung zu motivieren.

4. Familienbildung hat viele Orte und Formen

Inhalte der Eltern- und Familienbildung lassen sich in den verschiedensten Zusammenhängen und aufeinander aufbauend in den familiären Alltag integrieren; zum Beispiel bei der Geburtsvorbereitung, bei den medizinischen Untersuchungen des Kindes, im Kontext von Krippe, Kindergarten, Hort, Schule, Familienferienangeboten, Sprachförderung von Migrant*innen oder beruflicher Bildung. Indem solche Orte und Einrichtungen genutzt werden, die auch von weniger bildungsgewohnten Eltern aufgesucht werden und damit eine große soziale Reichweite haben, kann zugleich der notwendige niedrigschwellige Zugang zu Eltern- und Familienbildungsangeboten am effektivsten realisiert werden.

Die Jugendministerkonferenz sieht es als besondere Verpflichtung der Kinder und Jugendhilfe an, funktional in ihren vielfältigen Leistungsbereichen familienbildungsrelevante Elemente zu integrieren. Vor allem die Verbindung von Hilfen zur Erziehung mit Eltern- und Familienbildung bietet Chancen, besonders belastete Familien zu erreichen. Die Jugendministerkonferenz setzt sich dafür ein, dass im Zuge des auch wegen der demografischen Veränderungen gebotenen allmählichen Umbaus der Tageseinrichtungen für Kinder die Eltern- und Familienbildung dort zu einem wichtigen Aufgabenelement entwickelt wird. Kindertagesstätten sowie auch Schulen sollen sich zunehmend als Orte und Initiatoren für eltern- und familienbildungsrelevante Aktivitäten öffnen. Kindertagesstätten sind die frühesten institutionellen Partner für junge Eltern. Sie sollen den Eltern die Einrichtungen auch als Orte für selbst organisierte Treffen zur Verfügung stellen und ihnen die Möglichkeit bieten, eigene Netzwerke für Selbsthilfe und Beratung zu entwickeln und diese wiederum in die Arbeit der Kindertagesstätten einbringen.

Für den Bereich der Schule ist vor allem darauf hinzuwirken, dass die Konzepte für den anstehenden Ausbau von Ganztagschulen und die ganztägigen schulischen Betreuungsangebote intensivere Formen der Zusammenarbeit mit Eltern aufnehmen, die ganz wesentlich auch Aspekte der Eltern- und Familienbildung einschließen. Die Jugendministerkonferenz wird diesen Beschluss der Kultusministerkonferenz übermitteln und sie bitten, zu seiner Umsetzung beizutragen. Sie bittet zusätzlich die gemeinsame Arbeitsgruppe der AGOLJB und des Schulausschusses zum Thema „Jugendhilfe und Schule“, sich auch mit den Möglichkei-

ten für eine Verbesserung der Familienbildungsangebote und der Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe auf diesem Gebiet zu befassen.

5. Eltern- und Familienbildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Eltern- und Familienbildung in ihren vielfältigen Inhalten, Formen und Bezügen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu deren Erfüllung viele beitragen können. Die Jugendministerkonferenz hält es für notwendig, dass auch die Medien aus eigener Kompetenz, vor allem aber in Zusammenarbeit mit den Trägern der Familienbildung, relevante Beiträge zur Eltern- und Familienbildung leisten, sich als Vermittler einbringen oder als solche genutzt werden.

Zudem sind auch die neuen Medien verstärkt für Elternbildung und Elternberatung nutzbar zu machen. Sie bieten zusätzliche Zugangswege und sind geeignet, neue Zielgruppen bei Eltern zu erschließen. Die Jugendministerkonferenz verweist in diesem Zusammenhang besonders auf das Vorhaben der Obersten Landesjugendbehörden, eine Internetplattform für Erziehungs- und Familienberatung zu schaffen.

Die Wirtschaft baut auf sozialkompetente, motivierte, konzentrationsfähige und zuverlässige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Eltern- und Familienbildung kann dazu wesentlich beitragen. Die Jugendministerkonferenz hält es deshalb für folgerichtig, wenn sich auch die Tarifpartner und die Betriebe durch eigene Maßnahmen, unter anderem im Rahmen betrieblicher Fortbildung oder durch Unterstützung externer Angebote, für die Förderung der Eltern- und Familienbildung einsetzen.

6. Eltern- und Familienbildung muss rechtzeitig einsetzen

Eltern- und Familienbildung muss frühzeitig beginnen. Die Jugendministerkonferenz hält es für besonders notwendig, für die Phase der Familiengründung, der Gestaltung elterlicher Partnerschaft, der Rollenfindung als Mütter und Väter und der kompetenten Pflege und Versorgung in der ersten Lebensphase eines Kleinkindes die Angebote der Eltern- und Familienbildung besser erreichbar, im Angebot transparenter, regelhafter und mit größerer Verbindlichkeit auszugestalten. Die gut in Anspruch genommenen Geburtsvorbereitungskurse müssen genutzt werden, um daran mit gleicher Selbstverständlichkeit Informationsangebote für die verschiedenen Lebensphasen des Kindes und der Partnerschaft anzuknüpfen. Die Nachsorge durch Hausbesuche von Hebammen, auf die gesetzlicher Anspruch besteht, ist mit Eltern- und Familienbildungsangeboten so zu verknüpfen, dass alle Eltern erreicht werden. In dieser Phase stellt die Beratung von Eltern zugleich die Weichen für zukünftiges Bildungsverhalten von Eltern und für ihre Fähigkeit, gegebenenfalls bei besonderem Unterstützungsbedarf notwendige Hilfe in Anspruch zu nehmen. Die AGOLJB wird gebeten, mit den Zuständigen die Möglichkeiten der Vernetzung mit der Arbeit der Hebammen zu klären.

Die Jugendministerkonferenz betont in diesem Zusammenhang, dass die Grundlagen für den Aufbau von Eltern- und Familienkompetenz bereits durch die Bildung und Erziehung junger Menschen in Familie, Schule und außerschulischer Jugendarbeit geschaffen werden. Die Jugendministerkonferenz appelliert deshalb an die Kultusministerkonferenz, die für Familien und Erziehung wichtigen sozialen Kompetenzen wirksam zum Gegenstand schulischer Bildung zu machen.

7. Eltern- und Familienbildung muss gezielt in besonderen Belastungssituationen wirken

Eltern mit Kindern sind in schwierigen Lebenslagen oder in besonders belasteten Familiensituationen wie bei Langzeitarbeitslosigkeit, Pflege, Behinderung oder schwerer Krankheit eines Familienangehörigen, längerer Abhängigkeit von Sozialhilfe, Trennung, Scheidung, ungewollter Elternschaft oder Migration besonders auf Unterstützung angewiesen. Die Jugendministerkonferenz setzt sich deshalb dafür ein, in entsprechenden Lebenslagen gesetzliche Leistungen und Verfahren mit Angeboten der Eltern- und Familienbildung oder -beratung zu verbinden.

Entsprechende Institutionen sind dafür zu gewinnen, im Rahmen ihrer Kompetenzen eigene Bildungsangebote zu machen, in Zusammenarbeit mit Trägern der Eltern- und Familienbildung einzubringen oder auf Möglichkeiten der Eltern- und Familienbildung gezielt hinzuweisen.

8. Öffentliches Bewusstsein durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit verändern

Die Jugendministerkonferenz tritt dafür ein, die Öffentlichkeitsarbeit für Eltern- und Familienbildung zu intensivieren und die Tatsache in das gesellschaftliche Bewusstsein zu bringen, dass Familiengründung und verantwortliches Leben mit Kindern ein hohes Maß an Wissen, Kompetenz und Fantasie verlangen. Die Angebote der Eltern- und Familienbildung müssen in gleicher Weise populär werden wie dies für andere Bereiche von Bildung und Beratung gilt. Darüber hinaus sollten Eltern insgesamt über die Förder- und Hilfemöglichkeiten der Kinder- und Jugendhilfe informiert sein.

Die Jugendministerkonferenz appelliert in diesem Zusammenhang an die Programmverantwortlichen der öffentlich-rechtlichen und privaten Medien, familienrelevante Themen verstärkt zum Inhalt eines pluralen Programmangebots zu machen und intensiver ihre Möglichkeiten zur Information von Eltern und Familien zu Erziehungs- und Familienfragen, bis hin zu spezifischen Ratgebersendungen, zu nutzen.

9. Grundverantwortung der Kinder- und Jugendhilfe präzisieren

Die zentrale Verpflichtung zur Sicherstellung der Eltern- und Familienbildung liegt bei den öffentlichen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe (§ 16 in Verbindung mit §§ 79, 85 SGB VIII). Es ist geboten, unter Beachtung der primären Verantwortung der örtlichen Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe den Auftrag gemäß § 16 Abs. 3 SGB VIII unter rechtlichen, fachlichen und finanziellen Aspekten in den Ländern und Kommunen zu konkretisieren und damit auch verbindlicher zu machen.

Die gegebene und weiter zu entwickelnde Vielfalt der Eltern- und Familienbildung in den verschiedensten Formen und Zusammenhängen lässt sich nachhaltig nur durch die Bildung entsprechender Netzwerke vor Ort nutzen. Diese tragen auch dazu bei, der Eltern- und Familienbildung eine wirksamere Interessenvertretung zu sichern. Entsprechende Prozesse sind auf Initiative und Koordinierung angewiesen. Zur Unterstützung der notwendigen Vernetzungsarbeit sollten von den Ländern unter Beachtung der besonderen Verantwortung der örtlichen Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe geeignete Umsetzungs- und Förderkonzepte entwickelt werden. Die Jugendministerkonferenz betont in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, Eltern- und Familienbildung zu einem qualifizierten Bestandteil der Jugendhilfeplanung zu machen und für die hierzu notwendigen Daten Sorge zu tragen.

10. Forschung und wissenschaftliche Begleitung der Eltern- und Familienbildung verstärken

Die Qualifizierung der Eltern- und Familienbildung macht es notwendig, sie stärker zum Gegenstand wissenschaftlicher Forschung und Begleitung zu machen. Bestehende Angebote sind in ihrer Qualität und Wirkung differenzierter zu beschreiben und auf Möglichkeiten ihrer Weiterentwicklung zu untersuchen.

Die Jugendministerkonferenz stellt fest, dass Eltern- und Familienbildung in den letzten Jahren unter anderem durch den Einsatz neuer, innovativer Programme zur Förderung der Eltern-Kind-Interaktion in ihrem Spektrum deutlich erweitert wurde. Allerdings fehlt es an der notwendigen Transparenz des Gesamtangebots der Eltern- und Familienbildung und ihrer qualitativen Möglichkeiten. Die Jugendministerkonferenz bittet deshalb den Bund, unter Einbeziehung des Deutschen Jugendinstituts die notwendige Angebotserweiterung und Qualitätsentwicklung insbesondere zur Verbesserung der Attraktivität und Wirkung der Eltern- und Familienbildung durch eine Analyse der aktuellen Situation, durch innovative Modelle und durch eine handlungsorientierte wissenschaftliche Begleitung der Veränderungsprozesse zu unterstützen.

11. Der Beschluss wird veröffentlicht.

6.4. Liste der Teilnehmer/-innen

Seminar-Nr.: 085A/04

Lfd. Nr.	Titel, Name, Vorname	Träger/Trägeranschrift
1.	Abraham, Juliane	Pro Familia, Potsdam
2.	Bartl, Beatrice	N.N., Brandenburg
3.	Behling, Andrea	Deutsches Rotes Kreuz, LV Brandenburg e.V., Potsdam
4.	Bentz-Kleist, Marlies	Arbeiterwohlfahrt Jenni-Birckhotz-Heim, Hamburg
5.	Beu, Christine	VAMV Landesverband Brandenburg, Brandenburg
6.	Böhme, Rosemarie	Demokratischer Frauenbund LV Brandenburg e.V., Neuruppin
7.	Bondzio, Ingrid	JOB e.V., Werder
8.	Briegel-Hagel, Bärbel	Arbeiterwohlfahrt Jenni-Birckhotz-Heim, Hamburg
9.	Bruns, Bettina	Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung an der Universität Potsdam, Oberkrämer-Vehlefanz
10.	Burckhardt, Katrin	N.N., Brandenburg
11.	Dreesen, Imke	N.N., Hamburg
12.	Faerber, Thomas	Arbeiterwohlfahrt KV Harburg-Land, Winsen/Luhe
13.	Fersahoglu-Weber, Rifat	Arbeiterwohlfahrt BV Braunschweig e.V., Braunschweig
14.	Fischer, Petra	ÜPZ, Potsdam
15.	Franke-Heinz, Dorothea	Arbeiterwohlfahrt KV Fürstenwalde e.V., Fürstenwalde
16.	Fromm, Heike	N.N., Sachsen
17.	Gerike, Ulrike	Stadt Eberswalde
18.	Godau, Niels	Kreisjugendamt Potsdam-Mittelmark, Belzig
19.	Grütz, Reinhard	Familienbund im Bistum Magdeburg im Land Sachsen-Anhalt e.V., Magdeburg
20.	Härtel, Monika	N.N., Brandenburg
21.	Dr. Heft, Gesine	Bildungswerk der Evang. Kirche Berlin-Brandenburg, Berlin
22.	Henke, Norbert B.	N.N., Westliches Westfalen
23.	Herrmann, Ulrike	N.N., Sachsen
24.	Hölemann, Andreas	N.N., Berlin
25.	Hüttl, Gaby	N.N., Brandenburg
26.	Dr. Kaiser, Andreas	Stadt Forst (Lausitz)
27.	Kammer, Hildegund Christine	Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Potsdam Jugendamt/ASD
28.	Kersten, Maren	Stadtverwaltung Cottbus Jugendamt
29.	Koch, Gabriele	Fachhochschule Potsdam Elternberatung
30.	Küster, Sabine	Ev. Bildungsstätte, Berlin
31.	Kukat, Marit	Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung (IES), Hannover
32.	Lissner, Carola	Arbeiterwohlfahrt KV Magdeburg e.V. Haus der sozialen Dienste, Magdeburg
33.	Melchior, Bettina	Pro Familia, Potsdam
34.	Michel, Sibylle	N.N., Brandenburg
35.	Moser, Karin	Arbeiterwohlfahrt KV Potsdam-Stadt e.V.
36.	N.N.	Demokratischer Frauenbund LV Brandenburg e.V., Neuruppin
37.	Neuburger, Lena	Deutsches Rotes Kreuz Generalsekretariat, Berlin
38.	Paschkowski, Bärbel	Arbeiterwohlfahrt Kita „Regenbogen“, Bernau
39.	Pilz, Cornelia	Stadtverwaltung Potsdam GBA Potsdam
40.	Pulz, Christian	N.N., Brandenburg
41.	Renkel, Michaela	Erzbistum Köln
42.	Reschke, Annett	REKIZ im Waldhaus, Ludwigsfelde
43.	Richter, Patricia	DPWV Landesverband LSA e.V., Magdeburg
44.	Saremba, Marie-Theres	N.N., Brandenburg
45.	Schmugge, Petra	Volkshochschule, Brandenburg
46.	Schüler, Karin	Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V., Bonn

- | | | |
|-----|-------------------------|---|
| 47. | Schulte, Beatrix | Kindertagesstätte „Am Heiligen See“, Potsdam |
| 48. | Schulz, Britta | Kita Spielhaus, Eberswalde |
| 49. | Schulze, Heide | N.N. Brandenburg |
| 50. | Schwarzburger, Judith | Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Berlin |
| 51. | Seehusen, Elisabeth | Haus der Familie Kiel |
| 52. | Stapperfenne, Beate | Familiendienst, Brandenburg |
| 53. | Steinke, Jacqueline | Deutsches Rotes Kreuz KV Fläming-Spreewald, Luckenwalde |
| 54. | Stellmacher, Marion | Volkshochschule Cottbus |
| 55. | Stoltmann, Monika | Arbeits- und Ausbildungsförderverein Belzig e.V. |
| 56. | Thissen, Monika | Arbeiterwohlfahrt Landesverband Hamburg e.V. |
| 57. | Urbschat, Nancy | N.N., Brandenburg |
| 58. | Wendorff, Ute | N.N., Brandenburg |
| 59. | Wolfert, Anja | pädal - pädagogik aktuell e.V., Potsdam OT Groß Glienicke |
| 60. | Wolter, Barbara | Kindertagesstätte „Am Heiligen See“, Potsdam |
| 61. | von Ahlften, Christiane | Evang. Familien-Bildungsstätte, Husum |

6.5. Internet-Tipps zum Weiterlesen

- Arbeitskreis Neue Erziehung e.V. www.ane.de
- Bundesarbeitsgemeinschaften der Familienbildungsstätten www.bag-familienbildung.de
- Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt e.V. www.familienbildung.info
- Deutsche Liga für das Kind www.liga-kind.de
- Deutscher Bildungsserver www.bildungsserver.de
- Familienbildung in NRW www.familienbildung-in-nrw.de
- Institut für Entwicklung und Strukturforschung IES www.ies.uni-hannover.de
- Martin R. Textor www.SGBVIII.de
- Online-Familienhandbuch www.familienhandbuch.de
- Staatsinstitut für Familienforschung www.ifb-bamberg.de
- Staatsinstitut für Frühpädagogik www.ifp-bayern.de
- www.familien-in-thueringen.de

Surftipp www.familienbildung.info



Basisinformation zum Handlungsfeld Familienbildung

MOBILE ELTERNSCHULE



DIE MOBILE ELTERNSCHULE DES
AWO-BUNDESVERBANDES E.V. WIRD GEFÖRDERT VOM
BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN,
FRAUEN UND JUGEND

Die **MOBILE ELTERNSCHULE (MES)** des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt e.V. stellt auf dieser Seite grundlegende Informationen und Arbeitsmaterialien zur Familienbildung zur Verfügung. Anlass für dieses Angebot bildete die Entscheidung zur Beendigung des Bundesmodellprojektes **MES** Ende 2004. Über 44 Jahre lang ist die erfolgreich durchgeführte Familienbildungsaufbauarbeit der MES durch die Förderung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ermöglicht worden. Das Engagement des AWO Bundesverbandes wird künftig auf anderen Ebenen, mit neuen Konzepten und veränderter Aufgabenstellung im Projekt **Mobile Familienbildung (MoFa)** weitergeführt.

- Die Mobile Elternschule (MES) wurde 1960 als "Wander-Mütterschule" des AWO Bundesverbandes gegründet.
- Über mehr als vier Jahrzehnte haben wechselnde Mitarbeiter/-innen-Teams bundesweit in mehr als 100 ländlichen Regionen und Landkreisen Pionier- und Aufbauarbeit für Familienbildung geleistet.
- Ende 2004 wurde das Bundesmodellprojekt abgeschlossen.

Wir wünschen Spaß und Erfolg beim Surfen

